



14. Heft | 16. Juli 1914

ROBERT SCHMIDT · RÜCKBLICK AUF DEN MÜNCHENER GEWERKSCHAFTSKONGRESS

WIE vorauszusehen war, stand der Gewerkschaftskongreß diesmal stark unter dem Zeichen der Angriffe, die in den letzten Jahren gegen die Gewerkschaftsbewegung gerichtet wurden. Die Tendenz der Gewerkschaften gegenüber dem mächtigen Einfluß großkapitalistischer Interessentengruppen die Regelung des Arbeitsvertrags fest zu umgrenzen, ihn aus dem Zustand der Willkür in den eines vereinbarten rechtsgültigen Verhältnisses zu bringen hat den starken Widerspruch und den planmäßigen energischen Widerstand aller Unternehmerverbände hervorgerufen, die in der Diktatur der Kapitalmacht die einzig richtige Grundlage des Wirtschaftssystems erblicken. Der Münchener Gewerkschaftskongreß hat sich scharf gegen diese Bestrebungen gewandt. Er verkannte nicht die Gefahren, die dem Koalitionsrecht drohen, auf dessen Vernichtung ja die ganze Aktion der Gegner hinausgeht, aber es drang auch ein gewisses Gefühl ruhigen Selbstbewußtseins in den Reden durch, das Empfinden, daß gegenwärtig die Organisationen so fest gefügt sind, daß die Gewaltmittel aller reaktionären Draufgänger die sichere Grundlage der Gewerkschaft nicht mehr erschüttern können. Gewiß, eine Entwicklung in ruhigeren Bahnen wäre wünschenswert. Aber nicht die Gewerkschaften haben den gegenwärtigen Kurs bestimmt, der den Haß aufpeitscht, die Erbitterung der Millionen Arbeiter steigert, die in ihrer wirtschaftlich bedrängten Lage deutlich fühlen, wohin der Schlag zielt. Ob es sich um die Einschränkung des Streikrechts, um die Stempelung der Gewerkschaften zu politischen Vereinen, um den Stillstand der Sozialpolitik oder um die Stärkung des Unternehmereinflusses in den Arbeitsnachweisen handelt: die Tendenz ist die gleiche, sie entspringt den gleichen Motiven, der Absicht die freien Gewerkschaften in ihrer Leistungsfähigkeit zu hemmen. Das kapitalistische Getriebe soll nicht durch sozialpolitische Maßnahmen oder durch gewerkschaftliche Aktionen gestört werden. Die Herren der Industrie haben immer lauter und vernehmbarer aufgetrumpft, sie haben ihr Herrenrecht mit solchem Nachdruck betont, daß man nicht annehmen kann, sie würden des Lärmens bald müde werden.

Über diese Situation war sich der Kongreß klar. Man könnte sagen, er hat mit fast kühler Ruhe der Zukunft entgegengesehen, nicht in Unterschätzung dessen, was kommen kann, wohl aber in dem Bewußtsein, daß man zur Abwehr und auch zum Angriff gerüstet ist. Man hat nicht in nervöser Hast mit dem vermeintlich starken Mittel des Generalstreiks gedroht: Die Erörterung dieser Frage ist erledigt, und die Rederei darüber kann die

Schwäche dieses Kampfmittels nicht verdecken. Die Gewerkschaften haben zu viel mit Streiks zu tun, um nicht zu wissen, daß bei der Höhe unserer kapitalistischen Entwicklung nur noch langandauernde Streiks ein Pressivmittel darstellen. Für einen langandauernden Generalstreik besteht aber gegenwärtig nicht die geringste Möglichkeit.

Natürlich sind die Gewerkschaften weit davon entfernt etwa dem allgemeinen Druck zu weichen. Nein, in ihrer Stellungnahme wird keine Änderung eintreten, auch nicht in ihren Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei, wie auch die eingeleiteten Prozesse über angeblich politische Betätigung der Gewerkschaften ausfallen mögen. Die gut nachbarlichen, freundschaftlichen Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei sind kein Ausfluß politischer Betätigung; keine wirtschaftliche Organisation kann heute darauf verzichten sich auch mit Fragen der Gesetzgebung zu befassen, eine politische Propaganda ist damit nicht verknüpft. Der Attacke gegen die freien Gewerkschaften schaut man ja sicherlich auch in den Kreisen der gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen mit stillem Behagen zu; indes, wie auch ihr Ausgang sein mag, der Schaden wäre zu ertragen, und die, die frohlocken, werden keinen Gewinn daraus haben, sie werden sich mit ein wenig Schadenfreude begnügen müssen.

Der Kongreß zeichnete sich, wie die letzten Gewerkschaftskongresse überhaupt, durch eine ruhige, sachliche Art der Verhandlung aus. Theoretische und taktische Streitfragen, wie sie leider jetzt ständig zur Belebung der sozialdemokratischen Parteitage dienen, tauchen hier erfreulicherweise nicht auf. Nicht, als ob sich nicht auch hier solche Differenzen ergeben könnten. Aber mit gutem Recht haben die Kongresse in taktischen Fragen keine engen Grenzen gezogen, und bei theoretischen Problemen haben sie bisher noch nie Bedenken getragen einen durch die Verhältnisse überholten Standpunkt ruhig aufzugeben. Wo die Gewerkschaften, durch die Entwicklung veranlaßt, vermeintliche Grundsätze modifizieren oder preisgeben mußten, taten sie es stets überlegt und ohne sonderliche Aufregung. Sie wissen: Die Prinzipienfestigkeit gerät oft in starken Konflikt mit den realen Verhältnissen. Das gilt zum Beispiel auch von der Frage, die so nebenbei gestreift wurde, ob es sich empfiehlt die vollständige Aufhebung der Naturalentlohnung für die Landarbeiter zu fordern. Zweckmäßig wird das nicht in jedem Fall sein, die Zeit wird uns hier manches lehren und auch dem Landarbeiterverband anheimgeben die Akten darüber noch nicht zu schließen. Ebenso ist auch nicht gesagt, daß die Gewerkschaften zur Regelung des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosenversicherung und des Tarifvertrags bereits das letzte, entscheidende Wort gesprochen haben. Die Beurteilung dieser Fragen hat bisher manche Wandlung durchgemacht; indes dürften die leitenden Gesichtspunkte, die in eingehenden Referaten diesmal hervorgehoben wurden, gegenwärtig wohl das Richtige treffen.

Allerdings, ganz ohne einen Konflikt ist es auf dem Kongreß nicht abgegangen. Doch betraf er nur eine innere Angelegenheit der Gewerkschaften: die gewiß sehr unangenehme Streitfrage, wie die Abgrenzung der Berufe, für die die einzelnen Organisationen zuständig sind, geregelt werden soll. Von einer Gefahr für die innere Festigkeit der Gewerkschaften kann dabei nicht gesprochen werden; selbst wenn eine Organisation dissentieren wollte, würde sie bei der Unhaltbarkeit ihrer Lage bald zurückkehren.

Freilich haben sich die Dinge in der Wirklichkeit anders gestaltet als es nach den Erklärungen derjenigen der Fall sein sollte, die in der Fraktion das Sitzenbleiben befürwortet haben. Und zwar in zwiefacher Hinsicht. Das Sitzenbleiben wurde von den bürgerlichen Parteien je nach ihrem Charakter als Demonstration aufgefaßt oder ausgelegt, und es ist von einem Teil unserer Parteipresse (der Vorwärts voran) auch sofort als Demonstration motiviert worden, wird im Land fast nur noch unter d i e s e m Gesichtswinkel diskutiert. Die Erfahrung hat insofern durchaus denen recht gegeben, die sich bei ihrer Stellungnahme zu dem Antrag von der Überlegung leiten ließen, daß solche Dinge sich nun einmal nicht auf dialektisch ausgeklügelte Begründungen festlegen lassen sondern ihre eigene Dialektik haben. Warum hat die Redaktion des Vorwärts, die doch sehr genau wußte, wie der betreffende Beschluß begründet werden sollte, ihm vom ersten Tag an noch a n d e r e Begründungen mit auf den Weg gegeben? Ganz offenbar aus dem Gefühl heraus, daß jene Begründung im Angesicht der Wirkung, die die Ausführung des Beschlusses hervorgebracht hatte, n i c h t a u s r e i c h t e. Wobei ich nicht unterlassen will einflechtend zu bemerken, daß ich sie auch sonst nicht gelten lassen kann. Nach ihr soll durch das Sitzenbleiben nur die unwürdige Form des f l u c h t a r t i g e n H i n a u s l a u f e n s beim Kaiserhoch beseitigt werden. Das setzt voraus, daß die Fraktion, will sie nicht in das Kaiserhoch einstimmen, was kein Mensch verlangt, gar keine andere Wahl habe als sitzenzubleiben oder fluchtartig davonzulaufen. Was aber keineswegs zutrifft.

Wenn es, wie zugestanden werden muß, sozialdemokratische Abgeordnete gegeben hat, die vor der Verkündung des Schlusses oder der Vertagung der Session es mit dem Hinauslaufen aus dem Saal etwas gar zu eilig hatten, so hat es doch auch nie an solchen gefehlt, sondern es waren im Gegenteil ihrer nicht wenige, die bei solchen Gelegenheiten nach den abschließenden geschäftsordnungsmäßigen Bemerkungen des Präsidenten ruhig von ihren Plätzen sich erhoben und ebenso ruhig den Saal verließen. Die Genossen im Land, die in der Meinung, es gebe nur jene oben genannte Wahl, sich für das Sitzenbleiben ausgesprochen haben, sind daher durchaus irrig berichtet. Ebenso wenig ist die Annahme zutreffend, daß die große Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten allen ein ruhiges Verlassen des Saals unmöglich mache. Davon könnte nur die Rede sein, wenn es sich darum handelte die sozialdemokratischen Ohren ängstlich vor dem Vernehmen des Hochs auf den Kaiser zu behüten, und nicht lediglich darum an einem Akt nicht teilzunehmen, den die Fraktion für nicht angemessen hält. Ob alle Fraktionsmitglieder schon draußen sind oder nicht, wenn das Hoch ertönt, ist für diesen Zweck gleichgültig. Nicht gleichgültig ist aber, ob das Benehmen der Fraktion bei den bezeichneten Anlässen mit ihrem sonstigen parlamentarischen Verhalten im Einklang steht, oder ob es dies durchbricht. Unter d i e s e m Gesichtspunkt, und unter ihm allein, ist die Frage Sitzenbleiben oder Hinausgehen zu beurteilen.

Von Rednern und in Blättern, die sich für radikal halten, hat man die Hinweise von Fischer, Heine, Quessel in den Sozialistischen Monatsheften, die sich auf diese Frage bezogen, mit spöttischen Redensarten über Anweisungen zum guten Ton, gouvernementenhafte Zimmerlichkeit und dergleichen abtun zu können geglaubt und damit auch gewisse Erfolge erzielt. Es ist das keine

neue Erfahrung. Die Masse, und zwar nicht etwa bloß die proletarische Masse, sondern alle, die nicht in der Lage sind die Tragweite bestimmter Handlungen zu übersehen, sind dazu geneigt solche Fragen zunächst *s t i m m u n g s m ä ß i g* zu beurteilen. Was am meisten ihrer Stimmung entspricht, hat ihren Beifall. Welche Bedeutung hat aber solcher Beifall? Darf sich der Abgeordnete, der seines Mandats wert sein soll, durch ihn in seinem Verhalten beeinflussen lassen?

Unsere Arbeiter haben sehr viel Grund mit dem gegenwärtigen Gang der Politik in Deutschland unzufrieden zu sein, und es läßt sich durchaus begreifen, daß sie Verlangen danach tragen dieser Unzufriedenheit den schärfsten Ausdruck zu geben. Warum geben wir, die wir die Berechtigung dieses Verlangens anerkennen, ihnen nicht den Rat nach Möglichkeit Fenster einzuwerfen und ähnliches Dreinschlagen zu vollziehen? Es wäre doch immerhin mehr als eine bloße Sitzdemonstration. Wir raten es aber nicht an, weil wir von der Zwecklosigkeit und selbst Zweckwidrigkeit solcher Kundgebungen überzeugt sind. Wir beurteilen sie nicht unter dem Gesichtspunkt der Sensation des Augenblicks sondern fragen nach ihrer endgültigen Wirkung auf den Gang der Politik. Und nach diesem Gesichtspunkt bestimmen wir seit jeher unser Auftreten im Parlament. Nur in dem Maß wie es den großen Zwecken der Partei entspricht dürfen Stimmungen der Parteigenossen im Land das Auftreten der sozialdemokratischen Vertreter in den Parlamenten beeinflussen. Wer das bestreitet und, wie es von seiten einiger Redner in Parteitversammlungen geschehen ist, hier das Wort Klassenkampf in einer Weise ausspielt, als ob mit ihm eine Schablone gegeben sei, die man beliebig auf alles mögliche anwenden könne, der täuscht sich und andere darüber, daß für die Führung des Klassenkampfs im Land und die Vertretung der Arbeiterinteressen im *Parlament* durch die Natur der Dinge Unterschiede gezogen sind, die man einfach nicht ignorieren kann.

Es ist wohl keine unbillige Zumutung an das Denkvermögen von Leuten, die in der Politik stehen, wenn man von ihnen verlangt zu begreifen, daß das zweckmäßige *Verwenden* einer Kraft andere Methoden notwendig machen kann als das *Schaffen* dieser Kraft. Mit anderen Worten, daß in einem Körper wie das Parlament, dessen Zusammensetzung stets auf jeweilig schon vollzogener Messung der Kräfte im Land beruht, die Aufgabe der möglichst wirkungsvollen Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter deren Vertretern einen ganz andern Verkehr mit den gewählten Vertretern anderer Parteien vorschreibt als es der Verkehr der Parteien im Land selber ist. Namentlich im deutschen Reichstag mit seiner Vielheit von Fraktionen ist ein Verständigen der sozialdemokratischen Fraktion mit Nachbarfraktionen unumgänglich, sollen nicht wichtige Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und bestimmter Arbeitergruppen im besondern jeweilig ins Hintertreffen geraten. Soweit es nicht die allgemeinen Rücksichten der Kultur verlangen, die wir ja zuletzt zurückzudämmen wünschen, schreibt uns schon diese eine Erwägung vor die Formen unseres Auftretens im Parlament so einzurichten, daß man es Andersdenkenden noch möglich macht mit uns sich zu verständigen und unter Umständen gemeinsam zu handeln. Das wird aber sicherlich nicht durch eine Geste gefördert, die nun einmal von den nichtsozialdemokratischen Parteien unterschiedslos als grober Verstoß gegen die parlamentarischen Sitten aufgefaßt wird und, da sie für uns keine un-

entbehrliche Form der Bekundung unserer Grundsätze und Empfindungen ist, auch aufgefaßt werden darf. Redensarten wie »Wir lassen uns von den Gegnern nichts vorschreiben« sind hohl, wenn es sich um Fragen der Form gegenüber Leuten handelt, die wir als Kollegen anreden, mit denen wir, *Radikale* wie Gemäßigte, in Kommissionen kollegialisch zusammenarbeiten. Jede Gemeinschaft hat ihre ungeschriebenen Gesetze für die Umgangsformen der ihr Angehörenden, die der verletzen mag, der mit ihr oder in ihr nichts zu tun haben will, die zu verletzen indessen keinen Sinn hat, wenn man auf keins von beidem verzichten will. Wir haben aber sehr viele Gründe die Vorbedingungen parlamentarischer Erfolge unserer Partei zu steigern, und keinen einzigen sie um eines, sicherlich nicht schönen Gestus willen (denn mehr ist es nicht) noch zu verschlechtern.

Keinem aufmerksamen Beobachter des politischen Lebens in Deutschland kann es entgangen sein, daß der Parlamentarismus im Reich zurzeit in eine Situation gelangt ist, für die man in der Mechanik den Ausdruck *toter Punkt* hat. Von nennenswerten Reformen in der Gesetzgebung, von Erweiterungen der Volksrechte ist nicht mehr die Rede; um so unverhüllter wird von Verkürzung bestehender Rechte gesprochen oder selbst mit ihr gedroht. Die Unfruchtbarkeit der Tätigkeit des Reichstags in allem, was auf den Namen *Sozialreform* Anspruch hat, schreit zum Himmel und läuft Gefahr dem offenkundigen Bestreben unserer Reaktionäre das Parlament des allgemeinen Wahlrechts im Volk möglichst unpopulär zu machen zu erfolgen zu verhelfen. Welche Möglichkeiten haben wir hierin Besserung zu schaffen? Sollen wir es mit dem Dreinschlagen versuchen? Jeder unter uns weiß, was wir dabei aufs Spiel setzen würden. Gerade die Größe unserer Bewegung in Deutschland verbietet der Sozialdemokratie Experimente, wie sie die wenig gefesteten sozialistischen Parteien anderer Länder ohne erhebliches Risiko unternehmen dürfen. Die deutsche Sozialdemokratie ist, kann man mit Variierung des Dichterworts sagen, zu groß, um noch zu spielen. Bei uns würde ein Versuch es mit der Gewalt aufzunehmen im doppelten Sinn des Wortes *aufs Ganze* gehen. Er würde den gewollten Erfolg nur haben, wenn er dazu führte, daß wir den heutigen Machthabern unsere Bedingungen diktieren können, und er würde, wenn er diese Situation nicht herbeiführt, die sozialistische Arbeiterbewegung auf unabsehbare Zeit hinaus als politische Kraft lahmlegen. Auch unsere *Radikalen* wissen das und scheuen davor zurück die Verantwortung für solches zweifelhafte Experiment auf sich zu nehmen. Unter diesen Umständen heißt es Stimmungspolitik schlimmster Art treiben, wenn wir unser Verhalten im Reichstag in einer Weise ändern, die den nach Rückwärtsentwicklung der Reichsgesetzgebung Rufenden Wasser auf die Mühle liefert, denen aber die Verständigung mit uns erschwert, die wenigstens bestimmte Ziele und Interessen mit uns gemein haben.

Es handelt sich auch nicht nur um das Toben einer Handvoll reaktionärer Ultras. Wir sehen es deutlich genug vor uns, wie die zielbewußten Rückwärtsrevidierer der Volksrechte heute in Deutschland arbeiten. Zur unverhüllten Reaktion wird man sich ohne zwingenden Grund nicht entschließen. Denn auch auf der Gegenseite hat man Ursache es auf eine Verzweigungserhebung der Volksmassen nicht ankommen zu lassen. Darum verfährt man, wie ich es früher einmal schon bezeichnet habe, nach dem Prinzip der Ein-

wickelung von Reaktionseinlagen in Reformdeckblätter. Wie man es bei der Reichsversicherungsordnung gemacht hat und mit dem Koalitionsrecht zu machen im Begriff ist, so wird man es, wenn man den Zeitpunkt für gekommen hält, auch mit dem Reichstagswahlrecht machen. Schon in den letzten Wochen der abgelaufenen Session wurde davon gemunkelt, daß die (namentlich von nationalliberaler Seite) so inbrünstig erbetene Ausdehnung der Freifahrt für die Abgeordneten auf die ganze Legislaturperiode um den Preis einer kleinen Änderung am Reichstagswahlrecht möglicherweise zu haben sein würde. Es mag bloße Vermutung gewesen sein. Aber die Art, wie die Reichsregierung die Frage »Sessionsschluß oder Vertagung?« für ihre politischen Zwecke auszuspielen gesucht hat, läßt die Folgerung zu, daß die Vermuter nicht ganz auf der unrechten Fährte waren.

Das Drohen der Konservativen und ihrer Schildträger mit strafrechtlicher Ahndung des Sitzenbleibens beim Kaiserhoch kann uns kalt lassen. Daß solches Ahnden nach dem bestehenden Strafrecht nicht geht, hat Staatssekretär Dr. Beseler selbst anerkennen müssen, nachdem Professor von Liszt mit unwiderleglicher Schärfe die juristische Unmöglichkeit einer strafrechtlichen Verfolgung dargetan hatte. Wenn es der Mühe lohnte, ließen sich die Ausführungen Liszts durch schlagende Zitate aus den Schriften konservativer Strafrechtslehrer, wie des verstorbenen freikonservativen Abgeordneten von Schwarze, noch ergänzen. Aber die Sache ist so aussichtslos, daß diese Idee als ganz und gar abgetan gelten kann. Auch die Drohung das Sitzenbleiben beim Kaiserhoch durch eine Ergänzung der jetzigen Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuchs über die Majestätsbeleidigung strafällig zu machen hat für uns keine Schrecken. Ein Gesetz, das die Wirkung haben könnte Abgeordnete dafür ins Gefängnis zu bringen, daß sie bei einem Hoch auf den Kaiser auf ihrem Platz verharren, würde den Staat, der es verkündete, in einer Weise dem Fluch der Lächerlichkeit ausliefern, vor der man in den maßgebenden Kreisen bei uns nun doch zurückschreckt. Würde es doch obendrein das Kaiserhoch gerade desjenigen Elements berauben, das ihm noch einen gewissen Glanz verleihen kann: der wirklichen oder anscheinenden Freiwilligkeit. Ein der Volksvertretung bei Strafe vorgeschriebenes Hoch auf den Kaiser ist zwar ein göttlich schöner Einfall, aber zur Verwirklichung wird er nicht kommen. Auch der Gedanke durch Bestimmungen in der Geschäftsordnung des Reichstags der Sozialdemokratie ein bestimmtes Verhalten bei Hochs auf den Kaiser vorzuschreiben wird an der Schwierigkeit zu Wasser werden eine Form für ihn zu finden, die den Reichstag nicht zur Kinderstube herabwürdigte. Auf Möglichkeiten dieser Art könnten wir es ruhig ankommen lassen, wobei aber zu bemerken ist, daß gerade diese Schwierigkeit zum Vorwand genommen werden kann neue, kautschukartige Bestimmungen in die Geschäftsordnung des Reichstags einzubringen, die zu mehr als bloßen Disziplinierungen die Handhabe bieten. Schon diese Aussicht verbietet es die Frage mit den Rodomontaden erledigen zu wollen, in denen unsere Radikalen sich gefallen.

Vor allem aber in Betracht zu ziehen ist für uns die Rückwirkung unseres Verhaltens auf die allgemeine politische Situation. Und da kann aus dem als Beweis für die Nichtigkeit der Einwände gegen die neue Taktik ausgespielten Satz der marxistischen Lehre, daß die großen Klasseninteressen die Entwicklung der Politik bestimmen, nur dessen dümmste Aus-

legung die Folgerung ziehen, es komme in der Politik auf die Formen des Auftretens nicht an. Das Interesse der Klassen ist kein totes Schema, in das sich alles zu allen Zeiten gleichmäßig einordnet. Es ist eine regulierende Kraft, die unter Umständen sehr viel Zeit braucht sich durchzusetzen. In gegebenen Zeitpunkten wird es durch unzählige andere Faktoren durchkreuzt, und wer darauf keine Rücksicht nehmen will, für den kann leicht das Wort Geltung bekommen:

»Was man von der Minute ausgeschlagen,
Gibt keine Ewigkeit zurück.«

Lassen wir jedoch die Frage »Reaktion oder nicht?« ganz beiseite, und stellen wir uns nur die für die Arbeiterklasse so wichtige korrespondierende Frage »Reform oder nicht?« Wir kämpfen heute in Preußen für eine Reform des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus, und eine Änderung des jetzigen Wahlrechts wird ja kommen. Glaubt aber ein Mensch mit gesunden Sinnen, daß die Aussichten diese Änderung in einer den Interessen der Arbeiterklasse günstigen Richtung zu beeinflussen durch den neuen Modus unseres Verhaltens beim Kaiserhoch irgendwie verbessert worden sind? Es wäre sehr interessant von seinen Anwälten eine Antwort darauf zu erhalten.

Inzwischen aber ist auf das entschiedenste gegen die Versuche Stellung zu nehmen, die darauf hinauslaufen mit Redensarten wie *Parteischädigung* die Besprechung jenes Beschlusses der Fraktionsminderheit zu ersticken. Es ist bloße Stimmungsmache, wenn man behauptet, diese Besprechung liefere den Scharfmachern Wasser auf die Mühle. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Die Kritik des Beschlusses kann nur das Bestreben der Reaktionäre vereiteln aus ihm politisches Kapital zu schlagen. Zu allen Zeiten sind die verhängnisvollsten Beschlüsse der Parteien wie der Staaten diejenigen gewesen, die unter dem Einfluß von Stimmungen gefaßt worden sind. Wir aber wollen keine Stimmungspolitik. Wir wollen eine Politik, die zur Richtschnur das wohlüberlegte Interesse derjenigen Bevölkerungselemente nimmt, die ihre Vertreterin in der Sozialdemokratie erblicken.

MAX SCHIPPEL · CHAMBERLAIN, MANCHESTER-TUM UND IMPERIALISMUS



ARF ein Politiker: nicht eine jener zahllosen politischen Nullen, die nur rechnen, wenn andere entscheidende Ziffern vor ihnen stehen, sondern ein großer, selbständig wegweisender politischer Führer, in seinen Anschauungen und Taten die tiefen, unaufhalt-samen Wandlungen der ewig fließenden und sich höher entwickelnden sozialen Umwelt widerspiegeln? Die Frage, in dieser Einfachheit ohne Umschweife gestellt, klingt fast lächerlich, weil die Antwort so selbstverständlich scheint. Dennoch gibt es für gedankenlose breite Bevölkerungsschichten keine größere Selbsterquickung und Selbstbefriedigung, als wenn man denen, die um mehr als Haupteslänge über sie emporragen, entsprechend tiefe Wandlungen in ihrer Stellungnahme, das heißt: auffällige, unbestreitbare Widersprüche zwischen den einzelnen Phasen ihres politischen Fortschreitens, nachzuweisen vermag.

Vor mir liegt eine Karikatur aus dem Jahr 1903: Joseph Chamberlain,

mit hochmütig verkniffenem Gesicht, das niemals fehlende Monokel in das rechte Auge eingeklemmt, den unvermeidlichen Zylinder aufgestülpt, die Handschuhe wie ein Boxer zu einem neuen Gang schließend, Rücken und Seiten seines umfangreichen langen Überziehers wie eine Plakatsäule aus lauter schreienden Reklamezetteln des Inhalts zusammengeflickt: Sozialist, Republikaner, extremer Radikaler, Gladstonianer, liberaler Unionist, gewöhnlicher Konservativer, Jingo, feuerfressender Jingo, Schutz- und Lebensmittelzöllner. Auf den letzten noch übrigen Karrees steht, für die weitere Zukunft: »Noch frei«. Ich vermag mir recht gut zu denken, daß das Auftauchen einer solchen Clowngestalt vor gefüllten Zirkusgalerieen ein unermessliches verständnisinniges Johlen, Pfeifen und Trampeln entfesseln kann. Aber stellt der am 2. Juli nach jahrelangem lähmenden Siechtum Verschiedene nicht trotzdem, von einer höhern geschichtlichen Warte aus gesehen, eine in sich geschlossene, machtvolle und konsequente Persönlichkeit dar? Eine seltene, fortreibende Kraft, so daß die ungeheuchelte allseitige Trauer, die jetzt in England angesichts des Grabes hervorbricht, den tiefen Eindruck dieses wechselreichen Lebens schließlich doch am untrüglichsten kennzeichnet?



EINE öffentliche Laufbahn begann Chamberlain, am 8. Juli 1836 geboren, während der sechziger Jahre in der Gemeinde selbstverwaltung, nachdem er sich, auch sonst in manchen Grundzügen an den deutschen Fortschrittler Ludwig Loewe erinnernd, durch außerordentliche Initiative und Umsicht aus bescheidenerm Mittelwohlstand bis zur Leitung eines großen industriellen Millionenunternehmens emporgeschwungen hatte. In Birmingham entfaltete sich damals eine rege municipale Reformbewegung, die in dem neuen fähigen Stadtverordneten rasch ihren belebenden und organisierenden Mittelpunkt erhielt. »Er zog die besten Männer der Stadt in den Dienst der Reform; er hatte hochfliegende Pläne und glaubte an eine große Zukunft der Stadt«, erzählt Dr. Dale, einer seiner kommunalen Mitarbeiter, von ihm. Als Chamberlain bereits 1873 zum Oberbürgermeister aufstieg, galt seine amtliche Wirksamkeit sehr bald bei allen Municipalreformern als allgemein vorbildlich; wahrscheinlich mit mehr Recht als die Miquels in Osnabrück und Frankfurt. Er führte die Gas- und Wasserversorgung in Gemeindebetrieb über, was vom maßgebenden zeitgenössischen England zunächst durchgängig noch als höchst verdächtiger *Sozialismus* betrachtet wurde. Er vollzog weittragende Eingemeindungen, sorgte für Vermehrung und Verbilligung der Arbeiterwohnungen, hob das Schulwesen, legte Volksbibliotheken und Museen an.

Auch die Unterhausvertretung für West Birmingham, das bis zum Tod treu zu ihm hielt, fiel ihm nach der Ernennung zum Stadtoberhaupt sehr bald zu, und die ungewöhnliche Fähigkeit des Mannes machte sich im Parlament gleichfalls sofort bemerkbar; noch mehr sogar in der liberalen Partei- und Wahlmaschine: sein Geschäfts- und Organisationstalent hob ihn hier, neben Schnadhorst, über alle Nebenbuhler empor. Aber meines Erachtens sollte man, um vor einer ganz irreführenden Charakterbewertung geschützt zu bleiben, hinter seinen ersten größeren staatspolitischen Kundgebungen, so eindrucksvoll sie meistens wirkten, keine besonders ausgeprägte, auf langem eigenen Nachdenken beruhende Eigenart suchen. Chamberlain übernahm hier als fähiger, überraschend schnell sich Geltung verschaffender Agitator und

Wortführer einfach das, was er innerhalb des englischen Liberalismus als gegebene Richtung vorfand; allerdings mit der ausgesprochenen Neigung aller talentvollen eifrigen Jünger: unbeschwert durch irgendwelche eigenen hierher gehörigen tieferen Erfahrungen jede parteiüberlieferte Anschauung und Forderung sofort auf die äußerste Spitze zu treiben. Auf diese Weise war er vom ersten staatspolitischen Gehversuch an nicht nur Bright-Gladstonescher Liberaler sondern radikalster Radikaler, staatskirchenfeindlichster Freigeist, demokratischster Anhänger des unbeschränktesten Massenwahlrechts, mehr als bloß cobdenitischer Freihändler, soweit dies möglich ist, Gegner jeder aktiven, *imperialistischen* Auslandspolitik, also *Kleinengländer*, wie er später gern seine kolonialpolitischen Widersacher als Stillstandspießbürger und Krähwinkler verspottete und verhöhnzte. Freilich hatten es alsdann später diese Gegner wiederum leicht den Spieß umzudrehen und dem ältern Kolonialminister den jungen Birminghamer Radikalen entgegenzustellen. So zitierte im Herbst 1900, also in der Zeit der Burenkriegserregung, William Harcourt bissig aus einer frühern Chamberlainschen Rede:

»Offen gestanden, ich denke kirchturmsbeschränkt genug [I am so parochially minded], daß ich mit größerer Genugtuung auf unsere Eroberung der Gas- und Wasserversorgung, auf die Erweiterung und Sanierung unseres Gemeindegebiets blicke als auf die Ergebnisse unserer imperialen Politik, die uns Cypren und Transvaal¹⁾ brachte; und ich bin stolzer darauf, daß ich in Birmingham gegen Unwissenheit, Krankheit und Verbrechen kämpfen durfte, als wenn ich der Urheber des Zulu-Krieges gewesen wäre oder den Einmarsch nach Afghanistan veranlaßt hätte.«

Zu bestimmten, reiflich erwogenen Entschlüssen im klar übersehbaren Einzelfall gezwungen, offenbart sich jedoch bei Chamberlain gelegentlich schon in dieser ersten gärenden und unselbständigen Periode eine zweite, gegensätzliche Unterströmung. So als er 1882 im Ministerium Gladstone, dem er seit 1880, dem Regierungswechsel, als Leiter des Handelsamts angehörte, die Sicherung des Suezkanals und der Straßen nach Indien durch die Besetzung Ägyptens und die Zurückdrängung des französischen Einflusses jubelnd begrüßte und dafür von seinem alten Vorbild und Mitkämpfer Bright, der eben wegen der ägyptischen Politik aus dem Kabinett ausschied, als *Jingo* gebrandmarkt wurde. Und schließlich war die Auflehnung gegen die Gladstonesche Homerulepolitik, die Neugründung eines selbständigen liberalisch-unionistischen Parteiverbands, der sehr bald alle Brücken zum alten Liberalismus abbrach und die große innere Umwandlung und Modernisierung des neuverbündeten englischen Konservatismus vollzog, in erster Linie gleichfalls ein bewußteres Erwachen und Betonen der reichszentralistischen, reichseinheitlichen Auffassung, aus der später ganz folgerichtig ihre Weiteranwendung auf die Beziehungen, vor allem die Wirtschaftsbeziehungen zwischen europäischem Mutterland und überseeisch-kolonialen Reichsteilen hervorwuchs. Schon hiernach erscheint die Umbildung der Chamberlainschen Politik keineswegs so unvermittelt.²⁾

¹⁾ Bezieht sich auf die frühere Annexion von Transvaal im Jahr 1877. Harcourts Rede nach den Times vom 2. Oktober 1900.

²⁾ Morley, der selber lange Zeit mit Chamberlain eng befreundet war und ihm einst wegen seiner warmherzigen persönlichen Liebenswürdigkeit nachrühmte, he has the genius of friendship, wies im März 1905 in einem Essay über den modernen britischen Imperialismus im Nineteenth Century geistvoll auf diese inneren Zusammenhänge hin: »This far-reaching movement began in the rejection of Home Rule in 1886. Unionists, in resisting the new Liberal policy for Ireland, were naturally forced to make their appeal to all the feelings and opinions bound up with concentration, imperial Parliament, imperial unity . . . What precipitated this reaction in the direction of Imperialism was the proposal of Home Rule, and the arguments and temper in which its antagonists found their most effective resort.«



IE stetig wachsende geistige Loslösung vom Manchestertum, der immer unerschütterlichere, sehr bald auch laut verkündete Glaube an die entwicklungsfördernde, organisatorisch aufbauende Bestimmung der Gesetzgebung und der Staatsgewalt kam jedoch für Chamberlain durch seine immer innigere Verbindung mit Fragen der Sozialpolitik, dieses Wort im weitesten Sinn verstanden.

Schon unter Gladstone und im Handelsamt hatten ihn die irische Bodenreform und der Schutz der Seeleute hervorragend beschäftigt. Erst aus demokratisch-bürgerlicher Abneigung gegen Tories und Lords, dann aus allgemeinen Erwägungen trat er für fortschreitenden Auskauf des Großgrundbesitzertums und für die Wiederschaffung eines ausgedehnten Bauerntums ein. Das Spottwort »Jedem auf dem Lande eine Kuh und soundsoviel Acker Landes!« galt meines Wissens im Anfang den Projekten und Agitationen Chamberlains. Noch mehr aber wandte er sich frühzeitig den Arbeiterfragen zu, und am besten lernt man seine Grundanschauungen kennen, wenn man sein aufsehenerregendes vielumstrittenes Programm von neuem hervorholt, das er im November 1892 in der Monatsschrift *The Nineteenth Century* veröffentlichte. Je schärfer der Gegensatz zum Gladstoneschen Liberalismus und die Bundesgenossenschaft mit den Konservativen sich herausbildete, desto bestimmter wies er auf die drängenden Aufgaben der Arbeiterschutzgesetzgebung und der Ausgestaltung des Koalitions- und Arbeitsrechts hin. Man muß mindestens bis zur neuesten Ära Lloyd George warten, um zum erstenmal wieder auf einen ähnlichen sozialpolitischen Reformeifer zu stoßen.

In den Hauptpunkten läuft das Chamberlainsche Sozialprogramm von 1892 auf das folgende hinaus:

1. Gesetzliche Regelung der Arbeitszeit für Bergleute und andere in gefährlichen und außergewöhnlich anstrengenden Berufen beschäftigten Arbeiter.
2. Befugnis zur ortsstatutarischen Regelung [local option] des frühzeitigern Ladenschlusses.
3. Schiedsgerichte zur Verhütung von Lohnkämpfen und Aussperrungen.
7. Größere Vollmachten der Städte für Regulierungen und Arbeiterwohnbauten.
8. Ermächtigung der Gemeindeverwaltungen durch Vorstrecken von Geldern und andere Erleichterungen die arbeitenden Klassen in den Besitz eigener Wohnhäuser zu setzen.«

Auch die Begründungen und Erläuterungen sind oft recht bezeichnend und eilen der durchschnittlichen englischen Parteientwicklung weit voraus. So wird der allgemeine gesetzliche Normalarbeitstag im wesentlichen nur deshalb verworfen, weil er aussichtslos sei. Dagegen wird der Einzelregelung nachgerühmt, daß sie im Fall der Bewährung von selber weitere Kreise nach sich ziehen müßte. Die Eisenbahnarbeiter werden beispielsweise sofort neben den Bergleuten genannt, nur soll hier beim Handelsamt selber die Entscheidung liegen, nachdem dessen Vollmachten entsprechend gesteigert sind. Bei den Ladengeschäften werden die eingerissenen Mißstände scharf hervorgehoben; die Selbsthilfe und bloße Freiwilligkeit seien jedoch ungenügend, weil selbst an der unbedeutendsten Minderheit der Wille der Mehrheit schei-

tern könne. Bei den neuen Schiedsgerichten, neben den bestehenden englischen Boards of Arbitration and Conciliation, denkt der Verfasser vorzugsweise an die Neufestsetzung künftiger Löhne und Arbeitsbedingungen, freilich ohne Zwangsgeltung der Entscheide, nur unter Mobilmachung der in letzter Linie ausschlaggebenden öffentlichen Meinung zugunsten der anerkannten Forderungen. Bei dieser Gelegenheit wird weiter die einheitlichere Organisation des arg zersplitterten und vernachlässigten Arbeitsnachweiswesens empfohlen. Die Frage der Unfallentschädigung ist später im großen und ganzen nach den Chamberlainschen Anregungen und auf Grund seiner gesetzgeberischen Initiative gelöst worden. Ähnlich die Altersrentengewährung. 1892 geht Chamberlain von dem Hinweis aus, daß in England, dem reichsten Land der Welt, von den über 65 Jahre alten Personen beiden Geschlechts immer jeder zweite Angehörige der arbeitenden Klasse (oder jede vierte Person von allen Klassen zusammen) der Armenunterstützung verfallt. Acht Neuntel davon hätten sich bis zum 60. Jahr dieser Notlage noch entziehen können; ein Zeichen, daß lediglich die durch Alter verminderte Arbeitsfähigkeit die Schuld trage; ein Recht auf Alterspension sei deshalb keine Untergrabung der Selbstfürsorge. Die Erörterung der Wohnungsfrage gipfelt im Vorschlag einer radikalen Reform des Enteignungsrechts; bei den alten hohen Expropriationskosten sei jede kommunale Beschaffung billiger Wohnungen unterbunden. Die Hergabe billiger Amortisationshypotheken, die Schaffung niedriger Vororttarife werden als kommunale und staatliche Ergänzungsmaßnahmen erwähnt.

Vor allem fällt jedoch die vollständige Abkehr von dem alten Manchesterstandpunkt auf. Die individualistischen Selbsthilfe- und Harmonieanschauungen seien an der harten Wirklichkeit vollständig zerschellt. Auf die Periode der Freisetzung und Entfesselung der auseinanderstrebenden und gegensätzlichen Wirtschaftskräfte müsse eine Zeit des Aufbaues folgen, »the Manchester school is now practically extinct«.



ER Bruch mit der manchesterlichen Vorstellungswelt, die man in England noch viel mehr und viel länger als bei uns mit dem Wesen jedes politischen Liberalismus zusammenfallen sah, trieb indes den einstigen Cobdeniten am weitesten auf dem kolonial- und handelspolitischen Gebiet vorwärts. In den Einzelheiten mag er dabei durch sein unbezähmbares Temperament und in der streitbaren Erregung des Tageskampfes über die Grenzen hinaus fortgerissen worden sein, bis zu denen ihm die englische öffentliche Meinung und die Mehrheit der englischen Wähler jemals zu folgen vermögen. Im großen und ganzen jedoch vertrat er hier abermals eine geistige und politische Strömung, die in dem öffentlichen Leben Englands und aller modernen Industriestaaten seit etwa einem Menschenalter mit geradezu elementarer Gewalt hervorbricht.

In seinem Glauben an den internationalen Freihandel (an das freie Konkurrenzsystem und die Manchesterpolitik, angewendet auf das äußere Wirtschaftsleben, auf den Verkehr von Volk zu Volk) wurde Chamberlain wohl zuerst durch die amtliche Beschäftigung mit den Zuckerprämien wankend. Unter Gladstone im Handelsamt, und mit Giffen und Farrer als Berater zur Seite, hatte Chamberlain, unter Berufung auf das handelspolitisch allein

entscheidende Konsumenteninteresse und auf die jederzeit ausschlaggebende Warenverbilligung, alle Kampf- und Ausgleichszölle gegen die kontinentalen Ausfuhrprämien regelmäßig abgelehnt:

»Das Grundprinzip, das die Wirtschaftspolitik unseres Landes beherrscht, ist, daß die Regierung nicht in den Lauf der Wirtschaft eingreifen soll ... Ausgleichszölle, um die Zuckerprämien zu neutralisieren, wären darum der erste Schritt die Freihandelspolitik umzustößen, zu der man aus den klarsten theoretischen Gründen übergang und die für unsere industriellen Klassen von ungeheurem Vorteil war ... Nach der Meinung der Regierung bestand die Wirkung der fraglichen, von fremden Staaten gewährten Prämien darin für die Konsumenten in unserm Land den Zucker zu verbilligen ... Da unsere Politik seit vielen Jahren dahin geht den großen Konsumenten aller den Vorzug zu geben vor den kleinen Produktionsinteressen irgendeiner einzelnen Klasse, so konnte es der Regierung nicht in den Sinn kommen irgendwie gegen fremde Regierungen wegen ihrer Prämien aufzutreten, weil diese den wirtschaftlichen Interessen unseres Landes schädlich seien.«

Als Kolonialminister dagegen, erst unter Salisbury, dann unter Balfour, stand Chamberlain dem »Notschrei Westindiens« gegenüber, den Klagen über die drohende Vernichtung der dereinst gewinnbringendsten westindischen Produktion; und vom Indischen Amt herüber erklang lauter und lauter der gleiche Jammer aus Indien, aus Mauritius. Wenn England schnöde jede Zollhilfe und jedes Abgehen vom Freihandelsprinzip verweigerte, war dann Westindien, für das man schon lange die Anziehungskraft der Vereinigten Staaten mit ihrem reichen Nachbarmarkt fürchten mußte, überhaupt noch dauernd im Reichsverband zu halten? Würde es den im Mutterland versagten Schutz nicht hinter der Zollmauer der Vereinigten Staaten suchen und finden? Schritten die Vereinigten Staaten tatsächlich nicht sehr bald dazu die umstrittenen europäischen Ausfuhrprämien ihrerseits durch amerikanische Ausgleichszölle zu annullieren, und war damit der britisch-westindische Zucker nicht in Amerika, dem fremden Land, von einer lebensgefährlichen Schleuderkonkurrenz befreit, gegen die das eigene Mutterland, wie es bisher jederzeit erklärte, keinen Finger rühren konnte und wollte? Das Konsumenteninteresse des Mutterlands mochte man weiter in Rechnung stellen wie früher. Aber durfte der Kolonialminister, der sich innerlich mehr und mehr zur vollen Klarheit über den Wert des britischen Kolonialbesitzes durchgearbeitet hatte, die flehend ausgestreckte Hand einer großen und wichtigen Kolonialproduktion zurückstoßen, ohne dem politischen Zusammenhang zwischen Mutterland und Pflanzstaat eine klaffende, vielleicht eine tödliche Wunde zu schlagen? An diesem unausweichlichen Probefall wuchs offenbar zuerst die zunehmend kritische Stellungnahme Chamberlains zum handelspolitischen Manchestertum, zum Freihandelssystem empor²⁾, lange bevor er sich zu einer grundsätzlichen Gegnerschaft bekannte, wie seit der berühmten Birminghamer Rede vom 15. Mai 1903.

Unterdes hatte 1897 die Zollvorzugspolitik Kanadas, der wertvollsten und hoffnungsreichsten Siedelungskolonie, eingesetzt. Sollte man sie gleichfalls zurückweisen, indem man, gegen den ausgesprochenen Willen der Kolonien, diejenigen Handelsverträge aufrechterhielt (vor allem mit Belgien und Deutschland), die eine Bevorzugung Englands gegenüber anderen europäischen Industriestaaten ausschlossen? Nachdem auch diese, abermals

²⁾ Über die Einzelstufen dieser Umwandlung siehe meine Schrift Zuckerproduktion und Zuckerprämien bis zur Brüsseler Konvention 1902 /Stuttgart 1903, besonders die Kapitel über die Herrschaft der Konsumentenpolitik in England, über Westindien und über Indien.

vom Freihandel mit seinem Prinzip der international gleich-offenen Tür abweichende Entscheidung gefallen war, nachdem Australien und Südafrika dem Beispiel Kanadas gefolgt waren oder sich doch dazu anschickten, erhob sich unaufhaltsam die weitere Frage: ob diese, sehr bald von keinem Engländer mehr ernstlich angegriffene koloniale Präferentialpolitik ⁴⁾ dauernd fortbestehen könne, wenn das Mutterland nicht gleichfalls Gegenleistungen gewährte. Gegenleistungen, die naturgemäß auf den verschiedensten Gebieten gesucht werden konnten: in politischen Rüstungsunterstützungen, in subventionierten Schifffahrtsverbindungen, in Heranziehung der Kolonien zur Mitberatung und Mitentscheidung bei großen Reichsfragen; für die jedoch die engere handelspolitische Gegenseitigkeitsbevorzugung wiederum die nächstliegende und erfolgversprechendste Form zu sein schien. Drängte das immer lebhaftere Erwachen des Reichsbewußtseins, das sowohl im europäischen Mutterland wie in den überseeischen Gliedstaaten, nicht zum mindesten unter der anfeuernden Einwirkung Chamberlains, zu einer neuen geistigen und moralischen Macht sich emporhob, nicht ganz von selber zu einer entsprechenden konstruktiven Politik, die neuen Strömungen ein neues Bett zu graben und neuen wirtschaftlich-sozialen Kräften einen neuen politischen Wirkungskreis zu schaffen suchte?

Und wenn hier der Verstorbene auf den Grund der Zeitgeschichte tiefer zu blicken verstand als seine, geistig unbeweglicheren ersten Lehrer und Mitstreiter aus der Zeit des alten kolonialfeindlichen manchesterlichen Liberalismus, wenn er die alten doktrinären Stillstandszelte verließ und zum Bahnbrecher des Jungen und Neuen wurde, das noch vor 2 und 3 Jahrzehnten niemand voraussehen konnte, sollen wir ihn darum eine entartete Wetterfahne schelten? Spricht nicht mehr als alles andere für die ehrliche, felsenfeste Überzeugung dieses Mannes, daß er 1903 ruhig sein Ministeramt niederlegte, um freier und ungestörter, ohne die Rücksichten der Amtsstellung, für sein Ideal werben zu können? Und muß der nicht ein ganzer Mann sein, der mit dem Verlust der offiziellen Stellung nicht in der Menge der Vielen und Allzuvielen untertaucht, der vielmehr auch dann noch nach wie vor der dauernde Mittelpunkt heftigster politischer Kämpfe und allseitiger Beachtung bleibt?



ELBST wenn die besondere Form, in der Chamberlain sich die künftige engere Reichseinheit durchgeführt dachte, aussichtslos scheinen sollte, wäre darum seine belebende imperialistische Führung ergebnislos gewesen? Wäre deshalb sein Tod etwa gleichbedeutend mit dem Rückfall Englands in die kolonialpolitische Gleichgültigkeit und krähwinklige Kolonialfeindseligkeit, die vordem das durchschnittliche Denken des Bürgertums beherrschte, und die in den Häuptern und Schriften der Manchesterschule ihre schärfste Zuspitzung und theoretische Formulierung gewann? Und darüber hinaus noch: gleich-

⁴⁾ In Königsberg, der immerhin nicht ganz außer der Welt liegenden Handelsstadt, scheint man allerdings bis zum Jahr 1914 noch immer nichts davon gehört zu haben. Wenigstens schreibt die Königsberger Volkszeitung am 6. Juli 1914: »Während bis jetzt englische Waren in den englischen Kolonien . . . wie ausländische Waren verzollt werden, sollten nach Chamberlains Vorschlag [zwar die englischen Waren in die Kolonien und die Waren aus den Kolonien in England zollfrei eingehen, aber im übrigen sollten in England und den Kolonien hohe Zölle eingeführt werden, und zwar sollten in den Kolonien gleich hohe Zölle zur Einführung gelangen.« Das »zollfrei« und »gleich hoch« geht noch über das »bis jetzt« hinaus. Dabei haben, wir mit Kanada seit 1898 wegen der kanadischen Differentialzölle in jahrelangem Zollkrieg gelebt — ohne daß die Kunde davon bis Königsberg drang.

Rassenunterdrückung auch ihre Gegnerschaft gegen jede Art nationaler Unterdrückung ausgesprochen ist. Das einigende Band jeder Nation ist zunächst die Sprache. Wo Polen preußischer, österreichischer und russischer Staatsangehörigkeit zusammentreffen, werden sie sich bald auf Grund der gemeinsamen Muttersprache als Angehörige einer und der selben Nation erkennen. Es ist daher immerhin merkwürdig, daß in unserm Parteiprogramm das Wort Nation gar nicht vorkommt. Eigenartig berührt es auch, daß in dessen Forderungen nicht eine einzige Maßregel zum Schutz der Nationalität enthalten ist, obwohl wir in Deutschland doch viele Millionen Polen, Dänen und Franzosen haben, die nicht zur deutschen Sprachgemeinschaft gehören und sich ihr auch nicht anschließen wollen.

Fast ebenso schweigsam wie das Programm ist dessen parteioffiziöser Kommentar. Immerhin erfahren wir dort wenigstens, warum unser Parteiprogramm sich mit der nationalen Frage nicht beschäftigt. »Die kapitalistische Produktionsweise«, so erzählt man uns dort, »hat den Proletarier dadurch, daß sie ihn besitzlos macht, losgelöst von der Scholle.« Das ist für Deutschland zweifellos insoweit richtig, als der größte Teil der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zu einem Stadtvolk, ja fast schon zu einem Großstadtvolk geworden ist. Nun ist wohl aber die Frage gestattet, ob die Stadtmenschen mit der Scholle zugleich ihre Nationalität verlieren. Der Verfasser des parteioffiziösen Kommentars scheint dieser Auffassung zuzuneigen, denn er erklärt, daß der moderne Proletarier »gleich dem Kaufmann den Grundsatz annimmt »Ubi bene, ibi patria«, wo die besten Arbeitsbedingungen, dort ist meine Heimat«. Er erläutert dann diesen Gedanken weiter dahin, daß allerdings für den Kaufmann die Möglichkeit »Geschäfte zu machen . . . zum größten Teil abhängt von der Bedeutung und Kraft des Staates, dem er angehört, der ihn schützt«. Aus diesem Grund bleibt der Kaufmann »national gesinnt« und wird sogar »in der Regel« zu einem »chauvinistischen Gesellen«; der Proletarier dagegen »wird ein wahrer Weltbürger, die ganze Welt ist seine Heimat«. Ich habe nun eine Reihe von Jahren als Proletarier im Ausland gelebt, kann aber trotzdem wirklich nicht sagen, daß ich zu einem Weltbürger im Sinn K. Kautskys geworden wäre. Die unsichtbaren Bande, die jeden Menschen mit seinem Volk und mit seiner Heimat verknüpfen, habe ich stets als so heilig und unlösbar empfunden wie die Gefühle, die das Kind mit der Mutter verbinden. Ich glaube auch nicht, daß die deutschen Proletarier im Ausland anders empfinden. Gewiß finden sie dort zuweilen bessere Arbeitsbedingungen als in der Heimat. Dafür besitzen sie aber im Ausland keine politischen Rechte und unterstehen einer rigorosen Fremdenpolizei. Die deutschen Proletarier in der Schweiz wissen davon ein Lied zu singen, und die Italiener nicht minder, obgleich sie durch die Niederlassungsverträge ihrer Heimatstaaten vor ärgster Unbill geschützt sind. Wesentlich günstiger gestaltet sich freilich die Lage des Proletariers im Ausland, wenn er das Staatsbürgerrecht desjenigen Staates erwerben kann, in dem er sich niedergelassen hat. Jedermann weiß aber, daß der Erwerb eines fremden Staatsbürgerrechts gerade für den Proletarier recht schwer, in der freien Schweiz zum Beispiel fast unmöglich ist. Aber auch da, wo verschiedene Nationen in einem Staatsverband vereinigt sind, gilt für den Proletarier noch lange nicht das »Ubi bene, ibi patria«. In solchen Staaten verteidigt auch der Proletarier seine nationalen Rechte, wenn man sie ihm streitig machen will. Und wenn sich die nationalen Minoritäten im

Deutschen Reich gegen die zwangsweise Eindeutschung auflehnen, so wird ein Sozialdemokrat ihnen schwerlich »Ubi bene, ibi patria« zurufen.

Von der Einseitigkeit der *radikalen* Theorie in nationalen Fragen hat sich die sozialdemokratische Praxis erfreulicherweise stets freigehalten. Als Hervé mit seinen absurden Ideen die Internationale zu belästigen begann, rief ihm Genosse Jaurès zu, daß die Nation das Schatzhaus des menschlichen Hirns und Fortschritts ist, und es dem Proletariat schlecht anstände diese kostbaren Gefäße menschlicher Kultur zu zertrümmern. Und Bebel führte aus, daß das Kulturleben sich ja doch nur auf Grundlage der Muttersprache und auf dem Boden der Nationen entwickeln kann; Hervés Gedanke, daß es gleich sei für das Proletariat, ob Frankreich zu Deutschland oder Deutschland zu Frankreich gehört, wäre absurd. In der Tat hat die Sozialdemokratie in ihrer politischen Praxis immer auf der Seite derjenigen gestanden, die ihre Nationalität gegen Übergriffe zu verteidigen hatten. Die in Deutschland lebenden Polen, Dänen und Franzosen fanden in der Sozialdemokratie immer eine uneigennützig Verteidigerin ihrer nationalen Rechte.

Nicht von der *radikalen* Theorie sondern von der ihrem Wesen nach reformistischen Praxis der Sozialdemokratie wird man ausgehen müssen, wenn wir einen grundsätzlichen Standpunkt zu dem großserbischen Problem gewinnen wollen. Wie der italienische Irredentismus, der 1870 sein Ziel wechselte und gegen die Donaumonarchie Front machte, alle Gebiete Österreichs mit italienischer Bevölkerung, namentlich Triest und Südtirol, als vermeintlich unerlöstes Italien, Italia irredenta, für Italien in Anspruch nimmt, so betrachten die Großserben die österreichischen Kronländer Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Bosnien und die Herzegowina als Serbia irredenta, als unerlöstes, in österreichischer Knechtschaft schmachtendes Serbien. Der serbische Irredentismus, der wie ein unheimliches Gespenst am Horizont der Zeiten auftaucht, erhebt Anspruch auf alle Gebiete Österreichs mit serbischer, kroatischer und slawonischer Bevölkerung. Das *unerlöste Serbien* soll von seinen österreichischen Fesseln befreit und mit dem Mutterland verbunden werden. Serbia irredenta ist das Losungswort der großserbischen Agitation, die weite Gebiete mit 7½ Millionen Bewohnern von der Donaumonarchie abtrennen und mit Serbien vereinigen will. Auf den Trümmern des Kaiserreichs der Habsburger soll ein großes Serbenreich entstehen, das mit Unterstützung Rußlands die Vormachtstellung auf dem Balkan erringen müßte. Angesichts dieser weitgehenden Ansprüche der Großserben wird die Sozialdemokratie nüchtern die Frage prüfen müssen, ob wirklich der ganze südöstliche Teil des Donaureichs eine serbische Bevölkerung aufweist. Es läßt sich nun allerdings nicht bestreiten, daß die slawische Bevölkerung der früheren türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina dem serbischen Stamm angehört. Das gilt auch zum weitaus größten Teil für die Kronländer Kroatien, Slawonien, Dalmatien und selbst für das Herzogtum Kroatien. Die Bevölkerung aller dieser Gebiete gehört in ihrer Sprache zu einem Volksganzen, das man als serbisch-kroatisch bezeichnen kann. Mundartliche, religiöse und kulturelle Verschiedenheiten sind wohl vorhanden, aber sie sind nicht groß genug, um dauernd ein trennendes Element zu bilden. Die Behauptung der serbischen Irredentisten, daß der ganze Südosten der Donaumonarchie ein zusammenhängendes serbisches Reich mit 7½ Millionen Einwohnern darstellt, ist unwiderlegbar richtig.

Welche Folgerungen hat die Sozialdemokratie aus dieser Erkenntnis zu ziehen? Selbst wenn man mit K. Kautsky der Ansicht ist, daß der Nationalitätenkampf in den Kreisen des modernen Proletariats »stets nur vorübergehender Natur« ist, wird man sich dabei nicht beruhigen können, weil das moderne Proletariat in jenem, vorwiegend agrarischen und kleingewerblichen Winkel Europas noch kein ausschlaggebender Faktor ist und es auch so bald nicht werden wird. Bauern und Kleinbürger sind aber für die nationalistische Agitation sehr empfängliche Klassen. Dazu kommt, daß diese auf ihre Lohnarbeiter einen größern Einfluß ausüben als der Bourgeois, weil sie ihnen sozial viel näher stehen. Auch ein Sozialdemokrat der *radikalen* Richtung wird daher wohl kaum bestreiten können, daß die serbokroatischen Gebiete Österreich-Ungarns durch die von Belgrad her fliegenden irredentistischen Feuerbrände bald in Brand gesetzt werden können. Daß schon jetzt ein erheblicher Teil des Bürgertums in Bosnien und der Herzegowina irredentistisch denkt und fühlt, ist von der sozialdemokratischen Presse bereits zugegeben worden. Weiter wird man aber auch gar nicht bestreiten können, daß die serbokroatische Bevölkerung Österreichs ein Recht auf nationale Selbständigkeit hat. Die entscheidende Frage ist nun die, ob sich die nationale Selbständigkeit der österreichischen Serben nur durch die Vereinigung mit dem Königreich Serbien erreichen läßt.

Die Frage ist meines Erachtens zu **verneinen**. Die nationale Frage kann für die serbischen Österreicher gelöst werden nicht nur durch den Irredentismus sondern auch, und zwar im Rahmen des Kaiserreichs, durch den **Trialismus**, das heißt durch die Teilung des Machteinflusses unter 3 gleich mächtige Einzelteile im Gesamtreich. Wenn das serbische Reichsdrittel gleichberechtigt den anderen beiden Teilen des Kaiserreichs gemacht werden würde, so könnte es auch im alten Staatsverband ein selbständiges nationales Dasein führen. Die Verwirklichung der nationalen Idee in dem Sinn, daß die Angehörigen jeder Nation zu einer staatlichen Gemeinschaft verbunden werden, ist für Europa zurzeit eine Unmöglichkeit. Sie ist unmöglich nicht nur für die Serben sondern auch für fast alle anderen großen Nationen. Es sei hier nur daran erinnert, daß deutsche Gebiete nicht nur in Deutschland sondern auch in Österreich, Rußland und in der Schweiz zu finden sind. Was jede Nation fordern und die Sozialdemokratie als berechtigt anerkennen kann, ist die nationale Verselbständigung im Rahmen der alten, historisch gewordenen Staatsverbände. Man weiß nun, daß Franz Ferdinand, der jetzt serbischen Irredentisten zum Opfer fiel, entschlossen war die trialistische Idee zum Sieg zu führen. Die Tragödie von Sarajewo war ein Kampf zwischen Trialismus und Irredentismus. In dem Thronfolger wollte man die trialistische Idee zu Boden schmettern.

Die Gegner des Trialismus haben vielfach nicht verstehen können, weshalb Franz Ferdinand 1908 die Annexion von Bosnien und der Herzegowina betrieb, da doch an den tatsächlichen Verhältnissen in den beiden Provinzen nichts geändert wurde, und andererseits Österreich-Ungarn auf die durch den Berliner Vertrag im Sandschak Novibasar ihm eingeräumten Rechte verzichtete. In der Tat, denkt man daran, daß erst im Februar 1909 durch schwere Geldopfer ein Vertrag mit der Türkei zustande gebracht werden konnte, durch den die Annexion vom Sultan anerkannt wurde, so fragt man sich, wozu denn eigentlich alle diese Anstrengungen gemacht

Meinung über die in der Sozialdemokratie herrschenden Ideen über das Massenstreikproblem bilden kann.

Von grundlegender Bedeutung für die Diskussion des Massenstreikproblems in der Sozialdemokratie sind nach meiner Meinung folgende Untersuchungen: Welche geschichtlich sozialökonomischen Gründe lassen die Frage des Massenstreiks in den revolutionären und sozialdemokratischen Arbeiterparteien entstehen, wie definiert die Sozialdemokratie den Massenstreik, welche Rolle legt sie ihm bei der Umgestaltung der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft bei, und welches Resultat läßt sich aus den Tatsachen und den Diskussionen über den Massenstreik in der Sozialdemokratie ziehen?

Geschichtlich ist bisher der Massenstreikgedanke durchweg in Momenten vernichtender, die Gesellschaft gewaltsam erschütternder Wirtschaftskrisen entstanden. Die Arbeiterschaft hält vielfach in Krisenzeiten den Untergang der kapitalistischen Wirtschaftsweise für gekommen, und sie denkt nun mit revolutionären Streikbewegungen die schwankende Gesellschaft direkt zu Fall zu bringen. Der politische Massenstreikgedanke ist, wie die politische und ökonomische Geschichte der arbeitenden Klasse beweist, durchaus nicht das reife Produkt einer fortgeschrittenen theoretischen und praktisch-wirtschaftlichen Entwicklung des Proletariats. In seinem Social System erklärt Robert Owen bereits 1821, daß die Ursachen der Massenarmut und des allgemeinen Notstands in dem raschen Wachsen der Produktivkräfte beständen, für deren vorteilhafte Anwendung die Gesellschaft keine Vorsorge getroffen hätte. »Die Gesellschaft hat es verfehlt«, so zitiert M. Beer in seiner Geschichte des Sozialismus in England die Owenschen Ideengänge, »Einrichtungen zu treffen, die allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben hätten an den Vorteilen der neuen wissenschaftlichen und ökonomischen Errungenschaften teilzunehmen.« Schon in Owens Kopf leuchtet der Gedanke auf, daß die Produktivkräfte der Gesellschaft gleichsam über den Kopf gewachsen seien, und daß bei der sinkenden Konsumkraft der Massen die Gesellschaft ihrem Bankrott entgegenlie:

»Die Zunahme des Reichtums vollzieht sich in so raschem Tempo, daß sogar der allgemeine Konsum mit ihr unter unseren kommerziellen Einrichtungen nicht Stich halten kann. Die Märkte sind deshalb mit Gütern überfüllt ... Die Beschäftigungslosigkeit der Arbeiter und der allgemeine Notstand entspringen also nicht dem Mangel an Reichtum oder an Produktivkräften und güterschaffenden Möglichkeiten sondern irgendeinem Fehler in der Verteilungsweise dieses außerordentlichen Zuwachses von neuem Kapital und neuem Reichtum ... Kein Wunder also, daß Kirchen und Gotteshäuser, Gerichte und Gefängnisse nichts helfen, und daß wir uns jetzt [1820 bis 1830] inmitten einer Krisis befinden, die den Bankrott der politischen Ökonomie, der Sklavenwirtschaft, der Kirchen und der geltenden moralischen Auffassung allen offenbart.«

In dieser Krisenzeit im Jahr 1820 taucht nun in England zugleich die politische Massenstreikidee auf: Sie wird noch besonders beflügelt durch die Unterdrückung der wirtschaftlichen Kampfbewegung der englischen Arbeiterschaft durch die Koalitionsgesetze. So spricht eine Proklamation der schottischen Arbeiter vom 1. April 1820 bereits vom Massenstreik, und sie empfiehlt einen »Zentralausschuß zur Gründung einer provisorischen Regierung«. Sie fordert bezeichnenderweise das Volk auf »sofort ans Werk zu gehen und im Fall eines Widerstands eine vollständige Umwälzung in der Regierung zu vollziehen«. Diese Tatsache aus der Entwicklungsgeschichte der englischen Arbeiterschaft führt K. Kautsky mit Recht gegen

die willkürliche Konstruktion der Genossin Luxemburg an, daß die politischen Massenstreiks der russischen Revolution die fortgeschrittensten taktischen Mittel der Arbeiterbewegung sind und Erscheinungsformen der kommenden proletarischen Revolutionen auch für Westeuropa darstellen.

Mit dieser Feststellung K. Kautskys fällt auch die Ansicht H. Laufenbergs in sich zusammen, daß der politische Streik das Kennzeichen einer bestimmten Gesellschaftsepoche, der imperialistischen Epoche des Kapitals, sei. Der politische Streik bricht sich bereits in einer relativ frühen Periode der Entwicklung des Kapitals Bahn, und zwar wütet er sich schon mit einer revolutionären Heftigkeit und anarchischen Regellosigkeit aus, wie sie uns später nur in der großen russischen Umwälzungsperiode bekannt geworden sind. K. Kautsky charakterisiert an der Hand der Abhandlung Pumpianskys über die Anfänge des englischen Tradeunionismus trefflich die Erscheinungsweisen dieser politischen Massenstreikbewegung der englischen und schottischen Arbeiter und schließt dann mit den Worten

»Hier haben wir genau die selbe Bewegungsform und die selbe Bereitwilligkeit der Fabrikarbeiter in einen Streik zu gehen und ihn revolutionären Zwecken dienstbar zu machen. Die Erforschung jener englischen Bewegungen ist von größter Wichtigkeit für die Erkenntnis des Proletariats und seiner Bewegungsgesetze. Aber eines zeigen sie auf keinen Fall an: ein vorgeschrittenes Stadium der Entwicklung, das noch vor dem westeuropäischen Proletariat liegt.«

In England taucht dann später der Massenstreikgedanke wieder in den Jahren 1832 bis 1842 auf. Abermals halten große Gruppen der organisierten Arbeiterschaft Englands den Kapitalismus für völlig brüchig und für den Untergang reif. Selbst ein besonnener Mann wie Robert Owen hörte bereits das Totenglöcklein für den Kapitalismus läuten. Auf dem Kongreß der Vertreter der Kooperationen und der Trade Unions in der zweiten Oktoberwoche 1833 in London erklärt er:

»Ich gebe Ihnen nur in kurzen Strichen die Grundzüge des großen Umschwungs, der sich vorbereitet und der plötzlich wie ein Dieb in der Nacht über die Gesellschaft kommen wird.«

Von der Nähe der plötzlich eintretenden Umwälzung des Kapitalismus sind übrigens die revolutionären Antipoden Robert Owens in der gleichen Weise wie dieser überzeugt. Der revolutionäre Führer Morrison hält die Krise in den Verhältnissen der Arbeiterklasse für »nahe«, ja für »bereits da«. Das Arbeiterblatt Poor Man's Guardian wendet sich von der kleinlichen Lohnpolitik der Gewerkschaften entrüstet ab. Das Blatt schreibt am 19. Oktober 1833:

»Irgendeine kleinliche Lohnerhöhung zu erzielen oder eine Lohnherabsetzung zu verhindern, war alles, was sie bis jetzt erstrebten und wofür sie streikten. Diese oder ähnliche Zwecke waren Sklavenzwecke, sie berührten nicht die Wurzel des Übels; sie hatten keine radikale Änderung im Auge, ihre Tendenz war nicht das System zu ändern sondern es erträglich und dauerhaft zu machen.«

Der Poor Man's Guardian predigt am 31. August 1834 in aller Form den politischen Streik, der den Krieg zwischen Kapital und Arbeit ausfechten wird. Er schreibt unter anderm:

»Kommen die Arbeiter zum Bewußtsein ihrer Lage, so hat das Totenglöcklein für den Kapitalismus geschlagen. Um ihre Befreiung zu erringen, ist es am besten sich der Streiks im praktischen Kampf zu bedienen. Es muß fortgesetzt gestreikt werden . . . Der große Vorteil eines Streiks ist, daß er den Gegensatz zwischen Arbeitern und Kapitalisten verschärft. Es gibt noch Tausende von Arbeitern in England, die in apathischer Zufriedenheit dahinleben und den Kapitalisten für einen Hungerlohn ihre Arbeit hingeben. Ein Streik von der Dauer einer einzigen Woche bringt derartige Arbeiter zum Nachdenken und zur Frage nach den Gesetzen, die

sie zwingen zu schuften und zu darben, um den Unternehmern zu gestatten sich in Reichtum und Luxus zu wälzen. Das Ergebnis dieses Nachdenkens würde eine heftige Feindschaft gegen die kapitalistische Klasse sein.«
 Schon M. Beer unterstreicht in seiner trefflichen Geschichte des Sozialismus in England bei der Wiedergabe dieser Ausführungen stark die »moderne Terminologie«, die sich in der englischen Arbeiterliteratur dieser Zeit ausspricht. Da häufen sich förmlich Ausdrücke wie kapitalistische Klasse, Klassengegensätze, Proletariat, Bourgeoisie, Streik und Generalstreik.

In der Chartistenbewegung erlangt dann die politische Massenstreikidee eine überragende Bedeutung. Der Nationalkonvent der Chartisten im Jahr 1839 faßte Beschlüsse zu einer systematischen Vorbereitung des Generalstreiks. Von diesem projizierten Streik sagt Laufenberg:

»Die meisten Delegierten hielten dafür, er werde den Beginn der Revolution, der bewaffneten Erhebung des Volkes bedeuten . . . Aber es gelang nicht (zumal angesichts großer Truppenansammlungen) die zaudernde Masse mitzureißen und die Gewerkschaften zum Anschluß zu bestimmen. In der Tat würde ein Straßenkampf die Bewegung im Blut erstickt haben.«

Im Jahr 1842 erreicht dann die Chartistenbewegung ihren Höhepunkt. August 1842 breitet sich der politische Massenstreik über die nördliche Hälfte Englands aus. Abermals vermeint die englische Arbeiterschaft vor dem jähen Zusammenbruch des Kapitalismus zu stehen.

»Die Krise, glaubten die Arbeiter, habe einen Höhepunkt erreicht, der die erlösende Katastrophe bringen müßte. Je schlimmer der Geschäftsgang, desto größer die Freude bei den Arbeitern. Die Arbeiter riefen: das beschleunigt die Krise.«

So Beer in seiner Geschichte. Diese Vorstellung von dem nahen Ende des Kapitalismus und die grauenhafte Verelendung des englischen Industrie-proletariats brachten wieder die Massenstreikidee, die schon der Revolutionär Benbow im Jahr 1831 mit leidenschaftlicher Beredsamkeit verfochten hatte, in Fluß. Und in der zweiten Augustwoche 1842 schien Benbows Traum in Erfüllung zu gehen:

»Die Dampfkessel erkalteten, die Kraftstühle ruhten, die Hochöfen erloschen, die Bergwerke lagen verlassen da, die Fabrikglocken verstumten: alle Räder standen still.« (Beer.)

Nach blutigen Zusammenstößen, nach rücksichtslosen Massenverhaftungen, unter dem Druck des Elends kehrten die Arbeiter aber wieder in die Fabriken zurück — und »der ganze moralische Vorteil des Streiks fiel der Anti-Corn-Law-Liga zu.«

Durchweg läßt sich durch die Geschichte der politischen Massenstreikbewegung der Nachweis erbringen, daß die Massenstreikidee innig mit dem Gedanken der nahen katastrophalen Auflösung des Kapitalismus verknüpft ist. Die Selbstzersetzung des Kapitalismus ist nach revolutionärer Auffassung derart fortgeschritten, daß eine politische Massenstreikbewegung den vollständigen Zerfall der kapitalistischen Gesellschaft und die Diktatur des Proletariats herbeiführt. Nach der Auffassung Bakunins trägt die kapitalistische Gesellschaft bereits den Todeskeim in sich, und sie ist daher durch die kühne Initiative revolutionärer Gruppen durch einen Generalstreik über den Haufen zu werfen. In der Bewegung der sozialdemokratischen *Jungen* in den Krisenjahren 1892 und 1893 stützt sich die Generalstreikidee ebenfalls auf die Theorie der bevorstehenden gewaltsamen Zerspaltung des Kapitalismus durch die sich ständig zuspitzenden, seinem Wesen immanenten wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze. Die Arbeiter haben nach jungsozialistischer Ansicht nur noch sozialrevolutionäre Verbände

zu bilden und durch Massenbewegungen und Massenstreiks den Kapitalismus aus den Fugen zu treiben. Der Syndikalismus der *Jungen* nimmt dann später in dem Kopf Dr. Friedebergs eine nicht wesentlich modifizierte Gestalt an. Im Zentrum der Friedebergschen Taktik steht ebenfalls der Generalstreik. Mit der russischen Revolution, unter den großen Erschütterungen der russischen Staatsgewalt durch politische und ökonomische Massenbewegungen greift wieder die Vorstellung um sich: der an sich durch innere Gegensätze zerriebene Kapitalismus sei durch revolutionäre Massenstreiks gewaltsam auseinanderzusprengen. Und nun setzt Rosa Luxemburg die russische Revolution mit der allgemeinen proletarischen gleich und verkündet die merkwürdige Theorie:

»Das zurückgebliebenste Land [Rußland] weist, gerade weil es sich mit seiner bürgerlichen Revolution so unverzeihlich verspätet hat, Wege und Methoden des weitern Klassenkampfes dem Proletariat Deutschlands und der vorgeschrittensten kapitalistischen Länder.«

Gerade bei der Genossin Luxemburg vereinigt sich die Idee des revolutionären Massenstreiks organisch mit ihren Anschauungen über den katastrophalen Zusammenbruch des Kapitalismus. Nach ihr hat der gewerkschaftliche und politische Kampf nur die Bedeutung das Bewußtsein, die Erkenntnis der Arbeiterklasse zu sozialisieren:

»Indem man sie als Mittel der unmittelbaren Sozialisierung auffaßt, versagen sie nicht nur diese ihnen angedichtete Wirkung sondern büßen zugleich auch die andere einzig mögliche soziale Bedeutung ein: sie hören auf Erziehungsmittel der Arbeiterklasse zur proletarischen Revolution zu sein.«

Die »Wege« und die »Methoden« der gesellschaftlichen Umwälzung hat uns nach Rosa Luxemburg die russische Revolution aufgeschlossen. Die ganze ungewollte und unregelte Aufeinanderfolge von partiellen Streiks, Demonstrationstreiks, Generalstreiks, Barrikadenkämpfen der meist unorganisierten Arbeiter Rußlands sind für Rosa Luxemburg die Bewegungsweise der proletarischen Masse überhaupt, die eigentliche Erscheinungsform des proletarischen Kampfes in der Revolution.

Übrigens klingt die Idee des revolutionären Massenstreiks als eines entscheidenden taktischen Kampfmittels bei der Überwindung des kapitalistischen Staates und der kapitalistischen Gesellschaft auch noch bei anderen *marxistischen* Theoretikern an. So drängt ja nach Genosse H. Laufenberg die ganze Gesellschaftsentwicklung zum politischen Massenstreik. Dieser wurzelt ja tief in den wirtschaftlichen Zusammenhängen der imperialistischen Ära und greift mitten hinein in den »Kampf um die Macht«, dessen Zentrum er nach Laufenberg bildet. Dagegen hält K. Kautsky den Massenstreik nicht für »ein unerläßliches Erfordernis unseres Lebens und Aufstiegs«:

»Er ist nur ein Kampfmittel unter vielen, eines, das am seltensten und schwierigsten anzuwenden ist... Der Massenstreik kann ein Mittel unseres Sieges werden, aber unser Sieg erheischt nicht unbedingt den Massenstreik.«

K. Kautsky hebt mit Nachdruck hervor, daß die Revolution keineswegs gleichbedeutend mit dem Massenstreik sei.

Die Idee des revolutionären politischen Massenstreiks hat gewisse *revolutionäre* Kreise des *Marxismus* wesentlich beeinflusst. Diese Idee verschwistert sich, wie wir sehen, durchweg mit der Vorstellung eines nahen katastrophalen Zusammenbruchs der in sich brüchigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Aber dieser Massenstreikgedanke ist keineswegs Ausdruck der Anschauungen der sozialdemokratischen Gesamtpartei

In der sozialdemokratischen Presse ist der politische Massenstreik in zahlreichen Leitartikeln, wissenschaftlichen Aufsätzen und volkstümlichen Broschüren behandelt worden, so daß es eben nicht leicht fällt sich aus diesen Publikationen eine klare Vorstellung über den theoretischen Begriff und die praktische Anwendung des politischen Massenstreiks in der Sozialdemokratie zu bilden. Wir gelangen aber über das Wesen des in der Sozialdemokratie formulierten Massenstreikgedankens zur Klarheit, wenn wir uns in die Parteibeschlüsse von Jena /1905/ und Mannheim /1906/ vertiefen, in denen die Sozialdemokratie seinerzeit ihre Auffassung über den Massenstreik festlegte. Nach diesen Parteibeschlüssen ist der Massenstreik ein mit der kapitalistischen Rechtsordnung nicht in Widerspruch stehendes Kampfmittel des organisierten Proletariats zur Abwehr eines politischen, gegen die Arbeiterschaft gerichteten Verbrechens, zur Zurückweisung eines Anschlags gegen das allgemeine Wahlrecht und das Koalitionsrecht und zur Eroberung eines wichtigen politischen Grundrechts für die Arbeiterschaft. Die von Bebel eingebrachte Jenaer Resolution bewegt sich also völlig auf dem Boden der bestehenden Rechtsordnung und legt sich nur für bürgerlich-politische Forderungen, für das Wahlrecht, Koalitionsrecht usw. ein. In keiner Weise richtet sie sich gegen die kapitalistische Staats- und Gesellschaftsform selbst. Scharf wandte sich die Bebelsche Polemik gegen die revolutionäre Massenstreikidee, gegen ein Massenaufgebot zum Sturz des Kapitalismus:

Wir kämpfen doch nicht um Utopistereien, nicht um Forderungen des Zukunftsstaats. Wir glauben nicht, daß wir die bürgerliche Gesellschaft mit dem Generalstreik aus den Angeln heben können, sondern wir kämpfen um ganz reale Rechte, die Lebensnotwendigkeiten für die Arbeiterklasse sind, wenn sie politisch leben und atmen will.«

Im strikten Gegensatz zu den Anschauungen Rosa Luxemburgs wollte Bebel die Sozialdemokratie auf klar bestimmte, in ihrem Verlauf begrenzte Aktionen der organisierten Masse festlegen. Der Massenstreik, dem er das Wort redete, entsprang aus den Beschlüssen der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft. Nicht die ungerichteten, aus der revolutionären Initiative unorganisierter Massen hervorbrechenden Aktionen befürwortete er sondern organisierte und unter fester Disziplin stehende Massenhandlungen. Bebel faßte nur ordnungsmäßig von beiden leitenden Instanzen der Arbeiterbewegung beschlossene Aktionen ins Auge. Der auch von K. Kautsky unterstrichene Gedanke der Frau Roland-Holst, der Generalstreik lasse sich nicht beschließen, steht nicht nur im direkten Widerspruch zu der Bebelschen Resolution sondern zu den Tatsachen der modernen Arbeiterbewegung selbst. In Schweden wurde der Beginn und die Dauer des Wahlrechtsstreiks im Jahre 1902 direkt vorherbestimmt. Der belgische Wahlrechtsstreik des Jahres 1902 unterlag weiter den Beschlüssen der belgischen Arbeiterschaft. Er begeisterte den Genossen Dr. Victor Adler auf dem Wiener Parteitag 1903 zu folgendem Lobspruch auf diesen Massenstreik:

»Der Generalstreik in Belgien war für mich (im Gegensatz zu vielen anderen Genossen) ein Beweis, daß es bei einer tüchtigen Organisation möglich ist den Generalstreik eintreten zu lassen und, was ich früher für unmöglich hielt, auch zu beendigen. Ich habe den glorreichen Rückzug der belgischen Genossen für einen der größten Erfolge der belgischen Genossen gehalten, der je da war. Wir wissen alle: Was wir unternehmen, jede Aktion wird erst dann von großer Bedeutung, wenn wir unsere Handlungen bewußt beginnen und auch bewußt beenden

können. Das schien beim Generalstreik unmöglich, nun zeigt es sich, er ist in einer vernünftigen, besonnenen, klaren Weise zu Ende zu führen.

Die heutigen Massenaktionen unterscheiden sich also wesentlich von denen der frühern Zeit. Es lag etwas Elementares, Instinktives in den früheren Massenbewegungen. Der letzte politische Massenstreik in Belgien wurde dagegen vollständig von der organisierten Arbeiterschaft beherrscht. Sie finanzierte ihn förmlich, sie bildete einen Streikfonds, schuf Sparenrichtungen und führte eine Lebensmittelversorgung für die Familien der Streikenden im großen Stil ein. Das Unbewußte und Ungewollte sucht die sozialdemokratische Arbeiterbewegung unserer Tage nach Möglichkeit aus den politischen und wirtschaftlichen Aktionen auszuschalten. Daher entfaltet sie die größten Anstrengungen für eine geschlossene und leistungsfähige Organisation der Massen, daher verknüpft sie die Massen mit allen wichtigen Erscheinungen des öffentlichen Lebens und sucht so jeden politischen Gedanken zu einem Massengedanken und jede politische Tat zu einer Massenaktion zu machen. Auch der Massenstreik ist nur als eine in ihrem Ziel bestimmte Massenhandlung gedacht. Es können in ihm verschiedene Zwecke eingeschlossen sein: Zwecke der Demonstration, des Zwanges und des Kampfes. Die strenge Trennung des Demonstrationsstreiks vom Zwangs- und Kampfstreik läßt sich bei einer sorgfältigen Analyse des Massenstreiks nicht durchführen. Denn immer ist der Massenstreik als Kampfmittel gedacht, und immer will er einen gewissen direkten oder indirekten Zwang auf die beschließenden und ausführenden Organe der Gesellschaft ausüben. Natürlich kehrt vielfach der politische Massenstreik einen seiner Zwecke besonders stark hervor.

Haben wir aus den Beschlüssen des Jenaer und des Mannheimer Parteitag eine klare Definition des politischen Massenstreiks gewonnen, so erhalten wir damit zugleich die notwendige Begrenzung seines eigentlichen Zweck- und Ziels. Der politische Massenstreik ist nach Bebel, wie wir gesehen haben, ein Abwehrmittel gegen arbeiterfeindliche Anschläge, im äußersten Fall ein Mittel zur Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft, keineswegs aber zu deren Vernichtung.

Welche Resultate lassen sich nun aus den Tatsachen und Diskussionen über das Massenstreikproblem ziehen? Der revolutionäre politische Massenstreik ist durchaus keine moderne Form der Arbeiterbewegung. Der moderne Massenstreik, wie er vor zwei Jahrzehnten in Belgien geboren wurde, tobt sich nicht ungezügelt aus wie in Rußland, sondern er steckt sich sehr realpolitische Zwecke und Ziele; und selbst diese führt er nur zum Teil durch. In Belgien erstand ferner der Generalstreik nicht als rein proletarisch-revolutionäre Klassenkampfaktion sondern als eine allgemeine, von großen Gruppen der bürgerlichen Welt geförderte Massenhandlung. Und so brachten denn die Liberalen teilweise dem politischen Massenstreik offen Sympathien entgegen. Für den Erfolg eines politischen Massenstreiks ist es eben von grundlegender Bedeutung, daß er nach Kräften auch von den anderen Gesellschaftsklassen unterstützt wird, daß er sich gleichsam als eine allgemeine, das politische und soziale Kultur-niveau hebende Aktion darstellt. In der Schrift der Frau Henriette Roland-Holst Generalstreik und Sozialdemokratie findet sich einmal der treffende Gedanke:

»Wenn nur das Proletariat mit der Regierung unzufrieden ist, sie aber das Vertrauen der Mittelschichten genießt, Armee und Bureaucratie ihr ergeben sind, so kann sie dem Ansturm ruhig entgegensehen. Sie wird ihre Maßregeln ergreifen m

Bewußtsein ihrer Kraft und konsequent und entschlossen gegen die Unbotmäßigen vorgehen. Sind aber alle Klassen mehr oder weniger unzufrieden mit einer Regierung, und hat sie zu fürchten, daß ihre Anhänger von heute auf morgen zu den neuen Mächten überlaufen, so fühlt sie sich, gebärdet sie sich auch noch so brutal, innerlich schwach, handelt unentschlossen, ist weder weitblickender Konsequenz des Handelns noch ruhiger Unerschütterlichkeit fähig.«

Politische Massenstreiks sind ferner durchaus nicht identisch mit proletarisch-sozialistischen Klassenkämpfen. Bei dem belgischen Massenstreik von 1913 waren von den 20 000 streikenden Hafendararbeitern in Antwerpen, wie uns Laufenberg belehrt, nicht mehr als 6000 organisiert. Von einem Bekenntnis zum Sozialismus kann bei den Teilnehmern an solch einem Massenstreik noch gar keine Rede sein.

Aus den Diskussionen und vor allem aus der Praxis des Massenstreiks, über die uns die Genossen K. Kautsky und H. Laufenberg in ihren Arbeiten informieren, können wir recht überzeugende praktisch-politische Schlüsse ziehen; namentlich wenn wir für die wahren Ergebnisse der Wahlrechtskämpfe in den industriell und sozial fortgeschrittenen Ländern des Westens die Augen offenhalten, und wenn wir nicht kritiklos vor einer *sozialrevolutionären* Massenstreiktheorie kapitulieren, die aus den vermeintlichen Erfahrungen eines schwachindustriellen Landes geschöpft sind.

XX

HERMANN MATTUTAT · HEIMARBEITERELEND UND SOZIALE GESETZGEBUNG



UF dem Gewerkschaftskongreß in München wurden die traurigen Lebensverhältnisse der Heimarbeiter und die passive Haltung der Reichsregierung gegenüber ihrer Lage einer ebenso scharfen wie berechtigten Kritik unterzogen. Wie trostlos diese Verhältnisse sind, geht aus den Erhebungen hervor, die die württembergische Gewerbeinspektion im Jahr 1913 über die Heimarbeit in Württemberg veranstaltete, und deren Ergebnis vor kurzem veröffentlicht wurde. Die Erhebung sollte die Lage der Hausindustrie, die dort herrschenden Mißstände und deren Ursachen gründlich untersuchen, um so eine Basis für geeignete Abhilfsmaßregeln zu schaffen.

Nach dem vorliegenden Bericht zu urteilen, haben es die Beamten mit ihrer Aufgabe durchaus ernst genommen. Trotzdem dürfen wir uns keinen großen Hoffnungen hingeben, daß man nunmehr den Mißständen in der Hausindustrie energisch entgegengetreten wird. Eine Grundlage dafür wäre vorhanden; denn nach den Erhebungen sind gewisse Mißstände typisch für die gesamte Hausindustrie und schreien geradezu nach Abhilfe. Und diese Feststellungen stehen nicht vereinzelt da. Indes, wie viele Erhebungen sind nicht schon veranstaltet worden, ohne daß etwas darauf erfolgte. Auch hier wird es wohl nicht viel anders werden. Das ist schon deshalb vorauszusehen, weil die Erhebung der Gewerbeinspektion sich nicht auf die gesamte Hausindustrie des Landes erstreckte sondern nur einige Zweige herausgriff. Da nämlich zu einer allgemeinen Erhebung die Kräfte nicht ausreichten, die der Gewerbeinspektion zur Verfügung standen, oder es sich höchstens dann nur um Stichproben hätte handeln können, so begnügte man sich damit zunächst in jedem Aufsichtsbezirk einige Industriezweige in einer den Verhältnissen entsprechenden örtlichen Abgrenzung zu bearbeiten. Und zwar die Blusen-

Schürzen- und Wäschefabrikation in Stuttgart, die Herrenkleiderfabrikation in Stuttgart und den in der Nähe belegenen Filderorten, die Spielwarenindustrie in Ludwigsburg und Giengen, die Netzwarenindustrie in Ludwigsburg, die Trikotwarenindustrie im Oberamtsbezirk Balingen, die Leinenindustrie in Laichingen, die Gardinenfabrikation sowie die Strickerei im Oberland, die Korsettfabrikation in Heubach und Umgebung und die Schuhwarenindustrie in Heilbronn und Gmünd. Da nach den Verzeichnissen etwa 20 000 Hausarbeiter in Württemberg existieren, von denen rund 6400 auf die bis jetzt revidierten Industriezweige entfallen, so ist durch die Erhebungen etwa ein Drittel der gesamten Hausarbeit erfaßt worden. Man darf annehmen, daß die Arbeiten fortgesetzt werden sollen, daß also in etwa 2 Jahren eine Gesamtübersicht über die württembergische Hausindustrie und die Lage der Hausarbeiter vorliegen wird. Vorher ist somit auch nicht damit zu rechnen, daß die württembergische Regierung irgendwelche Maßnahmen treffen wird, für die übrigens nur ein sehr enger Rahmen gezogen wäre.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Hausarbeiter sind in allen Bezirken ziemlich gleichartig. Nur die Herrenkleiderfabrikation in Stuttgart und Umgebung sowie die Schuhindustrie bilden eine Ausnahme. Während in allen anderen Zweigen der Heimarbeit das weibliche Element vorherrscht, überwiegen in diesen beiden Industrien die männlichen Arbeitskräfte, von denen ein erheblicher Teil organisiert ist. Da es sich hier um gelernte und teilweise organisierte Arbeiter handelt, so konnte eine gewisse Regelung der Arbeitsverhältnisse erzielt werden, so daß diese sich nicht allzusehr von denen der in Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeiter unterscheiden. Die Höhe der Löhne ist bei den Schneidern tariflich festgesetzt, auch wird von den organisierten Hausarbeitern eine bestimmte Arbeitszeit eingehalten, die freilich in Zeiten flotten Geschäftsgangs sehr oft erheblich überschritten wird. Das gleiche trifft für die Schuhmacher zu. Trotzdem ist die Arbeitszeit auch in normalen Zeiten lang; sie beträgt für etwa zwei Drittel der Hausarbeiter 12 bis 13 Stunden täglich, die übrigen arbeiten bis zu 15 und 16 Stunden ohne längere Erholungspausen. Der durchschnittliche Tagesverdienst stellt sich für Schneider auf 2,50 bis 3,90 Mark, wovon aber noch der Aufwand für Faden, Seide, Nadeln, Nähmaschine, Bügelkohle, Licht usw. in Abrechnung gebracht werden muß. Ähnlich ist der Verdienst der Schuhmacher, nur daß hier die Hilfsstoffe überwiegend unentgeltlich vom Arbeitgeber geliefert werden. Wo die Familienmitglieder zur Hilfe herangezogen werden, stellt sich der Verdienst etwas höher. In den größeren Orten, wie Stuttgart und Heilbronn, ziehen es aber die Frauen und die erwachsenen Kinder vor einem andern Erwerb nachzugehen, der ihnen mehr einbringt. Die Frauen bevorzugen Putz- und Waschstellen. Im allgemeinen haben die Arbeiter in der Nähe von Stuttgart keine besondere Neigung für die Heimarbeit, und nur dadurch, daß in den Filderorten viele von ihnen ein eigenes kleines Haus haben und etwas Landwirtschaft treiben, erhält sich dort die Hausarbeit dauernd.

Läßt die Lage der männlichen Hausarbeiter schon sehr viel zu wünschen übrig, so ist es um die Hausarbeiterinnen noch erheblich schlechter bestellt. Die Mehrzahl von ihnen rekrutiert sich aus den Frauen von Fabrikarbeitern und Tagelöhnern, deren Verdienst zum Unterhalt der Familie nicht aus-

reicht. Immer wieder wird geklagt, daß der Verdienst des Mannes oder Vaters schon für eine kleine Familie zu schmal sei, für eine zahlreiche aber noch viel weniger genüge. Für die meisten Frauen ist also das Mitverdienen eine bittere Notwendigkeit. Die übrigen Hausarbeiterinnen sind Frauen und Töchter, vereinzelt auch Witwen von Unterbeamten, Kleinhandwerkern, Kleinbauern, Geschäftsleuten, kaufmännischen Angestellten usw. Auch hier liegen die wirtschaftlichen Verhältnisse meist so, daß die Frauen zur Mitarbeit gezwungen sind. Daneben finden sich, allerdings nur in geringer Zahl, auch Hausarbeiterinnen, die den aus ihrer Arbeit erzielten Verdienst nur für kleinere Ausgaben, gewissermaßen als Taschengeld verwenden, und die ihre Tätigkeit nach außen auch gar nicht bemerkbar werden lassen. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Frauen befaßt sich auch nur vorübergehend, besonders in der Saison, mit Heimarbeit. Darunter namentlich die Frauen von Kleinbauern, die den Sommer über mit ihrer Landwirtschaft beschäftigt sind, sich aber mit Beginn des Winters der Hausarbeit zuwenden. Sie machen den ständigen Hausarbeiterinnen eine starke und sehr unangenehme Konkurrenz. Dadurch, daß sie ein vermehrtes Angebot von Arbeitskräften bewirken und sich zum Teil auch wenig lauterer Mittel bedienen, um Arbeit zu erhalten, werden die Löhne gedrückt, und die Lage der Hausarbeiterinnen gestaltet sich immer unerträglicher. Die Arbeitszeit der Hausarbeiterinnen festzustellen ist sehr schwierig, weil die Verhältnisse sehr verschieden liegen. Nach den Ermittlungen arbeiteten einzelne Arbeiterinnen nur einige Stunden des Tages, während bei anderen die Arbeitszeit eine fast unbegrenzte war. Für einen sehr großen Teil der verheirateten Frauen umfaßt die der Heimarbeit gewidmete Tätigkeit, neben der Besorgung des Haushalts, 5 bis 8 Stunden täglich. Mit der hauswirtschaftlichen Tätigkeit zusammen ergeben sich so Arbeitszeiten von 12, 14, 16 und 18 Stunden täglich. Und so wird jahrelang hinter einander gearbeitet, bis die Gesundheit völlig untergraben ist, und die Frauen zusammenbrechen. Viele Hausarbeiterinnen fangen schon um 4 und 5 Uhr morgens mit der Arbeit an und hören erst um 10 oder 12 Uhr nachts auf, und die Familienangehörigen, ja selbst Kinder in zartestem Alter, arbeiten während der ganzen Zeit mit. So wird über die Gardinenindustrie des Oberlands von unparteiischen Beobachtern berichtet, daß man im Winter in den Ortschaften noch nachts um 1 und 2 Uhr die Stickmaschinen rasseln höre, ja daß in den Gegenden, wo die Männer im Winter ohne Arbeit sind, Mann, Frau und die anderen Familienmitglieder sich an der Maschine so abwechseln, daß diese innerhalb 24 Stunden mindestens 20 bis 22 Stunden in Betrieb bleibt. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei den Näherinnen, bei denen infolge der schweren und anhaltenden körperlichen Anstrengung an der Nähmaschine nicht selten Unterleibsleiden auftreten.

Hand in Hand mit der Hausarbeit der Frauen geht die Beschäftigung der Kinder, die gegen das Vorjahr eine nicht unerhebliche Zunahme erfahren hat, obwohl in einigen Bezirken die billige Kinderarbeit durch noch billigere Maschinenarbeit verdrängt wurde. Die Zahl der industriell tätigen Kinder unter 14 Jahren stieg von 1649 auf 1802, wovon etwa 1045 auf die Hausindustrie entfallen. Diese Zahl dürfte freilich sehr stark hinter der der wirklich beschäftigten Kinder zurückbleiben, da es sehr schwierig ist die Kinderarbeit festzustellen. So waren zum Beispiel vom ganzen Oberamt

Gmünd in den eingesandten Listen nur 24 für die Korsettindustrie tätige Kinder verzeichnet, während bei der Revision die 4fache Zahl angetroffen wurde. Und auch das entspricht nach den Angaben Einheimischer noch bei weitem nicht den wirklichen Verhältnissen. Die Ausbeutung der Kinder ist zum Teil äußerst rücksichtslos und gesundheitsverwüstend. Es wurden 7jährige Kinder angetroffen, die täglich viele Stunden mit Tabakrippen beschäftigt waren. Vielfach dauerte die Arbeit der Kinder bis in die späte Nacht hinein, ohne daß ihnen dabei Erholungspausen gegönnt wurden. Einer großen Zahl von Kindern, die zu jung waren, mußte die Arbeit verboten werden. Das dürfte indes kaum von praktischer Bedeutung sein, denn allen Vorstellungen gegenüber, daß die Gesundheit der Kinder durch zu große Ausnutzung gefährdet werde und daß sie in ihrer Entwicklung dadurch zurückbleiben, berufen sich die Eltern auf ihre Armut, die sie auf den Mitverdienst der kleinen Kinder anweise.

Der Verdienst, der durch die Hausarbeit erzielt wird, ist durchgehends jämmerlich gering. Die Hausarbeiterinnen erhalten tatsächlich Hungerlöhne im schlimmsten Sinn des Worts. So wurde bei den Schürzen- und Unterröcknäherinnen ein Tagesverdienst von 1,50 Mark bis 2 Mark festgestellt, nur wenige kamen darüber hinaus; vielfach wurde auch nur ein Stundenlohn von 10 bis 15 Pfennig erreicht. Blusennäherinnen brachten es auf 15 bis 20, Knopfloch- und ebenso Wäschenäherinnen auf 14 bis 30 Pfennig. Das sind aber nur die Bruttolöhne, die durch die Ausgaben für Faden, Nadeln, Nähmaschinenabnutzung usw. eine nicht unerhebliche Schmälerung erfahren. Wesentlich geringer sind die Löhne in der Spielwarenindustrie. Hier verdienen Verputzerinnen in der Stunde 8 bis 18 Pfennig (Kinder 5 bis 8), Malerinnen 8 bis 15, Puppennäherinnen 7 bis 25, Stopferinnen 8 bis 26, Garniererinnen 8 bis 20, Stimmenmacherinnen 9 bis 20, Schneiderinnen 5 bis 25. Nicht besser sind die Lohnverhältnisse in der Gardinen-, Korsett- und Strickwarenindustrie, ebenso in der Laichinger Leinenindustrie. In dieser sind noch viele Männer beschäftigt, die die Weberei zum Teil nur als Nebenverdienst neben der Landwirtschaft betreiben. Die Hälfte dieser Handweber erzielt als Tagesverdienst nur 1,50 bis 2 Mark, von den übrigen erreichen die meisten nicht einmal diesen Lohn, und nur dem kleinsten Teil gelingt es darüber hinauszukommen. Die weiblichen Hausarbeiter der Leinenindustrie kommen auf 8 bis 15, einzelne auf 25 Pfennig Stundenverdienst, wie überhaupt die Höchstlöhne in allen Zweigen der Hausindustrie nur von sehr wenigen erreicht werden. Und auch hier handelt es sich um Bruttolöhne, von denen die üblichen Beträge für Hilfsstoffe, Faden, Nadeln usw. in Abrechnung zu bringen sind. Einen beträchtlichen Abzug am Verdienst erleiden die Hausarbeiterinnen durch den Zeitverlust beim Abliefern fertiger und der Empfangnahme neuer Arbeit. Wöchentlich ein halber, nicht selten ein ganzer Tag geht dadurch verloren. Und auch, wo sie nicht persönlich die Arbeit abliefern und in Empfang nehmen müssen, haben sie doch häufig beträchtliche Transportkosten zu zahlen, die den kargen Verdienst schmälern.

Wie das nicht anders möglich ist, werden durch die Hausarbeit die Wohnungs- wie die Familienverhältnisse der Arbeiter in schlimmer Weise beeinflusst. Die Wohnungen sind vielfach klein und niedrig, bis herunter zu 2 Meter Höhe. In der Regel dient der Wohnraum auch als Werkstatt, zu-

weilen zugleich als Küche und Schlafraum, außerdem als Aufbewahrungsort für die nötigen Rohstoffe. Wie es unter solchen Umständen zuweilen in den Wohnungen der Hausarbeiter aussieht, kann man sich leicht vorstellen. Oft drängen sich 7, 8 und mehr Personen in einem einzigen Raum zusammen, darunter manchmal auch Kranke, die nicht selten ebenfalls zur Mitarbeit herangezogen werden. Das ist um so gefährlicher, als manche Arbeiten sehr viel Staub aufwirbeln lassen. So traf man zum Beispiel die Stopferinnen von Stoffpuppen in ihrer Wohnung ganz weiß von dem Staub, der sich bei der Arbeit entwickelte. Es ist nur zu begreiflich, daß bei einer überlangen Arbeitszeit unter solchen Umständen schließlich der Reinlichkeitssinn der Frauen zugrunde gehen muß, so daß die Häuslichkeit im Schmutz verkommt.

Diese Feststellungen bringen an und für sich nichts Neues. Das Elend der Hausindustrie ist schon viel früher von anderer Seite, besonders von den Gewerkschaften, dargelegt worden. Was die Ermittlungen der württembergischen Gewerbeinspektion bedeutungsvoll erscheinen läßt, ist die Tatsache, daß es sich hier um amtliche Untersuchungen handelt, die man nicht parteipolitisch gefärbt oder übertrieben nennen kann. Außerdem beweisen sie mehr als alles andere, daß das Hausarbeitsgesetz, das am 1. April 1912 in Kraft trat, bis jetzt noch keinerlei für die Hausarbeiter günstigen Wirkungen ausgeübt hat. So schreibt § 3 dieses Gesetzes vor, daß Lohnverzeichnisse ausgelegt oder Lohntafeln ausgehängt werden müssen, aus denen sich die Hausarbeiter über die jeweilig gezahlten Löhne unterrichten können. Ebenso sind nach § 4 die Unternehmer verpflichtet den Hausarbeitern Lohnbücher oder Arbeitszettel auszuhändigen, in denen Art und Umfang der Arbeit wie die dafür festgesetzten Löhne oder Preise verzeichnet sind. Diese Bestimmungen sind jedoch, wie auch auf dem Gewerkschaftskongreß konstatiert wurde, noch nicht in Kraft getreten, weil der Bundesrat zu der hierfür erforderlichen Bekanntmachung noch keine Zeit fand. Deshalb fühlen sich auch die Unternehmer nicht veranlaßt diese Bestimmungen zu beachten. Abgesehen von den Fällen, in denen die Hausarbeiter immer die gleichen Arbeiten anfertigen, daher die Preise kennen, wissen sie (besonders bei neuen Mustern) absolut nicht, welche Löhne sie erzielen werden, sie erfahren dies erst bei der Ablieferung.

Einem andern Mangel, den der Gewerkschaftskongreß beklagte, ist inzwischen abgeholfen worden. Die bisher fehlenden Fachausschüsse, deren Bildung durch das Hausarbeitsgesetz vorgesehen war, sollen auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrats vom 25. Juni des Jahres nunmehr eingesetzt werden. Für die Hausarbeiter werden diese Fachausschüsse keine allzu große Bedeutung erlangen. Sie können nur insofern vorteilhaft wirken, als sie vollen Aufschluß über die Verhältnisse in der Heimarbeit zu bringen vermögen, und sich dadurch eine bessere Grundlage als bisher für Reformen auf diesem Gebiet ergeben würde. Wir hinken jetzt schon in der Regelung der Heimarbeit anderen Staaten beträchtlich nach. In England sind bereits für eine ganze Anzahl von Industrien Mindestlöhne festgesetzt. Was bei uns als undurchführbar bezeichnet wurde, hat sich dort als sehr wohl durchführbar erwiesen und gut bewährt. Die Löhne der Hausarbeiterinnen sind gestiegen, und ihre wirtschaftliche Lage hat sich gebessert, ohne daß die Unternehmer benachteiligt wurden.

In dem gleichen Schneckentempo geht es bei uns für die Heimarbeit auch sonst weiter. Wie lange hat es gedauert, ehe die Unterstellung der Hausindustrie unter die Gewerbeinspektion erfolgte! Welche Widerstände waren zu überwinden, bis wir wenigstens einen nominellen Kinderschutz erhielten. und wie lange Zeit wird noch vergehen müssen, bis wir es zu einem wirklichen Kinderschutz gebracht haben werden! Jahrzehntlang wurde die Krankenversicherung für die hausgewerblichen Arbeiter gefordert. Erst die Reichsversicherungsordnung hat sie gebracht, leider in einer völlig unbefriedigenden Weise, wie mit Recht auf dem Gewerkschaftskongreß konstatiert wurde. Nicht besser sieht es mit der Invalidenversicherung aus. Seit 25 Jahren steht dem Bundesrat das Recht zu die Invalidenversicherungspflicht auf die Hausgewerbetreibenden wie auf die Haus- oder Heimarbeiter auszudehnen. Das Bedürfnis ihnen die Vorteile der Versicherung zu gewähren ist zweifellos vorhanden; das geht aus den eben dargelegten Lebensverhältnissen der Hausarbeiter hervor. Dennoch ist so gut wie nichts geschehen. Nur die Hausgewerbetreibenden der Tabakindustrie und einiger Zweige der Textilindustrie wurden in die Invalidenversicherungspflicht einbezogen, alle übrigen blieben unversichert. Selbst die Heim- oder, wie sie jetzt im Gesetz offiziell genannt werden, die Hausarbeiter, wurden nicht versichert, weil man sie zu selbständigen Gewerbetreibenden stempelte. Als Heimarbeiter gilt nur derjenige, der aus mehr zufälligen Gründen, zum Beispiel wegen Platzmangels in der Fabrik, vorübergehend in seiner Wohnung beschäftigt wird, der ständigen Kontrolle des Arbeitgebers untersteht und sich in persönlicher Abhängigkeit von diesem befindet. Diese am grünen Tisch ausgebrütete Definition des Begriffs Heimarbeiter paßt auf die wirklichen Zustände wie die Faust aufs Auge und hat zu den widerspruchsvollsten Entscheidungen Anlaß gegeben. Im Lauf der Jahre ist zwar schließlich innerhalb der sozialen Rechtsprechung eine gewisse Einheitlichkeit herbeigeführt worden; aber sie hat zur Folge, daß es entgegen dem allgemeinen Sprachgebrauch und den tatsächlichen Verhältnissen Heimarbeiter theoretisch so gut wie gar nicht mehr gibt.

Man konnte annehmen, daß mit dem Inkrafttreten des Hausarbeitsgesetzes diesem Zustand ein Ende gemacht würde. Dieses Gesetz stellt die Begriffe Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter auf eine völlig neue Grundlage, nur daß es für diese die Bezeichnung Hausarbeiter wählt. Offenbar soll damit die Fiktion aufrechterhalten werden, daß daneben noch andere Heimarbeiter existieren. Das kann jedoch an der Tatsache, daß man es in den Hausarbeitern mit Heimarbeitern zu tun hat, nichts ändern. Nach der durch das Hausarbeitsgesetz geschaffenen Unterscheidung ist selbständiger Hausgewerbetreibender, wer in eigener Werkstatt allein oder mit fremden Arbeitern für einen oder mehrere Arbeitgeber gewerbliche Arbeiten ausführt. Hausarbeiter ist dagegen derjenige, der in eigener Werkstatt allein oder mit zu seiner Familie gehörenden Personen für einen Arbeitgeber mit gewerblichen Arbeiten beschäftigt ist.

Mit dieser Unterscheidung trägt das Gesetz den im Volk geltenden Anschauungen, dem allgemeinen Sprachgebrauch und den praktischen Verhältnissen Rechnung. Gleichwohl werden die versicherungsrechtlichen Konsequenzen nicht gezogen. Weder Bundesrat noch Rechtsprechung berücksichtigen die veränderte Sachlage und tragen dem Bedürfnis nach Aus-

dehnung der Versicherungspflicht auf die Hausarbeiter Rechnung. Wie stark dieses Bedürfnis ist, das zeigen die elenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Heimarbeiter. Das Recht auf die freiwillige Versicherung gegen Invalidität kann ihnen nicht genügen; es bildet nur einen Notbehelf, der für viele Heimarbeiter noch dazu gar nicht in Frage kommt. Mit um so stärkerem Nachdruck sollte deshalb im Reichstag darauf hingearbeitet werden den Hausarbeitern neben der zweckmäßigen Ausgestaltung der Krankenversicherung auch den Vorteil der Invalidenversicherungspflicht zu verschaffen.

XX

HERBERT KÜHNERT · SOZIALISTENVEREINE AN ENGLISCHEN UND AMERIKANISCHEN UNIVERSITÄTEN

I



AM 15. Mai dieses Jahres hat die englische Fabiergesellschaft das Fest ihres 30jährigen Bestehens gefeiert.¹⁾ Zu den Verdiensten, auf die sie an diesem Tag zurückblicken konnte, gehört auch dies, daß sie im letzten Jahrzehnt auch bei der akademischen Jugend des Inselreichs das Interesse am Sozialismus außerordentlich belebt hat.

Das britische Universitätsfabiertum konstituiert sich aus folgenden Organisationen: den Fabiergruppen an den Universitäten Oxford, Cambridge²⁾, London, Birmingham, Liverpool, Manchester, Sheffield, Edinburgh, Glasgow und an dem Universitätscollege Aberystwith und dem sozialistischen Akademikerklub in Glasgow. Die Gruppen der Universitätsfabier unterscheiden sich von denen der Fabiergesellschaft, die ihren Sitz in London hat, einmal dadurch, daß ihre Mitglieder fast nur Studenten und Hochschullehrer sind, ferner dadurch, daß sie nicht alle Sozialisten sind sondern teilweise solche, die sich durch den Anschluß an eine Fabiergruppe erst eine feste Meinung über den Sozialismus bilden respektive den Sozialismus bekämpfen wollen. Diese Einrichtung der außerordentlichen Mitgliedschaft gibt den Universitätsfabiern hie und da mehr den Charakter sozialwissenschaftlicher Studiengemeinschaften. In anderen Fällen dagegen tritt bei ihnen auch der Wunsch hervor im Sinn einer direkten Propaganda für den Sozialismus tätig zu sein. Einen Ausweg aus diesem Zwiespalt der Zwecke hat man in Glasgow dadurch zu finden geglaubt, daß man neben der aus Sozialisten und Nichtsozialisten bestehenden Studiengemeinschaft (Glasgow University Fabian Society) auch einen nur aus Sozialisten bestehenden Akademikerklub ins Leben gerufen hat (Glasgow University Socialist Club), der durch gelegentliches Kooperieren mit lokalen sozialistischen Vereinigungen seinen Mitgliedern Gelegenheit zu öffentlicher Betätigung im Sinn des Sozialismus gibt. Eine Lösung des Problems liegt aber auch hier nicht vor, und zwar aus dem Grund, weil beide Vereine in einen gemeinsamen Verband eingegliedert

¹⁾ Über die Geschichte und die Methoden der Fabiergesellschaft habe ich eine kurze Orientierung gegeben in der Einleitung zu meiner Übersetzung von Sidney Webbs kleiner Abhandlung *The Difficulties of Individualism* (Die Schwächen des ökonomischen Individualismus /München 1913). Sidney Webb hat bekanntlich zusammen mit Bernard Shaw und anderen die Fabiergesellschaft begründet und gehört mit Shaw und mit Beatrice Webb auch heute noch zu ihren brilliantesten Vertretern.

²⁾ Über die Entstehungsgeschichte der Fabiergruppe an der Universität Cambridge berichtet in sehr anschaulicher Weise Keeling (der Verfasser des ausgezeichneten Buches *Boy Labour in the United Kingdom* /London 1914/) im *University Socialist*, 1913, 1. Heft.

sind, dem nun wieder die besagte Zwiespältigkeit der Zwecke als ein den Organisationsgedanken schädigendes Moment anhaftet.

Die Haltung der Universitätsbehörden zu den einzelnen Organisationen ist anfänglich wohl überall ein wenig dadurch mitbestimmt worden, ob die Wirksamkeit der Gruppen mehr den Charakter von Studiengemeinschaften oder von politischen Vereinen trug. Da aber ein politischer Charakter auch anderen akademischen Vereinen anhaftet, gegen deren Existenz die britischen Universitätsbehörden keinen Einspruch erheben, so wird die Wirksamkeit der Universitätsfabier im allgemeinen von den Universitätsbehörden wenig beeinträchtigt. Und zwar läßt sich sagen, daß die Behörden der alten, auf private Stiftungen zurückgehenden Universitäten (zum Beispiel Oxford und Cambridge) der Begründung von Fabiergruppen weniger Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben als die Behörden der neueren, meist in Industriezentren gelegenen und staatlich subventionierten Universitäten es getan haben. Die dabei in Betracht kommenden Schwierigkeiten bestanden in der Verweigerung des schwarzen Bretts für Anschläge und in der Verweigerung der Hergabe von Hörsälen zu Vorträgen politischen Charakters. Noch heute kämpft die Fabiergruppe an der hochkonservativen Universität Edinburgh darum in dieser Beziehung mit den Vereinigungen liberalen und konservativen Charakters gleichgestellt zu werden. Wobei hervorgehoben zu werden verdient, daß sie in diesem Bestreben von den betreffenden Vereinigungen neuerdings mit unterstützt wird. Daß aber die Haltung der Behörden für die Förderung der Sache selbst verhältnismäßig irrelevant ist, geht einmal daraus hervor, daß die Universitätsfabier von Edinburgh eben darum, daß ihnen ihre Universität ihre Pforten verschließt, in der Lage sind außerhalb der Universität nur eine desto intensivere politische Wirksamkeit zu entfalten; ferner daraus, daß man in Glasgow seitens der Universitätsfabier auf den obenerwähnten Ausweg verfallen ist, ohne daß die Haltung der Universitätsbehörden einen solchen Ausweg nahegelegt hat.

Der Verband, zu dem sich die oben aufgezählten elf Einzelgruppen der Universitätsfabier zusammengeschlossen haben, heißt The University Socialist Federation. Das Organ dieses Verbands ist die alle 4 Monate im Verlag der National Labour Press in Manchester erscheinende Zeitschrift The University Socialist; sie wird von Oxford aus redigiert, steht aber durch ihr Direktorium auch mit der Londoner Fabiergesellschaft sowie mit der Arbeiterpartei und der sozialistischen Tagespresse in enger Fühlung. Jedes Jahr zu Ostern kommen Delegierte der einzelnen Ortsgruppen der University Socialist Federation an einem in malerischer Ländlichkeit gelegenen Platz (Barrow House, Keswick) zusammen, um sich über die Probleme der innern Organisation und der äußern Politik der Föderation auszusprechen. Diese Zusammenkünfte bieten ihnen natürlich auch eine Gelegenheit zur Diskussion über die jeweils herrschenden Strömungen in der sozialen Bewegung Englands und die dabei hauptsächlich in Frage kommenden Theorien, Persönlichkeiten und Tagesereignisse.

Auf den Konferenzen dieses und des vorigen Jahres wurde besonders betont, daß die Föderation, insofern sie eine Studiengesellschaft sei, sich in den Dienst der Pflege kritischen Nachdenkens über die traditionellen wirt-


schaftlichen und politischen Begriffe stellen sollte; als politischer Verband dagegen müsse sie vor allem auf stärkere Beteiligung ihrer Mitglieder an der Propaganda für den revolutionären Sozialismus hinarbeiten. Unter *revolutionärem* Sozialismus scheint dabei hauptsächlich diejenige Nuancierung des englischen Sozialismus verstanden zu werden, die stärkeres Zurückgreifen der Sozialisten von der parlamentarischen auf die gewerkschaftliche und genossenschaftliche Aktion verlangt. Bezeichnend für das größere Hinneigen der Universitätsfabier zu der Art von Sozialismus, wie sie gegenwärtig hauptsächlich durch New Age und Daily Herald vertreten wird, ist die Tatsache, daß auf der diesjährigen Osterzusammenkunft über die beiden Themen The Conflict between Producer and Consumer und The Rebel Movement diskutiert wurde, und daß der Referent zum ersten Thema, der jugendliche Verfasser des in England jetzt vielgenannten Buches The World of Labour, G. D. H. Cole (Oxford), und der Referent zum zweiten Thema A. Fenner Brockway, der Herausgeber des Labour Leader, waren. Als ein weiterer charakteristischer Beleg für diese Tendenz darf wohl auch der Pastoralbrief angesehen werden, den im letzten Herbst der damalige Vorsitzende der University Socialist Federation und jetzige Chefredakteur des Daily Citizen, Clifford Allen, im University Socialist veröffentlicht hat.²⁾ Dieser Brief hat ungefähr folgenden Gedankengang: Die Föderation müsse ihre Propaganda für den Sozialismus mehr und mehr von den Universitäten auch in andere wichtige Zentren des öffentlichen Erziehungswesens hineinragen, vor allem in die Theologen- und Lehrerseminare. Die Einrichtung der außerordentlichen Mitgliedschaft dürfe schon deshalb nicht fallen gelassen werden, damit neben dem Geist des Glaubens und Behauptens auch der des Fragens innerhalb des Bundes nicht verloren gehe. Aber die Föderation müsse sich gleichwohl mehr auf ihre eigentliche Aufgabe besinnen als sie es bisher getan habe, nämlich auf die positive Förderung des Sozialismus. Statt lediglich eine Studiengemeinschaft sein zu wollen, müsse sie sich mehr in den Dienst der Aufgabe stellen an den Universitäten den Geist der intellektuellen und ethischen Rebellion zu kultivieren, wie es den besten Traditionen der englischen Universitäten von den Zeiten Baccans an bis zu Carlyle und Morris entspreche. Die University Socialist Federation müsse ein Mittel zum Niederreißen von Klassenvorurteilen und -privilegien werden. Sie müsse sich der gesamten sozialen Bewegung der Gegenwart nicht nur als einer politischen sondern auch als einer religiösen einordnen. Vor allem müsse sie das Vorurteil bekämpfen, als seien Parlament und die staatliche Gesetzgebungsmaschine Universalmittel zur Beseitigung sozialer Übel. Durchs ganze Land erhebe sich augenblicklich aufs neue der Geist der Bitternis und der Unzufriedenheit mit dem Erreichten. Diese Bewegung habe die Föderation lebendig zu erhalten und ihr ihre Propheten und Führer zu liefern.

Wie sich die Wirksamkeit der Gruppen im einzelnen gestaltet, darüber habe ich im Anschluß an einen im 1. Heft des University Socialist gegebenen Sammelbericht vor einiger Zeit in der Akademischen Rundschau Mitteilungen gemacht, die in etwas abgeänderter Form auch in mein gemeinsam mit Herman Kranold verfaßtes Buch Neue Beiträge zur Hochschulreform über-

²⁾ Als einen Beleg für die von mir hier gemeinte Strömung unter den Universitätsfabiern würde ich in der deutschen Literatur etwa anführen: Ogden (Herausgeber des Cambridge Magazine) Der Syndikalismus in England, im Archiv für Sozialwissenschaften und Sozialpolitik, 1913, 37. Band, pag. 424 ff.

gegangen sind. Im 2. Heft des University Socialist befindet sich wieder ein solcher Sammelbericht über die Tätigkeit der einzelnen Gruppen im Frühjahr und Sommer 1913, aus dem mir hervorzugehen scheint, daß die wirklichen Leistungen der Gruppen hinter den guten Vorsätzen häufig etwas stark zurückbleiben. Aus persönlicher Anteilnahme an den Veranstaltungen verschiedener Gruppen habe ich dazu neuerdings noch den Eindruck gewonnen, daß der oben erwähnte, in den Kreisen der Universitätsfabier jetzt so häufig zu beobachtende Hang zum *revolutionären* Sozialismus oft nicht nur in sachlichen Motiven wurzelt sondern auch in einer begreiflichen Begeisterung der akademischen Jugend für die geräuschvolleren Manifestationen des sozialen Fortschritts. Womit ich aber nicht sagen möchte, daß jenes vage Gefühl aus den Reihen der Universitätsfabier heraus nicht auch zu beachtenswerten Argumentationen geführt hätte.¹⁾

II

 DIE JEENIGE Organisation, die, mutatis mutandis, als das amerikanische Korrelat zur englischen University Socialist Federation angesehen werden kann, ist die seit 1905 bestehende Intercollegiate Socialist Society, deren Zentrale sich in New York City befindet. Sie bestand im Herbst 1913 aus 61 studentischen und 12 akademischen Ortsgruppen und zählte über 1000 Mitglieder. Sie setzt sich die Aufgabe »in der akademischen Welt der Vereinigten Staaten durch Gründung von Studiengemeinschaften ein verständiges Interesse für den Sozialismus zu fördern, in die Bibliotheken und Leseräume der Universitäten und Colleges gute Bücher und Zeitschriften über den Sozialismus zu bringen, nach den einzelnen Ortsgruppen geeignete Redner zu schicken, Versammlungen zu organisieren und nach Bedarf selbst für die Veröffentlichung geeigneter Literatur zu sorgen«.

Die Mitglieder der Intercollegiate Socialist Society sind, ganz wie bei der englischen University Socialist Federation, sowohl Sozialisten als auch Nichtsozialisten. (Die Zahl der Nichtsozialisten betrug im Sommer 1913 etwa ein Drittel der gesamten Mitgliederzahl.) Doch läßt sich auch von dieser Gesellschaft nicht behaupten, daß sie in ihrer Wirksamkeit den Rahmen einer Studiengemeinschaft nicht beträchtlich überschreite. Bemerkenswert ist allerdings die Tatsache, daß gerade die Leiter der stärksten und bestgeleiteten Ortsgruppen (zum Beispiel Yale) die Ansicht vertreten, daß sie nur der strikten Einhaltung ihres paritätischen Charakters ihre hohe Mitgliederzahl und starke Position an der Universität verdanken. Demgegenüber macht sich bei anderen Ortsgruppen, zum Beispiel in Boston, der Wunsch geltend innerhalb der Intercollegiate Socialist Society auch in irgendeiner Form politischer Betätigung für den Sozialismus einzutreten. Dieser Wunsch hat in Boston, ganz ähnlich wie in Glasgow, zur Entstehung zweier nach ihren Zwecken verschiedener Ortsgruppen geführt, die gleichwohl beide in einen höhern Verband, eben die Intercollegiate Socialist Society, eingegliedert sind. Diese Heteronomie hat die alljährlich in New York stattfindende Vertreterkonferenz zur Beschäftigung mit der Frage geführt, ob nicht der Zentralverband in seinen Statuten dem Verlangen von Orts-

¹⁾ Ich denke dabei außer an Coles bereits oben erwähntes Buch *The World of Labour* / London 1914 vor allem auch an dessen gelegentliche Aufsätze in der Wochenschrift *The New Age*.

gruppen nach stärkerer politischer Betätigung Rechnung tragen sollte. Vorläufig ist auf dem letzten Kongreß /1913/ die Frage dahin entschieden worden, daß der Zentralverband den einzelnen Ortsgruppen wie bisher auch weiterhin volle Autonomie in der Formulierung ihrer lokalen Zwecke lassen wird. Aber es ist nach der Lage der Dinge vorauszusehen, daß die selbe Frage auf den nächsten Kongressen immer wieder zur Sprache kommen wird, und daß der Zentralverband sich schließlich wird entscheiden müssen, ob er streng am Charakter einer Studiengemeinschaft festhalten will, oder ob er sich außerdem auch noch, wie es die englische University Socialist Federation zu tun gewillt ist, in den Dienst der Propaganda für den Sozialismus stellen will. In diesem Zusammenhang darf erwähnt werden, daß die jährlichen Subventionen, die die Intercollegiate Socialist Society von einem reichen Gönner erhält und ohne die sie gegenwärtig wohl noch nicht bestehen könnte, nur unter der Voraussetzung gegeben werden, daß sie den in ihren Satzungen formulierten Zweck einer Studiengemeinschaft beibehält. Daß sie sich noch nicht entschlossen hat aus einer Studiengesellschaft zu einem politischen Verein zu werden, muß übrigens, abgesehen von etwaigen finanziellen Rücksichten, schon aus dem Grund als eine gesunde Position angesehen werden, weil es ja sehr die Frage ist, ob es gegenwärtig mehr im Interesse einer objektiven Förderung des Sozialismus in den Vereinigten Staaten liegt den *revolutionären* Sozialismus, wie ihn etwa die Vereinigung Industrial Workers of the World vertritt, in seinem Kampf gegen die gewerkschaftliche Vertretung der qualifizierten Arbeiter zu unterstützen, oder darin den staatssozialistischen Bestrebungen der fortschrittlichen Republikaner (Progressisten) und Demokraten Wilsonscher Richtung in ihrem Kampf gegen das private Großkapital beizustehen.

Während, wie aus dem bereits Gesagten ersichtlich, bei der englischen University Socialist Federation die einzelnen Ortsgruppen das Primäre waren und der Zentralverband das Sekundäre, ist es mit der amerikanischen Intercollegiate Socialist Society gerade umgekehrt gewesen. Die Zentrale war hier das Primäre, und die Errichtung von Ortsgruppen war und ist noch ihr Werk. Die Organe, mit deren Hilfe die Verbindung der einzelnen Ortsgruppen mit einander aufrechterhalten wird, sind 1. der organisierende Sekretär, der von Zeit zu Zeit die Ortsgruppen besucht und erforderlichenfalls bei der Organisation neuer Gruppen behilflich ist, 2. die alle 2 Monate erscheinende Zeitschrift The Intercollegiate Socialist (früher The Bulletin), 3. der alljährlich im Dezember zu New York stattfindende Vertretertag. Ich habe zufällig Gelegenheit gehabt im Dezember 1913 den letzten Vertretertag der Intercollegiate Socialist Society mitzumachen und möchte diesen Artikel mit einigen Eindrücken schließen, die ich dort empfangen habe.

Unter den zahlreichen geistreichen Reden und Persönlichkeiten, die ich während des Kongresses auf mich wirken lassen konnte (ich denke vor allem an Upton Sinclair, M. Hillquit, Dr. Dubois, M. Eastman, W. E. Walling, Frau Rose Pastor Stokes, Graham Wallas aus England und G. Lansbury aus England) interessierte mich vor allem der Autor der beiden Bücher *Socialism as it is* und *The Larger Aspects of Socialism*, die mich schon von England aus hatten vermuten lassen, daß Walling einer der feinsten Köpfe ist, deren sich der amerikanische Sozialismus gegenwärtig rühmen kann.

An einem der Kongreßabende machte Walling einige Mitteilungen über sein inzwischen bei Macmillan veröffentlichtes Buch *Progressivism and after* (die Londoner Ausgabe trägt den Titel *State Socialism and after*), die sich kurz dahin resümieren lassen: Unter Progressivismus versteht der Autor hauptsächlich diejenige sozialpolitische Richtung, die in den Vereinigten Staaten gegenwärtig in dem Regime Wilson und dem Programm der neuen Rooseveltpartei ihren Niederschlag gefunden hat. Diese Richtung vertritt vor allem die Interessen des Kleinkapitals. Sie wird das amerikanische Wirtschaftssystem in die Phase des Staatskapitalismus, das heißt eine Form der Organisation von Kapital und Arbeit durch staatlich-politische Gewalt, überführen. Nach der Phase des Staatskapitalismus wird die Phase des Staatssozialismus oder Laborismus kommen. Das ist das Regime des qualifizierten Arbeitertums, wie es ungefähr jetzt in England beginnt. In dieser Phase wird die intellektuelle Aristokratie der Arbeiterschaft am Ruder sein und die ungelerten Arbeiter unten halten. Dies wird durch Einschränkung der Einwanderung und systematischen Ausschluß der Ungelernten von der Benutzung der besten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Erziehungsmöglichkeiten erreicht werden. Erst wenn der Staatssozialismus ausgespielt haben wird, und das ungelernete Proletariat die herrschende Klasse geworden ist, kann der eigentliche Sozialismus mit freien und gleichen Erziehungsmöglichkeiten und weniger großen Vermögensunterschieden usw. in die Erscheinung treten. Walling teilt also die Gesellschaft nicht ein in Kapitalisten, Proletarier und eine in der Absorption durch jene beiden begriffene Mittelklasse sondern in 4 Klassen, nämlich 1. Großkapitalisten, 2. Kleinkapitalisten, 3. qualifizierte Arbeiter, 4. unqualifizierte Arbeiter. Alle 4 Klassen sollen nach seiner Theorie nach einander dem jeweils herrschenden Regime den Stempel aufdrücken. Die »Solidarität der Ausgebeuteten« ist nach Walling eine Illusion, die wenigstens für die Vereinigten Staaten immer weniger mit den Tatsachen übereinstimmt. Diese Lehre muß beim amerikanischen Proletarier (genau so wie beim britischen) dazu führen das Vertrauen in die Macht des politischen Mittels, aus dem höchstens die verbürgerlichte Arbeiteraristokratie profitieren kann, zu erschüttern. Beim Mittelstand dagegen muß sie die Hoffnung beflügeln, daß »seine Ära« gegenwärtig im Kommen begriffen ist.

Was nun die Verhandlungen des Kongresses der Intercollegiate Socialist Society selbst anlangt, so erscheint mir daraus bemerkenswert, daß sich ein großer Teil der Diskussion um die Frage drehte, ob die Gesamtorganisation und die Ortsgruppen ihren neutralen Charakter aufrechterhalten sollten, und ferner darum, welche Methoden bei der Ortsgruppenarbeit angewendet werden sollten. Wie der Kongreß sich zur ersten Frage schließlich gestellt hat, ist schon oben gesagt worden. Aus den Verhandlungen über den zweiten Punkt ist mir aufgefallen, daß die Intercollegiate Socialist Society sich im Vergleich zu den englischen Universitätsfabriern in ausgedehntem Maß der Methode des öffentlichen Debattierens zweier hervorragender, in ihren Meinungen über den Sozialismus jedoch entgegengesetzter Persönlichkeiten zu bedienen scheint. (Doch veranstaltet bekanntlich auch die Londoner Fabiergesellschaft gelegentlich solche Debatten; zum Beispiel will ich an die Debatte zwischen Shaw und Chesterton erinnern, über die seinerzeit auch die deutschen Blätter ausführlich berichtet haben.) Inter-

essant war es zu hören, daß bei einer solchen, von der Ortsgruppe Harvard veranstalteten Debatte der eine der beiden Referenten, Präsident Dr. Elliot, sich in der Diskussion gegen einen sehr klugen Angriff seines sozialistischen Enkels zu wehren hatte. Auch bemerkte ich mit Interesse, daß die Intercollegiate Socialist Society bereits etwas fertiggestellt hat, woran ihre englische Brüdergesellschaft gegenwärtig noch arbeitet, nämlich gedruckte Führer durch die sozialistische und antisozialistische Literatur, an die sich Ortsgruppenmitglieder, denen noch eine Übersicht über die in Frage kommende Literatur fehlt, für den Anfang halten können.

Von einigen Kongreßteilnehmern ging die Anregung aus, es solle die Anwesenheit mehrerer Mitglieder der Intercollegiate Socialist Society auf dem kommenden internationalen Sozialistenkongreß in Wien dazu benutzt werden dort eine zwanglose Zusammenkunft sozialistischer oder am Sozialismus interessierter Akademiker Europas zu veranstalten, um so den Amerikanern Gelegenheit zu geben mit den entsprechenden Kreisen in Europa in persönliche Fühlung zu treten und umgekehrt. Diese Anregung erscheint mir um so beachtenswerter, als es von Europa aus nicht ganz leicht ist sich mit den verschiedenen, in Amerika vorhandenen Auffassungen von der gegenwärtigen Lage der sozialistischen Bewegung bekanntzumachen. Da der Kongreß der Intercollegiate Socialist Society eine Resolution faßte, durch die der Vorstand ermächtigt wurde Delegierte zu einer solchen Zusammenkunft zu schicken, falls sie wirklich zustande käme, so darf wohl an dieser Stelle daran erinnert werden, daß schon einmal aus studentischen und akademischen Kreisen in Berlin und Paris Versuche solcher Art gemacht worden sind, und daß vielleicht jetzt die Zeit gekommen ist, wo versucht werden sollte die angeregte Zusammenkunft so zu gestalten, daß etwas Dauerndes dabei herauskommt. Freilich darf nicht vergessen werden, wie groß die sachlichen (verschiedener Charakter der in Frage kommenden Vereinigungen) und technischen (Sprachkenntnisse) Schwierigkeiten sind, die einer Verwirklichung der betreffenden Anregung im Weg stehen. Der einzige positive Schritt, der meines Wissens seit der New Yorker Zusammenkunft nach dieser Richtung hin gemacht worden ist, besteht darin, daß 11 Mitglieder der Intercollegiate Socialist Society beschlossen haben für alle Fälle am 21. August in Wien anwesend zu sein.

XX

FELIX LINKE · DAS VERKEHRSWESEN AUF DER WERKBUNDAUSSTELLUNG 1914



UF alle Gebiete menschlicher Betätigung lassen sich die Ziele des Werkbunds übertragen. Daher sind auch alle Zweige des Verkehrswesens dem Werkbundgedanken zugänglich. Das hat der Werkbund klar erkannt. Er hält es sogar für so wichtig, daß er sein ganzes neuestes Jahrbuch dem Verkehr widmet; und dieses enthält vorzügliche Beiträge, die mit Freude zu begrüßen sind.

Nach diesem Jahrbuch zu urteilen hätte man meinen können, daß nun auch die Werkbundaussstellung, die jetzt in Köln veranstaltet ist, selbst das Muster einer verkehrstechnischen Ausstellungsanlage wäre. Leider ist hier die Enttäuschung außerordentlich groß. Zwar liegt das Gelände der Aus-

stellung sehr günstig, fast in der Mitte der Stadt, richtiger: des Groß Kölner Komplexes; zwar sind die Verkehrsverbindungen zur Ausstellung sehr gut, aber die Ausstellung selbst ist in verkehrstechnischem Sinn ein Ünding. Das Gelände war gegeben, damit muß sich selbstverständlich die Anlage abfinden, aber der Plan hätte alle Vor- und Nachteile von vornherein abwägen müssen, um zu einem übersichtlichen Bild zu gelangen. Diese Übersichtlichkeit ist indessen in keiner Weise erkennbar. Der Plan ist weder verkehrstechnisch glücklich, übersichtlich, praktisch, noch architektonisch wirksam oder schön; im Gegenteil, er hat alle nur denkbaren Nachteile. Dabei ist er von dem Kölner Stadtbaumeister entworfen, der selbst Mitglied des Werkbunds ist. Welche Umstände für die Anlage bestimmend gewesen sind, das kann man ja als Außenstehender nicht immer beurteilen; vielleicht sind es Fragen geschäftlicher Art gewesen. Aber das zwingt den Beschauer keineswegs sich der Kritik zu enthalten oder etwa nur deshalb den Plan gutzuheißen, weil er unter der Flagge des Werkbunds segelt.

Gleich der Eingang ist ein Muster von Unvollkommenheit: Man muß ihn nämlich erst suchen. Weder nimmt er die herbeiströmenden Besucher auf noch leitet er sie. Es ist der Ausgang, der sich dem ahnungslosen Besucher zuerst darbietet, während der Eingang seitlich ist und in einem Platz versteckt liegt, der selbst wieder hinter einer Überführung ein überflüssiges Dasein führt. Es ist auch nicht vorteilhaft den *Vergnügungspark* der eigentlichen Ausstellung vorzulagern, denn es ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß ein Teil der Besucher dort hängen bleibt, ohne in die Ausstellung selbst zu gelangen. Der eigentliche Eingang zur Ausstellung ist denn auch noch ein weites Stück hinter den wirklichen gelegt worden. Das Verwaltungsgebäude stellt ihn dar. Es führt die Besucher durch seinen unbenutzten und unbenutzbaren Ehrenhof und stellt sie dahinter auf einen Platz, von dem zwei Straßen abgehen, einmal die *Ladenstraße*, sodann die als solche überflüssige Straße an der Verkehrshalle vorbei. Folgt man dieser, so gelangt man in eine Sackgasse vor dem vielgerühmten Teehaus, folgt man der andern, ohne sich durch die eingelagerten Plätze beirren zu lassen, so kommt man bald auf neue Plätze, die nunmehr jede Übersicht verwirren. Man sollte sich einigermaßen ohne Plan zurechtfinden können, hier aber ist man ohne solchen verraten und verkauft. Die Ausstellung ergeht sich in nichts als in Plätzen; führende Straßen fehlen ganz. Sie ist insofern völlig verfehlt, weil man sich tagelang in ihr bewegen kann, ohne auch nur zu bemerken, daß das Ausstellungsgelände in seiner ganzen Begrenzung im wesentlichen durch den Rhein bestimmt ist. Der herrliche Strom bekommt aber nur die Hinterfronten von Ausstellungsgebäuden zu sehen, und der Besucher hat in den bevorzugten Teilen der Ausstellung gar keinen Ausblick auf das Wasser und das schöne Stadtbild der andern Stromseite. Ein moderner Stadtbaumeister hätte sich die gegebene Anlage mit der Hauptbetonung des Rheins nicht entgehen lassen; er hätte die Ausstellungsgebäude so gelegt, daß sie auf den Rhein blicken. Er hätte den Rhein als die natürliche und führende Straße zur Organisierung des Lageplans benutzt und mit den natürlichen zur Verfügung stehenden Mitteln ein glänzendes Bild geschaffen, ein Bild, das selbst bereits Ausstellung par excellence ist und in jedem Beschauer auf der andern Stromseite ganz von selbst das Begehren nach dem Besuch erweckt. Das breite Wasser hätte den Abstand

der Würde geschaffen und doch die organische Verbindung zwischen Stadt und Ausstellung hergestellt. Die jetzt wenig benutzten Überführungsdampfer hätten ein reiches Leben hinüber- und herüberfluten lassen und der ganzen Stadt ein besonderes, dem Anlaß entsprechendes Gepräge verliehen. So aber führt die Ausstellung auf der Deutzer Seite ein weltabgekehrtes Dasein, von dem man links des Rheins nur die langweiligen Pappdächer der dicht am Boden hinter und zwischen Bäumen geduckten Ausstellungsschuppen wahrnimmt. Nur durch die mit dräuenden mittelalterlichen Burgtoren und -türmen vierfach besetzte Hohenzollernbrücke, die an Pechnasen und Spießstöße erinnert und keine Straße und keine Verbindung sondern ihrem Aussehen nach ein kriegerisches mittelalterliches Hindernis ist, gelangt man zu der versteckt liegenden Ausstellung.

Was sich jedem Betrachter aufdrängt, die Auflösung der ganzen Anlage in einzeln und unmotiviert stehende Gebäude und Pavillons an zahlreichen unorganisierten und unorganisiert liegenden Plätzen, wirkt wie ein Hohn auf die treffenden Ausführungen, die John B. Hambrook (Karlsruhe), ein Werkbundsmitglied, in dem Jahrbuch 1914 in seinem Beitrag Haus oder Straße macht: »In dem Kopf des Architekten lebt noch die Vorstellung der alten Stadt, die sich aus einzelnen Häusern zusammensetzt.« So ist es denn auch kein Wunder, daß man sich in diesem Chaos nicht wohlfühlen kann, daß man nicht einmal den Eindruck hat in einer feierlichen oder würdevollen Umgebung oder in einer Stätte der durchgeistigten Arbeit zu sein; wozu die größtenteils fürchterliche Architektur noch ein redliches Teil beiträgt. Wie sehr aber auch die gute Architektur unter der falschen Anlage leidet, beweist der Fall des van de Veldeschen Theaters. Es hat einen geradezu unglückseligen Platz erhalten. Durch den größten Teil der Ausstellung zieht meist parallel dem Rheinufer ein Schutzdamm, der an keiner Stelle zerstört werden durfte. Gerade an diesen Damm ist das Theater mit seiner Front gestellt worden. Da dieses ein von innen heraus entwickelter organischer Bau ist, so hat es, wie alle Ausstellungsgebäude, ein flaches Aussehen erhalten. Es versinkt also ganz hinter dem Damm, zu dem nun zwei Auffahrten heraufführen müssen. Auf diesen fährt zudem gar nichts, sondern man geht nur hinauf. Der ganze Eindruck ist der eines halb in die Erde versunkenen Baues, dessen Wirkung zu allem Überfluß noch durch die danebenliegende Haupthalle zerstört wird. Aber auch bei der Haupthalle selbst haben der Damm und die Anlage zu einem verkehrstechnischen Nonsens geführt. Der Damm geht gerade hinter der Hauptfront der Haupthalle vorbei, liegt also innerhalb des Gebäudes. Um ihn zu verdecken, hat der Architekt in die Front einen Arkadengang einkomponiert, zu dem man durch Freitreppen hinauf muß, um innen sogleich wieder hinabzusteigen, wenn man in die eigentliche Ausstellungshalle will.

Alles in allem ist die Anlage so verfahren und unglücklich wie sie nur sein kann, so daß von der Ausstellung in dieser Beziehung kein erzieherischer Einfluß ausgehen kann. Man würde solchen Einfluß sogar bedauern, um so mehr als andere Anlagen, zum Beispiel die Leipziger internationale Bauausstellung vom vorigen Jahr, viel besser waren. Da auch der Katalog unübersichtlich ist, kann man an der Anlage der Ausstellung beim besten Willen kein Lob üben.

Glücklicherweise wird der Verkehrstechniker durch andere Dinge erfreut, die er unter den Ausstellungsobjekten im engeren Sinn findet. Es existiert eine besondere 175 Meter lange und durchschnittlich etwa 40 Meter tiefe Verkehrshalle, die eine Menge schöner Dinge enthält. Den größten Teil des Hauptraums nehmen Lokomotiven, Eisenbahn- und Straßenbahnwagen ein, der rechte Seitenteil beherbergt Flugzeuge, Modelle von Luftschiffen, der linke Automobile, Fahrräder und andere Fahrzeuge. Die Kriegsmarine stellt einige Schiffsmodelle sowie eine von dem Berliner Architekten Walter Gropius entworfene Offizierskabine für einen im Bau befindlichen Kreuzer aus. Man sieht ferner zweckmäßige Korbausrüstungen für Freiballons, zahlreiche Aufnahmen aus der Flugperspektive, Städtebilder, Landschaften, Wolkenaufnahmen usw., die in das ganze Milieu des Fliegers und des Luftschiffers versetzen und den Eindruck machen, als harrten sie nur der photographischen Ausmessung. Der Flugplatz Johannisthal stellt Modelle und gutes statistisches Material aus, das die vielen falschen Behauptungen über die Flugunfälle und die Entwicklung der Flugtechnik richtigstellt

Wer Blick hat für die in dieser Halle aufgestellten Gegenstände, hat seine helle Freude daran. Von großem Interesse sind die Eisenbahnwagen. Während die Straßenbahnen schon seit langem bessere Ausrüstungen erhalten, weil es in manchen Städten tüchtige technische Beamte gibt, die Sinn für Schönheit und Zweckmäßigkeit haben und ihren Einfluß bei ihren Stadtverwaltungen für bessere Ausstattungen einsetzen, ist von der Anwendung moderner Vorrichtungen und eines soliden Komforts auf den deutschen Eisenbahnen noch wenig zu verspüren. Das scheint sich jetzt zu bessern, denn die Innenausstattungen der ausgestellten D-Zug-Wagen sind von hervorragenden Künstlern entworfen. Speisewagen hat man schon immer besser ausgerüstet, aber der hier ausgestellte Speisewagen von August Endell ist doch ein Novum an Schönheit und Zweckmäßigkeit. Das selbe gilt von Walter Gropius' Eisenbahnschlafwagen. Hier ist trotz aller Gedrängtheit, die für die über die Schienen fahrende Schlafkabine nun einmal Bedingung ist, doch mit der entsetzlichen Raumknauserie gebrochen, die bisher unsere Schlafwagen auszeichnete. Auch die entsprechenden Gelegenheiten finden gebührende Berücksichtigung und neuartige praktische und formschöne Ausgestaltung. Die Aktiengesellschaft Sächsische Waggonfabrik Werdau zeigt einen D-Zug-Wagen 1. bis 3. Fahrklasse mit Schlafabteilungen, dessen Ausstattung sehr zu loben ist.

Länger als die Personenwagen erfreuen sich bereits die Lokomotiven einer Ausbildung, die ihren Zweck und ihren Charakter vollkommen ausprägt. Die ersten Lokomotiven waren fahrende Dampfkutschen; sie haben erst mit der Zeit den Stil gefunden, der ihnen eigentümlich ist. Das ist kein Wunder. Das vollkommen Neue hält sich an die alten Formen und baut das neue Element hinein. So kommen jene wunderlichen Formen zustande, die wir überall beobachten können und jetzt belächeln. Da sind die imitierten Wachskerzen mit einer Glühlampe als Flamme, die Lokomotivkutschen, die Automobilequipagen, die elektrischen Automobile mit der imitierten Kühlerhaube usw. Bei den modernsten Lokomotiven hat man alle Reminiscenzen abgestreift, und die reine Konstruktion ist übriggeblieben. Unser Geschmack entdeckte dann plötzlich die Schönheit der Zweckkonstruktion und befreundete sich nun sehr schnell mit allen guten zweckentsprechenden

Formen sowohl der Land-, der Wasser- wie auch der Luftfahrzeuge. Man würde heute lachen, wollte man wie einst das Lokomotivgestänge wieder mit Säulenkanülen, die Lagerböcke mit gotischen Zierraten, sogar aus Gußeisen versehen und dergleichen Ungeheuerlichkeiten an die Maschinen kleben. Wir finden die glatten geschweiften Stahlstangen schön, weil sie natürlich und charakteristisch sind. An den ausgestellten Lokomotiven können wir sehr genau verfolgen und feststellen, wie die ästhetischen Momente durch die Konstruktion ganz von selbst Berücksichtigung finden.

Nicht allein bei den Dampflokomotiven sondern auch bei den Automobilen, den Fahrrädern, den Flugapparaten und den Schiffen zeigt sich das. Das Fahrrad hat sich vielleicht zuerst und am schnellsten von dem Alten emanzipiert. Dort war das leichter, weil es keine Vorbilder gab und man gezwungen war eine eigene Form zu finden. Das war beim Hochrad wie beim Niederrad der Fall. Das Niederrad ist aus der Konkurrenz als die endgültige Form hervorgegangen, weil es die bessere Konstruktion war. Wir sind mit unserm Geschmack gefolgt und müssen jetzt eingestehen: es gibt kaum ein so schönes und elegantes Fahrzeug wie das Niederrad. Die ausgestellten Automobile zeigen die neuen Formen, die sich aus den Konstruktionsbedingungen ergeben, erst zum Teil. Das Auge ist nicht gewöhnt einen Wagen zu sehen, der vorn rund und hinten spitz ist, wie es die Luftwiderstandsverhältnisse fordern. Hier beginnt sich erst nach und nach die richtige Form auszubilden, und das Publikum hat noch alles zu tun, um sich in die ganz anders gearteten Bedingungen für ein so schnelles Fahrzeug, wie es das Automobil ist, einzufühlen. Aber die Erkenntnis des Konstrukteurs verdanken wir erst dem Luftschiffbau. Dort fehlten ebenfalls die Traditionen, und man ging selbstverständlich darauf hinaus die richtige Form wissenschaftlich zu bestimmen. Daß die starre Bauart sogleich dem Auge wohlthat, ist kein Wunder; sie aber auf die Karosserie des Automobils zu übertragen, dazu fehlte die Beweglichkeit. Das Automobil ist in seiner Funktion etwas vollständig Neues. Da es kein Schienenwagen ist, muß es eine selbständige, sehr große Stabilität erhalten, die für das Chassis bestimmte Forderungen ergibt. Das Chassis muß eine Basis bieten, die für alle Fälle gegen die Kippmomente ausreicht, die hier durch keine Spürkränze aufgehoben werden. Hier fehlte jede Tradition, und an diesen neuen Bedingungen erlahmte jede Phrase in der Konstruktion. Ein Automobil ist damit etwas ganz anderes als ein pferdegezogener Wagen, aber auch etwas ganz anderes als eine Eisenbahn. Das Automobil muß ganz andere Räder haben als der alte Wagen. Da es seinen Halt ganz und gar am Erdboden findet, müssen die Räder breit sein und elastisch in die kleinsten Unebenheiten hineingreifen. Sie müssen breit sein wegen der größern Last und wegen der Reibung. Das Chassis muß breit sein wegen der Stabilität, die Karosserie niedrig, damit der Schwerpunkt tief liegt. Anders also als bei der Lokomotive, bei der man den Schwerpunkt hoch legt, damit sie möglichst leicht und elegant durch die Kurven fährt, ohne die Schienen allzusehr auseinanderzudrücken. Die verwegenen Automobilkurven muß die Breite des Chassis nehmen, die Karosserie aber als luftdurchschneidender Körper wirken, der deshalb ganz anders aussehen muß als der alte Wagenkasten. Auf sie finden die Ergebnisse des Luftschiffbaus Anwendung. So gewinnt das Automobil einen ganz neuen Charakter, der ganz neue, vor-

rium Doumergue in der richtigen Erkenntnis, daß in der Kammer keine Mehrheit für eine Heeresverringerung durch Aufhebung des Dreijahrgesetzes vorhanden ist, zurückgetreten war, versuchte zunächst der frühere Sozialdemokrat Viviani ein Ministerium zu bilden, das zwar gleichfalls eine Verringerung der Friedensstärke des Heeres durch Aufhebung des Dreijahrgesetzes nicht vornehmen, dafür aber eine dahingehende Maßregel für eine unbestimmte Zukunft wenigstens in Aussicht stellen wollte. Vivianis Versuch scheiterte. Der Präsident Poincaré, von dem behauptet wird, er habe der russischen Regierung gegenüber, die mit dem Bruch der Allianz drohte, die Verpflichtung übernommen unter allen Umständen an der durch das Dreijahrgesetz geschaffenen Friedensstärke des Heeres festzuhalten, beauftragte nun Herrn Ribot ein Ministerium zu bilden. Das seltsame Experiment einer Kammer, die über eine linke Mehrheit verfügt, ein Ministerium zu geben, das unter der Leitung eines Politikers stand, dessen Lebensarbeit es bisher gewesen war alle Fortschritte zu bekämpfen und zu verhindern, mußte natürlich mißlingen. Die Tagesordnung, die das Ministerium Ribot am 12. Juni der Kammer vorlegte, wurde mit 306 gegen 242 Stimmen verworfen. Der Sturz des Ministeriums Ribot wurde in der deutschen Presse vielfach als ein Sieg derjenigen Parlamentarier gefeiert, die die durch das Dreijahrgesetz herbeigeführte Verstärkung der Friedenspräsenzstärke des französischen Heeres wieder rückgängig machen wollen. Der 16. Juni zeigte nun, daß unter den rund 500 bürgerlichen Abgeordneten, die in der Sitzung anwesend waren, sich nur 26 fanden, die für eine allmähliche Verringerung der Friedensstärke der französischen Armee durch Rückkehr zur 2jährigen Dienstzeit zu haben sind. An diesem Tag trat nämlich Viviani, der 3 Tage vorher zum zweitenmal die Bildung des Kabinetts übernommen hatte, mit einer Regierungserklärung an die Kammer, die, wie unsere radikale Parteipresse mit Recht gesagt hat, die Verringerung der Friedensstärke der Armee durch Rückkehr zur 2jährigen Dienstzeit »auf den Sankt Nimmerleinstag hinauschiebt. Diese Haltung des Ministeriums Viviani dem Dreijahrgesetz gegenüber veranlaßte die unifizierten Sozialisten der neuen Regierung ihr Mißtrauen auszusprechen. Nur 26 Mitglieder der geeinigten Radikalen stimmten

mit ihnen gegen das Kabinett. Die Abstimmung vom 16. Juni zerstört alle Illusionen derjenigen, die von der neuen Kammer eine antiimperialistische Politik erwarteten.

In vieler Beziehung lehrreich war auch die Sitzung vom 19. Juni, in der der sozialistische Vorschlag die 800 Millionen-Anleihe für militärische Zwecke durch einen Wehrbeitrag nach deutschem Muster zu ersetzen mit allen gegen die Stimmen der Sozialisten verworfen wurde. Bei dieser Gelegenheit spendete Genosse Bedouce dem deutschen Kaiser und den deutschen Fürsten, die sich der Wehrsteuer unterzogen, starkes Lob.

Die Ereignisse vom 12. bis zum 19. Juni haben der Presse Veranlassung gegeben von einer Oberherrschaft Rußlands in Frankreich zu sprechen. In der Tat läßt sich nicht verkennen, daß die auswärtige Politik der Republik der innern ihren Stempel aufdrückt. In den Rüstungsfragen hat Rußland zweifellos seinen Willen durchgesetzt, und es ist gewiß ein Vorgang von historischer Bedeutung, daß die geeinigten Radikalen auf das Verlangen von Petersburg her kurzerhand zur 3jährigen Dienstzeit abschwanken und die sozialdemokratische Fraktion mit einer Handvoll radikaler Dissidenten allein das Banner der Verminderung der Friedenspräsenz hochhalten ließen.

× **Baden: Groß-Block** Am 1. Juli wurde die 1. Session des im Jahr

1913 gewählten badischen Landtags geschlossen. Ihr Verlauf ist insoweit von allgemein politischer Bedeutung, als es sich gezeigt hat, daß der Großblock einmal über eine sehr knappe Mehrheit verfügte und ferner Elemente in sich schloß, die mit klerikaler Hilfe als Großblockgegner gewählt worden waren. Der Schwäche des Großblocks ist es zuzuschreiben, daß die Großblocktaktik ständig vom Ministerium aus bekämpft wurde, wobei namentlich Herr von Bodman besondern Eifer zeigte. Trotzdem konnte sich die Regierung zu einem Gesetzentwurf über die Verhältniswahl für die Landtagswahlen, deren Einführung großblocktaktische Vereinbarungen für die Wahlen unnötig machen würde, nicht entschließen. Aus der Schwäche des gegenwärtigen Großblocks erklärt sich wohl auch die Kritik, die Genosse Kolb in temperamentvoller Weise an der bestehenden Großblocktaktik übte. Diese darf je-

doch keineswegs in dem Sinn ausgelegt werden, als ob der reformistische Sozialismus sich von dem Gedanken des taktischen Zusammengehens mit den Linksparteien loszusagen beginne. Daß davon keine Rede sein kann, hat der letzte badische Parteitag gezeigt. Wie die Dinge in Baden liegen, ist und bleibt der Großblock das einzige Mittel das Großherzogtum vor einer klerikal-konservativen Herrschaft zu bewahren. Dabei darf man freilich nicht übersehen, daß er bei seiner gegenwärtigen geringen Aktionskraft diese Aufgabe nur sehr unvollkommen erfüllen kann.

× **Kurze Chronik** Auf Grund des bis jetzt vorliegenden Materials wird der Gesamtertrag des Wehrbeitrags auf 1050 Millionen Mark berechnet. Nach den Änderungen, die dieses Steuergesetz in der Budgetkommission erfahren hatte, war allgemein ein Mindestertrag von 1200 Millionen Mark erwartet worden. × Nach dem halbamtlichen Jahrbuch für Deutschlands Seeinteressen Nauticus steht Deutschland jetzt infolge seiner großen Heeresverstärkung in den gesamten Rüstungsaufwendungen für Heer und Flotte mit 2245 Millionen Mark für 1914 an der Spitze aller Militärstaaten. × Das deutsch-englische Abkommen über die Bagdadbahn und Mesopotamien ist am 15. Juni in London paraphiert worden. Einzelheiten über den Inhalt des Abkommens sollen erst später mitgeteilt werden. × Das englische Unterhaus hat mit großer Mehrheit die Beteiligung der englischen Regierung an den Ölkonzessionen in Persien gebilligt. Die Bedeutung dieses Vorgangs erhellt daraus, daß ziemlich unbemerkt von der Öffentlichkeit in England ein Schiff nach dem andern für Ölfuehrung bestellt worden ist (siehe die Rubrik Wirtschaft, in diesem Band, pag. 836). × Eine Anzahl Nationalisten hat die französische Regierung ersucht einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, mit einer Steuer belastet. Der Ministerpräsident Viviani erklärte, daß die Regierung sich in der allernächsten Zeit mit der Frage befassen würde. × Der Generalstreik, der wegen des polizeilichen Vorgehens in Ancona am 8. Juni in Italien proklamiert wurde, war von kurzer Dauer und zeitigte kein positives Resultat. In den Marken und in der Romagna nahm

die Bewegung einen revolutionären Charakter an. Die eigentliche Ursache der Bewegung soll die Agitation der Anarchisten und Republikaner gewesen sein.

× **Literatur** In diesen Tagen, da der auf die Zertrümmerung der Donaumonarchie hinielende serbische Irredentismus durch die Bluttat von Sarajewo uns gezeigt hat, welche furchtbare Gefahr dem Frieden Europas plötzlich vom österreichischen Südoften her droht, kommt die knappe Darstellung der Geschichte der auswärtigen Politik Österreichs im 19. Jahrhundert aus der Feder des Historikers Richard Charmatz (in der Sammlung Aus Natur und Geisteswelt /Leipzig, Teubner/) dem reichsdeutschen Politiker und Journalisten wie gerufen. Der 2. Band führt uns mitten hinein in die Probleme österreichischer Auslandspolitik, die heute, da nach einem allgemeinen Gefühl Österreich vor dem Kampf um Sein oder Nichtsein, vor der Schicksalsstunde steht, auch zu Problemen der deutschen Auslandspolitik geworden sind. Gerade für den Reichsdeutschen, der kaum in der Lage ist das vielgestaltige Wesen der österreichischen Auslandspolitik zu überschauen, ist Charmatz' Büchlein von besonderem Wert, weil es ihn schnell informiert über den Wechsel der Ereignisse, die zu der gegenwärtigen bedrängten Lage des Habsburgischen Kaiserreichs geführt haben. Wer die Dinge gern in ihren historischen Zusammenhängen auf sich wirken läßt und nicht Zeit hat größere Werke zu Rat zu ziehen, kann aus dem Charmatzschen kleinen Werk sich die notwendigen Informationen leicht beschaffen. Wer aber tiefer den Erscheinungen auf den Grund gehen will, wird das 2bändige Werkchen, zumal in ihm reiche Literaturangaben zu finden sind, als einen zuverlässigen Leitfadern zum Studium der Geschichte der österreichischen Auslandspolitik benutzen können. × Österreich geht es schlecht. Serbien ist ihm feind. Rußland erstarkt. Das albanische Experiment ist mißglückt. Rumänien hat sich von ihm abgewendet. Italien ist ihm nie sicher. Und in Deutschland fordert die Presse der stärksten Partei, die Regierung möge die Geschenke des deutschen Volkes nicht zu eng mit dem Bestand der Donaumonarchie verknüpfen. Da ist es kein Wunder, daß unter den öster-

reichischen Diplomaten Streit darüber entsteht, ob die Wege, die Österreichs Auslandspolitik unter dem Freiherrn von Aehrenthal eingeschlagen, wirklich die richtigen sind. Eine Schrift, die sich mit diesem Streit beschäftigt, ist soeben bei Duncker & Humblot erschienen. Der Verfasser, der sich Triplizismus nennt, gibt uns eine geschichtliche Untersuchung des »Dogmas des Sandschaks«, die sich polemisch gegen den Grafen Andrassy, den Freiherrn von Beck und Herrn von Szell richtet. Er sieht in der Annexion Bosniens und der Herzegowina eine Staatsnotwendigkeit, die, nachdem einmal durch die jungtürkische Revolution und die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens der Stein auf dem Balkan ins Rollen gekommen war, nicht mehr umgangen werden konnte. Es ist zu erwarten, daß die Gegner der Annexionspolitik und der Räumung des Sandschaks von Novibasar dem anonymen Verfasser die Antwort nicht schuldig bleiben werden.

Staatssozialismus / Edmund Fischer

**Elektrizitäts-
verstaatli-
chung**

Der Gedanke den Staat zum alleinigen Besitzer des wichtigsten Produktionsmittels der modernen Zeit, der elektrischen Energie, zu machen dringt immer mehr durch. Nun hat selbst der Generaldirektor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Geheimrat Rathenau, in einer Unterredung, die das Berliner Tageblatt veröffentlichte, die Notwendigkeit des staatlichen Elektrizitätsmonopols zugegeben. Im schroffen Gegensatz zu seiner bisherigen Stellungnahme soll dieser Sachkenner eingesehen haben, daß die Tendenz ganz große Elektrizitätswerke zu errichten nicht nur aus politischen sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen zu stark geworden sei, als daß man sie mit dem bestmöglichen Ausbau privater Elektrizitätswerke noch dauernd überwinden könne. Der ganz billige Strom, wie er zu Kraftzwecken unbedingt gebraucht werde, könne nur in Betrieben hergestellt werden, die über das Ausmaß auch der größten bisherigen Zentralen weit hinausgehen. Es sei also durchaus natürlich, daß der Staat, zumal bei einer fortschreitenden Elektrifizierung der Vollbahnen, Kraftwerke bauen müsse, die an Leistungsfähigkeit selbst die größten lokalen Werke und Überlandzentralen weit übertreffen werden. Da nun die Herstellungskosten des

Stroms sich mit der Größe der Anlagen und der produzierten Menge progressiv verringern, da andererseits aber die staatlichen Werke ihre Kapazität sowie die für einen regelmässigen Bahnbetrieb unumgänglich notwendige Reservekapazität nicht und vor allem nicht zu jeder Zeit voll ausnutzen können, sei es natürlich, daß sie dazu übergehen (und auch schon dazu übergegangen sind) Strom an Private abzugeben. Bereits kürzlich habe eines der staatlichen Werke auf dem Weg der Submission ein Stromkontingent von zirka 30 Millionen Kilowattstunden ausgedoten. Wenn nun aber der Strom aus einem solchen staatlichen Riesenwerk billiger als aus den kleineren lokalen Werken verschafft werden könne, läge für die Industrie kein Grund vor sich gegen eine derartige Stromverschaffung sperren zu sollen. Sie beziehe dann einfach Strom statt Kohlen, und die lokalen Elektrizitätsanlagen könnten für Stromverteilungszwecke Verwendung finden. Die technischen Möglichkeiten der Stromherstellung im großen seien nahezu unbegrenzt. Es wäre durchaus möglich, daß der ganze Bedarf Europas an elektrischer Energie an einem Ort hergestellt würde, und die elektrische Fernübertragung wäre durchaus imstande diesen zentral hergestellten Strom über ganz Europa und noch weiterhin zu versenden. Natürlich werde es in der Praxis zu einer derartigen intensiven Konzentrierung der Stromherstellung nicht kommen. Immerhin aber werde man über die jetzige Verzettlung hinausstreben müssen.

Diese Anschauung des Leiters des größten deutschen Elektrizitätsunternehmens spiegelt nur wider, was sich tatsächlich bereits vollzieht. Wie in Sachsen so ist man auch in Preußen mehr und mehr bemüht bei der Elektrizitätsversorgung die Privatindustrie auszuschalten. In Bayern hat man zwar die Privatindustrie herangezogen, weil die Regierung die Meinung vertrat, die allein für Bayern rechts des Rheins erforderlichen 200 Millionen Mark könnten nicht vom Staat, den Kreisen und Gemeinden sofort aufgebracht werden. Nach den abgeschlossenen Staatsverträgen können die privaten Werke aber schon nach einigen Jahren vom Staat oder den Kommunen übernommen werden. Und nun ist nach langen Verhandlungen auch der staatliche Ausbau des Walchensees durch beide Kammern des Landtags beschlossen worden, so daß die größte Kraftzentrale

von vornherein im Besitz des Staates sein wird. Dieses staatliche Riesenwerk wird die Kraft für den elektrischen Betrieb der Eisenbahnen liefern und außerdem noch 67 Millionen Kilowattstunden an Private abgeben können.

Auch in Baden ist die Bewegung zum Staatsmonopol im Gang. Das große staatliche Murgwerk wird ausgebaut, und die Budgetkommission der Zweiten Kammer des badischen Landtags hat seinerzeit in ihrem Bericht über den Entwurf eines Gesetzes, den Bau eines Murgwerks durch den Staat betreffend, keinen Zweifel darüber gelassen, daß es zu einem Staatsmonopol kommen müsse. Die Monopolstellung sei bei der Elektrizitätsversorgung eine Notwendigkeit, heißt es in diesem Bericht (Drucksache der Zweiten Kammer Nummer 26e 1911-1912). Eine Privatgesellschaft diene aber nur ihrem Erwerb, während der Staat die Interessen der Allgemeinheit in den Vordergrund stellen müsse. »Es ist bekannt«, heißt es sodann, »daß für die Erzeugung und den Vertrieb von Elektrizität in Deutschland nur noch 2 große Gesellschaften bestehen, die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft und die Siemens-Schuckert-Gesellschaft, die sich aber schon so weit geeinigt haben, daß sie sich über die Abgrenzung ihrer Geschäftssphären verständigten. Eine derartige Verständigung pflegt aber der Vorläufer einer vollständigen Verschmelzung zu sein, schließt aber auf alle Fälle sämtliche Wirkungen der Konkurrenz aus und ermöglicht eine monopolistische Ausbeutung des ganzen Gebiets.« Das Geschäftsgebarren einer solchen Monopolesellschaft müsse »die schwersten Bedenken erregen«. Sie mache den Gemeinden und anderen Abnehmern die bedenklichsten Bedingungen und bringe sie in eine unerträgliche Abhängigkeit. Also müsse der Staat das Werk bauen. Diese Bestrebungen in allen größeren Bundesstaaten scheinen den Direktor der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft zu der Überzeugung gebracht zu haben, daß die Verstaatlichung der gesamten Elektrizitätserzeugung kommen müsse. Mit der Äußerung Rathenaus ist ja auch gleichzeitig bekannt geworden, daß im Auftrag der preussischen Regierung das Rittergut Niemegek, das Gut Alt-schloß sowie große Ländereien in der Niemecker Flur zur Braunkohlengewinnung angekauft worden sind. Die preussische Regierung plant dort, zur Versorgung ihres großen Kraftwerks Muldenstein, das die Kraft für die Bahn

Magdeburg-Halle-Leipzig, Leipzig-Dessau und Halle-Berlin erzeugen soll, Braunkohlenwerke anzulegen.

Die größten Fortschritte macht die Elektrizitätsverstaatlichung in der Schweiz. Es werden hier nicht nur neue Anlagen, besonders zur Ausnutzung von Wasserkraften, gleich von öffentlichen Unternehmungen ausgeführt, auch mit der Übernahme älterer Werke aus dem Besitz privater Unternehmer wird energisch vorgegangen. Von einer Reihe von Kantonen, Zürich, Aargau, Glarus, Sankt Gallen, Thurgau, Schaffhausen, Schwyz, Appenzell und Zug, wird zum Erwerb der Kraftwerke Beznau-Löntsch eine Aktiengesellschaft gegründet. Den Hauptanteil der Aktien erwerben die Kantone Zürich und Aargau. Zürich und Schaffhausen bringen auch die Konzession des Wasserwerks Eglisau bei Rheinfelden ein. Mit dem Bau des Kraftwerks Eglisau wird sofort nach der Gründung der Gesellschaft begonnen werden. Dann werden alle die genannten Kantone ihren Bedarf an elektrischer Energie in der eigenen Kraftwerken decken.

× **Petroleummonopol** ×
 Durch den Schluß des Reichstags ist auch der Leuchtölgesetzentwurf unter den Tisch gefallen. Die im vorigen Frühjahr von der Kommission des Reichstags in 2. Lesung beschlossene Fassung des Entwurfs erwies sich freilich auch als undurchführbar, weil Aktien, die nicht mehr, wohl aber weniger als 5% Gewinn abwerfen dürfen, nicht verkäuflich sind. Die Detailistenorganisationen und Konsumgenossenschaften hätten von einer Beteiligung schon aus diesen Gründen abgesehen. Kurz vor Schluß des Reichstags kam aber noch ein neuer Entwurf zustande, den die Vertreter der Mehrheitsparteien, zu denen auch die sozialdemokratische Fraktion gehörte, in Verbindung mit Vertretern der Regierung ausgearbeitet hatten. Diese Anträge dürften die Grundlage des Entwurfs bilden, den die Regierung im nächsten Winter wieder dem Reichstag vorlegen will. Er bewegt sich in der gleichen Richtung wie der Entwurf, den die Kommission im vorigen Frühjahr beschlossen hatte. Die Leitung der Gesellschaft sollte vom Reichskanzler und unter diesem von dem Gesellschaftsvorstand ausgeübt werden. Der Absatz 7 in § 4 sollte lauten: »Die Aufsicht über die Vertriebsgesellschaft wird von einem Gesellschaftsrat ausgeübt, welcher aus dem Reichskanzler oder einem von ihm hier-

für ernannten Stellvertreter als Vorsitzenden und 15 Mitgliedern besteht. 5 der Mitglieder werden vom Bundesrat, 5 vom Reichstag aus seiner Mitte gewählt, 5 aus den Kreisen von Handel und Gewerbe vom Reichskanzler berufen. Die Reichstagsabgeordneten werden zu Beginn jeder Legislaturperiode gewählt und üben ihr Amt bis zur Neuwahl in der folgenden Legislaturperiode aus; scheiden sie aus dem Reichstag aus oder legen sie ihr Amt nieder, so hat der Reichstag Ersatzwahlen vorzunehmen. Die Amtsdauer der übrigen Mitglieder beträgt 2 Jahre. Die Mitglieder des Gesellschaftsrats erhalten Ersatz ihrer Auslagen.« Ferner sollte ein Drittel der Mitglieder des Ausschusses aus Organisationen des Kleinhandels mit Leuchtöl, aus Konsumgenossenschaften und deren Einkaufsgesellschaften genommen werden.

Von Wichtigkeit an diesem Entwurf war auch die Gewinnberechnung. Es hieß unter anderm in § 6: »Ein Gewinn darf nur erzielt werden, wenn der Preis für das Liter Leuchtöl gewöhnlicher Beschaffenheit im Jahresdurchschnitt ab Tankanlage unter dem Durchschnittspreis der Jahre 1912 und 1913 in Deutschland bleibt. Sollte der Durchschnittspreis der beiden letzten Jahre vor Inbetriebsetzung der Gesellschaft ein niedriger sein, so tritt dieser letztere Preis an Stelle des erstgenannten. Je billiger die Vertriebsgesellschaft verkauft, desto mehr Gewinn darf sie erzielen. Bei einem Verkaufspreis, welcher dem in Absatz 2 genannten Preis entspricht, darf sie bis zu $\frac{1}{3}$ Pfennig für jedes zum Verkauf gelangende Liter Gewinn erzielen. Für jeden Zehntel Pfennig, den sie billiger verkauft, darf sie $2\frac{1}{4}$ vom Hundert mehr des ihr in der vorhergehenden Preisstufe gestatteten Gewinns erzielen. Sinkt der Verbrauch von Leuchtöl unter 900 Millionen Liter jährlich, so erhöht sich der zulässige Gewinn für je angefangene 50 Millionen Liter Minderabsatz um je ein Zwanzigstel. Zeigt sich am Ende des Geschäftsjahrs, daß die Vertriebsgesellschaft einen größeren Gewinn erzielt hat, als sie nach den vorstehenden Bestimmungen sich anrechnen darf, so ist das Mehr dem Preisausgleichsfonds zuzuführen und zur Preisherabsetzung tunlichst innerhalb der nächsten zwei Jahre zu verwenden. Von dem nach Ziffer 12 zulässigen Gewinn fließen vier Fünftel dem Reich, ein Fünftel den Anteilseignern zu.«

Vorsitzender der Kommission, die mit der Beratung des Leuchtölgesetzentwurfs betraut war, war der sozialdemokratische Abgeordnete Wurm. Die sozialdemokratische Fraktion hatte nach langer Beratung ihren Kommissionsmitgliedern das Recht gegeben in die Beratung des oben skizzierten Entwurfs einzutreten, ohne sich aber damit für die endgültige Stellungnahme zu binden. Sollte der Entwurf, wie angekündigt worden ist, von der Regierung wieder im Reichstag eingebracht werden, so dürfte eine lebhafte Auseinandersetzung über die grundsätzliche Stellung zu einem solchen Leuchtölgesetz in der Sozialdemokratie einsetzen. Es läßt sich aber gar nicht bestreiten, daß auch diese Fassung des Entwurfs, wie die vorjährige, einen sozialistischen Gedanken zum Ausdruck bringt.

× **Kurze Chronik** In der Grundteilungs-kommission des preußischen Abgeordnetenhauses erklärten in der Sitzung vom 18. Juni die Redner des Zentrums, in dem Gesetz sei ein sozialistischer Gedanke enthalten, womit sie das Vorkaufsrecht des Staates meinten. Ein Ministerialdirektor aus dem Landwirtschaftsministerium verwahrte sich gegen den Vorwurf, daß mit dem Gesetz sozialistische Tendenzen verknüpft seien. Diese lägen dem Landwirtschaftsminister, wie auch allen anderen Ministern, vollkommen fern. Darauf kommt es ja nun freilich gar nicht an sondern darauf, was im Gesetzentwurf enthalten ist. × In der Budgetkommission des Reichstags machte am 6. Mai beim Etat der allgemeinen Verwaltung der Staatssekretär des Reichsschatzamts Kühn die Mitteilung, daß die Vorarbeiten für ein Reichszigarettenmonopol im Gang seien. × Die Verstaatlichung der Zündholzfabrikation durch Einführung eines Reichszündholzmonopols verlangte ein dringendes Gesuch des Vereins deutscher Zündholzfabrikanten vom 9. Mai 1914 an den Reichstag. Durch die Zündholzsteuer sei die Zündholzindustrie in eine »entsetzliche Notlage« geraten, aus der das Staatsmonopol die Rettung bringen soll. × Im Jahr 1913 bestanden im Deutschen Reich den Reichskursbüchern zufolge 340 Kraftwagenlinien mit 4900 Kilometer, gegen nur 20 Linien mit 296 Kilometer im Jahr 1906. Wie viele Linien dem Staat oder anderen öffentlichen Körperschaften gehören, läßt sich aber

nicht erkennen. × Von sämtlichen Versicherungsanstalten und Sonderanstalten im Deutschen Reich wurden bis zum Schluß des Jahres 1913 insgesamt 482 637 581 Mark Darlehen zum Bau von Arbeiterwohnungen gewährt. × Das reine Vermögen des sächsischen Staats betrug in der Finanzperiode 1910-1911 fast eine Milliarde, genau 966 Millionen Mark, gegen nur 330 Millionen in der Finanzperiode 1874-1875. Da das gesamte sächsische Volksvermögen auf rund 30 Millionen geschätzt wird, beträgt also das Vermögen des Staats ein Dreißigstel des Gesamtbesitzes.

× **Literatur** ×

Die Frage der deutschen Beamten lautet der Titel eines recht aktuellen Buches von Dr. Hermann Fribolin, das als 27. Heft der Volkswirtschaftlichen Abhandlungen der badischen Hochschulen /Karlsruhe, Braun/ erschienen ist. Der Verfasser sucht unter anderm zu zeigen, auf welche Weise das Problem einer freiheitlichen Ausgestaltung der Beamtenrechtsverhältnisse einer praktischen Lösung nähergebracht werden könne. Dabei müsse beachtet werden, daß die ganze neuzeitliche Wirtschaftsentwicklung das Streben nach Verstaatlichung noch weiterer Gebiete des Wirtschaftslebens zeige, und daß demnach ein Stillstand in der weiteren Beamtenvermehrung nicht zu erreichen sei. Das Wesen der modernen Beamten sei jedoch grundverschieden von den *Staatsdienern* der frühern Zeit, und die Unterdrückung der individuellen Freiheit der Beamten sei heute sinnlos geworden. Die Regierungen hätten sicher keinen Schaden davon, wenn sie eine größere Persönlichkeitsentfaltung unter ihrer Beamtschaft begünstigten. Und schließlich habe nicht nur die Beamtschaft, sondern die ganze Nation ein Interesse daran, daß der Beamtenkörper den allgemeinen Kulturprinzipien untergeordnet und in sie hineingefügt werde; dann werde er all den an ihn gestellten Anforderungen willfähriger entgegenkommen und dadurch Wesentliches zum Vorteil der Gesamtheit beitragen können.

Frauenbewegung / Wally Zepler

Gewerkschaftliche Arbeit Auf dem Münchener Gewerkschaftskongreß sprach auch die Leiterin des Arbeiterinnensekretariats, Gertrud Hanna,

über die Erfolge der gewerkschaftlichen Organisierung der Frauen. Sie verwies auf die bekannte Tatsache, daß es bei den gänzlich anderen Lebensverhältnissen der weiblichen Arbeiter ungleich schwieriger ist diese der Organisation zuzuführen. In der Zeit, in der der junge Arbeiter sich der Gewerkschaft anzuschließen pflegt, nach dem 18. Lebensjahr, verlassen sehr viele Frauen schon wieder, wenn auch nur für eine Reihe von Jahren, die Berufstätigkeit. Treten sie später wieder ein, so wird oft eine andere Arbeit gewählt, so daß natürlich nicht das gleiche Interesse an der Gewerkschaft vorliegen kann wie beim Mann. Die internationalen Berichte bestätigen diese Erfahrung auch für andere Länder, wie das ja in der Natur der Sache liegt. Gertrud Hanna glaubt, wie ich kürzlich bei anderer Gelegenheit in dieser Rundschau (in diesem Band, pag. 702 ff.) berichtete, aus diesen Gründen auch nicht an eine Besserung der Lage der weiblichen Arbeiter durch die Bestrebungen des Verbands für handwerksmäßige Ausbildung der Frauen, hob aber ebenfalls hervor, daß durch Zulassung entsprechend befähigter Arbeiterinnen zu den höheren Arbeitsposten und durch fachgewerbliche Ausbildung in den dafür geeigneten Gewerben die Lage der weiblichen Arbeiter (die man mit Recht jetzt als die Kulis unter den Arbeitern bezeichne) sich wesentlich bessern würde. Es sei die Aufgabe der Gewerkschafter solche Bestrebungen zu unterstützen. Von besonderer Wichtigkeit für die weitere Organisierung der Arbeiterinnen sei die Heranbildung weiblicher Agitatoren und Organisatoren, da diese einen bedeutend stärkeren Einfluß auf ihre Kolleginnen üben als der Mann. Das Sekretariat bemühe sich diese Vorbildung (die in Berlin durch Übungsabende stattfindet) durch Materialversendungen, besonders über Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung, zu fördern.

Der Textilarbeiterverband verzeichnet in seinem Jahrbuch für 1913 für diesen frauenreichsten industriellen Beruf nun auch eine sehr erfreuliche Steigerung der Mitbeteiligung von Frauen an der gewerkschaftlichen Arbeit. Nach dem Ergebnis einer Umfrage wirkten dort in den Verwaltungsfamilien, den verschiedenen Kommissionen und in der Agitation 1913 bereits 1802 Gewerkschafterinnen, also eine sehr achtungswerte Anzahl. In den Frauenaquita-

tionskommissionen, die man überall gründet, sitzen 110 weibliche Mitglieder. An verschiedenen Orten sind Schulungsabende eingerichtet worden. Auch in anderen Gewerkschaften sind in letzter Zeit, seitdem man die Notwendigkeit lebhafter Agitation unter den Frauen mehr und mehr einsieht, rasche Erfolge errungen worden.

In dem Bericht über die internationale Gewerkschaftsbewegung für das Jahr 1912, der kürzlich durch Legien veröffentlicht worden ist, geben nur 6 Berichtsländer die Zahl der organisierten Arbeiterinnen an. Sie betrug für Deutschland 216 462 = 8,6 % der männlichen Organisierten, für Österreich 50 410 = 11,8 %, für die Schweiz 8487 = 9,8 %, für Ungarn 6508 = 5,8 %, für Holland 3652 = 5,9 % und für Bulgarien 198 = 5,3 %.

×
Internationale Organisation Bei der Generalversammlung des Internationalen Frauenbunds und dem

internationalen Frauenkongreß, die im Mai in Rom tagten, scheinen die Eindrücke der Teilnehmerinnen recht verschieden gewesen zu sein. Während einige Berichterstatterinnen die Sachlichkeit und den Wert fast aller Referate hervorheben, reden andere von einem »Kongreß der Rührseligkeit und Nächstenliebe«, von einem »Panoptikum der Frauenbewegung«, weil er, und oft in sehr zurückgebliebener Art, alle möglichen Themen durch einander behandelt habe, während man aus Rücksicht auf die hohen Gönner vermeiden wollte von radikalen Forderungen wie dem Frauenstimmrecht zu sprechen. Das geschah dann freilich doch. Im übrigen wurde tatsächlich über so ziemlich alles in der Welt diskutiert, was nur irgendeine Beziehung zum weiblichen Geschlecht haben konnte. Das Thema Beruf und Hauswirtschaft entfesselte sehr lebhaft Kundgebungen für und gegen die allgemeine Berufsausübung der Ehefrauen, ein mehr als naives Referat über die wirtschaftliche Wertschätzung der Hausfrauenarbeit rief starke Empörung wach. Als besonders sachkundig wird die Rede einer jungen Mailänder Juristin, Dr. Tarugi, über die Frau als Gemeinde- und Staatsbeamtin hervorgehoben. Sie forderte das Stimmrecht für die Frauen, die bereits die höchsten Funktionen im Staatsleben ausübten. Es wurden auf dem Kongreß eine Unzahl von Anträgen zu allen möglichen Fragen gestellt und die ver-

schiedensten Resolutionen und Beschlüsse gefaßt, von denen die meisten kaum großen praktischen Wert haben dürften. Unter anderm folgende: Die Nationalbunde sollen sich für die Anstellung von Schiffsmatronen zum Schutz für junge Mädchen einsetzen; der Frauenweltbund soll darauf hinzuwirken suchen, daß einheitliche internationale Bestimmungen für die Stellenvermittlung für Minderjährige geschaffen werden, daß internationale Vereinbarungen die Vollstreckbarkeit der Urteile in Alimentations- und ähnlichen Klagen auch in fremden Ländern garantieren, daß Auskunfts- und Informationsstellen für Auswanderer eingerichtet werden, um diese über die Lebensbedingungen der Auswanderungsländer zu unterrichten. Auf Veranlassung der amerikanischen Regierung hatte der amerikanische Frauenbund beantragt die Regierungen zur Einberufung einer Konferenz zur internationalen Regelung bestimmter Probleme anzuregen und in den verschiedenen Ländern Kommissionen zur Mitarbeit in der Fürsorge für deportierte Mädchen einzurichten. Die Macht des Bundes dürfte durchaus nicht für die Verwirklichung aller dieser Forderungen ausreichen. Der Zweck, den internationale Vereinigungen dieser Art überhaupt erfüllen könnten, liegt wohl, wie Gertrud Bäumer in einer Erörterung über den Kongreß meinte, hauptsächlich darin bei Fragen, bei denen Fraueninteressen berührt werden und für die eine Regelung in verschiedenen Ländern in Aussicht steht, durch Sammlung vergleichenden Materials und gemeinsame Propaganda eine gewisse Einwirkung zu üben. Dazu wäre freilich kaum dieser umständliche Apparat nötig; eine internationale Frauenarbeitskommission, in der nur sozialpolitisch sachverständige Frauen saßen, würde das selbe oder mehr erreichen.

×
Wahlrecht Über das Frauenstimmrecht wurde kürzlich in England wieder einmal verhandelt, und zwar im Oberhaus und auf den Antrag eines Oberhausmitglieds, Lord Selborne. Er hatte einen Gesetzentwurf eingebracht den Frauen, die das Gemeindewahlrecht haben, auch das politische Wahlrecht zu verleihen. Der Entwurf wurde zwar in 2. Lesung mit 104 gegen 60 Stimmen abgelehnt; aber sowohl der Antrag selbst wie vor allem die Art seiner Begründung durch

einige der hervorragendsten und einflußreichsten Mitglieder des Hauses bezeugen in erfreulichster Weise, daß der Gedanke des Frauenstimmrechts sich trotz der brutalen Torheiten der Suffragettes weiter Bahn bricht. Neben dem Antragsteller sprachen der Lordkanzler, Lord Morley, der Erzbischof von Canterbury und der Bischof von London für die Vorlage. Die hervorragendste Rede hielt Lord Courtney. Er beleuchtete die gewaltigen Fortschritte der Frauenbewegung in den letzten 50 Jahren und wies auf die ausgezeichneten Erfahrungen hin, die man allen Voraussagen entgegen mit der Beteiligung der Frauen im öffentlichen Leben, zum Beispiel auch in den Königlichen Kommissionen (wo ihre Zuziehung noch vor 40 Jahren als etwas Ungeheuerliches bekämpft wurde) gemacht habe. In einer weitem Rede wandte sich der Earl of Lytton gegen die Behauptung, daß die Mehrheit der Frauen das Wahlrecht nicht wünsche. Sämtliche beruflichen Organisationen der Frauen hätten sich für das Stimmrecht erklärt und agitierten dafür mit einem Eifer, wie man ihn kaum jemals in irgendeiner Männerbewegung gesehen habe. Zugunsten dieser Vorlage hätten sich 179 Stadt- und Gemeinderäte, 50 Gewerkschaftskartelle, 35 Gewerkschaften und der Gewerkschaftskongreß ausgesprochen; die ganze Arbeiterschaft des Landes stehe auf Seiten des Frauenwahlrechts.

Verschiedene liberale Mitglieder des Oberhauses, ebenso der Vertreter der Regierung stimmten wahrscheinlich nur aus Furcht vor einer Verstärkung des konservativen Einflusses gegen den Gesetzentwurf.

× **Kurze Chronik** Am 21. und 22. August findet in Wien die 3. internationale Konferenz sozialistischer Frauen- und Arbeiterinnenorganisationen statt. Neben dem Bericht der Sekretärin stehen der Kampf um das Frauenwahlrecht und gesetzlicher Schutz und soziale Fürsorge für Mutter und Kind auf der Tagesordnung. × Vor kurzem fand in Ancona die 2. sozialistische Frauenkonferenz Italiens statt. Die Organisation der Arbeiterinnen ist in Italien dem ganzen Stand der Bewegung entsprechend noch schwach, nur die Landarbeiter und -arbeiterinnen stellen eine relativ starke Gewerkschaft dar, sie zählen 140 000 Mitglieder. Die Konferenz beschloß beim

Partei Vorstand die Anstellung einer Redakteurin für das Arbeiterinnenblatt *Difesa delle Lavoratrici* und einer besoldeten Sekretärin für die Agitation und Organisation unter den Arbeiterinnen zu beantragen. Außerdem wurde der Parteitag aufgefordert dahin zu wirken, daß die sozialdemokratische Kammerfraktion für die Einführung des Frauen-, des Proportionalwahlrechts und der Listenwahl kämpft. × Der preußische Etat für 1914 sieht die Anstellung von 4 weiteren Gewerbeaufsichtsassistentinnen vor. Deren Zahl wurde damit auf 18 steigen. × Die Breslauer Kreissynode trat mit großer Mehrheit für die Verleihung des kirchlichen Wahlrechts an selbständige Frauen ein. × In England fungiert bereits eine Zahl von Staatsbeamtinnen auf hohen Posten mit bedeutenden Jahresgehältern, unter anderen im Local Government Board eine inspizierende Oberaufseherin mit 9000 Mark, ferner ein weiblicher Gefängnisinspektor mit 6- bis 8000 Mark, im Handelsministerium eine Frau zur Überwachung der Frauenindustrie mit 9000 Mark, ein oberster weiblicher Schulinspektor mit 13000 Mark. eine Anzahl von Ärztinnen im Gesundheitsamt mit 8- bis 12000 Mark Gehalt. Das neue Versicherungsgesetz hat neben anderen Posten für Frauen auch den des Frauenkommissars mit 20 000 Mark Gehalt geschaffen. × In New York wurde eine Frau, die schon 14 Jahre im Gefängniswesen arbeitet, an die Spitze des gesamten Gefängniswesens gestellt. Ihr unterstehen 2 Gefängnisse, die große Zahl der Arbeitshäuser und die Besserungsanstalten für Männer, zusammen über 5000 männliche und 700 weibliche Gefangene. × Ein weiblicher Astronom, Miß Cannon, wurde von der Königlichen Astronomischen Gesellschaft Großbritanniens zum Ehrenmitglied ernannt. × Eine junge Studentin Ursula Sater aus Düsseldorf, hat soeben den medizinischen Preis der Universität München für eine Arbeit erhalten, von der die Fakultät sagt, daß sie einen wertvollen Fortschritt für die medizinische Wissenschaft bedeute.

× **Literatur** Den Weg vom Ghetto ins Land der Verheißung schildert ein interessantes Memoirenwerk von Mary Antin, das in deutscher Übertragung bei Lutz in Stuttgart erschien. Es gehört zu den Büchern, die uns sachlich so viel Merkwürdiges sagen, daß uns der Verfasser dabei ganz

gleichgültig ist. Die Bedeutung der Persönlichkeit Mary Antins geht schwerlich über die eines begabten Durchschnittsmenschen hinaus. Aber ihre Geschichte ist die eines armen jüdischen Proletariates, das bis zu seinem 12. Lebensjahr in einem russischen Kleinstadtghetto herumgestoßen wurde, ohne Schulunterricht, ohne eine Ahnung freien menschlichen Lebens, ohne Heimat und Vaterland. Und die Geschichte ihrer Familie ist die der Hunderttausende jüdischer Emigrantenfamilien, die in den Slums amerikanischer Großstädte den härtesten Kampf ums tägliche Brot kämpfen müssen und dennoch Amerika als das Land der Verheißung und des Menschenglücks lieben, weil es ihrem wissensdürstigen Geist Nahrung gibt und auch seinen ärmsten Bürgern Recht und Freiheit bietet. Die Kindheitserlebnisse der Mary Antin enthalten nichts von besonders grausigen Begebenheiten; einen eigentlichen Pogrom hat sie nicht gesehen, nur der Schrecken davor zieht sich durch alle ihre Erinnerungen, aber vielleicht gerade deshalb legt sich um so bedrückender das ganze Elend dieses jammervoll unmenschlichen Daseins auf uns, das die Juden in Rußland leben müssen. Es ist rührend und tieferschmerzlich zugleich, wie Marys intelligenter Vater, der trotz alles Strebens und aller Arbeit sich selbst nicht mehr geistig aus dem Ghetto herausarbeiten kann, nun alle seine Träume und Hoffnungen darauf konzentriert, daß seine begabten Kinder lernen und wachsen sollen, wie die Eltern darben, um ihnen Zeit dazu zu lassen, und wie der Vater jeden Fortschritt der Tochter glückselig miterlebt: »Dieser Mann, der Kinder zur Schule wie zu einer feierlichen Einsegnung geleitete, der zur Lehrerin der untersten Klasse so voller Ehrfurcht aufblickte, der in einem ganz gewöhnlichen Klassenzimmer von Visionen sprach wie ein Prophet, dieser Mann glich nicht den anderen Fremden, die ihre Kinder brachten, weil das Gesetz es so befahl ... Miß Nixon [die Lehrerin], glaube ich, verstand, was meines Vaters bestes Englisch ihr nicht verraten konnte. Sie ahnte wohl, daß seine Abgabe unserer Aufnahmescheine an sie für ihn die Besitzergreifung Amerikas bedeutete.« Das Land, dessen demokratische Staatsverfassung und dessen gewaltig fortschreitendes Leben einen so ungeheuren Gegensatz zu dem faulenden russischen Staatsorganismus bildet, muß diese verfolgten Juden zu glühenden Bürgern gewinnen,

und so naiv Marys fanatische Begeisterung ist, als sie zum erstenmal in einem Lesebuch die Geschichte Washingtons liest, so lebendig kann man doch die Verehrung nachempfinden, die das empfängliche Kind für den Gründer ihres neuen Vaterlands fühlte. Erst sehr viel später sah, wie die Verfasserin erzählt, sie selbst und besonders ihr Vater auch die schlimmen Seiten des amerikanischen Lebens. Armut und Not waren sie ja neben allem andern auch in Rußland gewöhnt, und es ist einer der echtensten und schönsten Züge des jüdischen Geistes, daß geistige Freiheit und Bildungsmöglichkeiten ihm für alle materiellen Entbehrungen Ersatz zu bieten scheinen. Kulturpsychologisch interessant ist es, wie die Verfasserin trotz all ihres Stolzes auf ihr Amerikanertum doch in sich selber immer wieder das Blut und die Erbschaft ihrer jüdischen Ahnen fühlt, wie sie sich stets in ihrem Innern zweier Welten bewußt bleibt. Mehr als je werden jetzt die Menschen von den Fragen der Bedeutung des Blutes für die geschichtlichen Leistungen bewegt. Können wir wirklich wünschen, daß der Genius eines Volkes wie des jüdischen durch eine Anpassung, die der persönlichen Bequemlichkeit entgegenkommen mag, seine 3000jährige Existenz beschließen soll? × Über Liebe und Stimmrecht sprach Gabriele Reuter in einem Vortrag, den S. Fischer in Berlin herausgab. Schönes und Treffendes sagt sie darin über die Liebe. Wie sie für die meisten nichts weiter sei als eine Befriedigung ihres Machtgefühls, die Sehnsucht den Geliebten völlig und ungeteilt zum eigenen Besitz zu haben. »Das Machtgefühl einen schwer erlangenen Menschen sich untertan zu wissen, ihn von sich abhängig zu glauben, wird zum intensivsten, wildesten Glück. Man nennt es Liebesleidenschaft. Der Verlust dieses Machtgefühls gestaltet sich zu einer Rasei des Schmerzes. Eher sieht man das geliebte Objekt unter tausend seelischen Martern leiden, eher tötet man es mit eigener Hand, als es der Macht eines andern Menschen zu überlassen.« Und wie erst aus dieser primitiven selbstischen Form der Liebe die eigentliche hohe menschlich-göttliche Liebe hervorwächst, die »kaum etwas mit Besitz, Ehe, Liebschaften und anderen menschlichen Beziehungen gemein« hat. »Weil sie dieses Geschöpf liebt, wünscht sie nur, daß es sich in seiner Eigenart, nach den ... ihm innewohnenden Gesetzen entwickelt. Liebe will nur, daß das Geliebte

zu seiner höchsten Vollkommenheit ge-
 deihe, damit man es immer tiefer und
 glühender lieben könne, sich voll Ehr-
 furcht vor seiner innern oder äußern
 Schönheit ... neige«. Wenn der Mann
 die Frau mit dieser Liebe lieben werde,
 dann, so meint Gabriele Reuter, werde
 er bereit sein ihr das Stimmrecht zu
 geben; denn dann wird er nicht mehr
 fragen, was ihm und seiner Herrschaft
 dabei verloren gehen könne, sondern er
 wird sie nach ihren eigenen Wesensbe-
 dingungen sich entwickeln lassen. Zu
 dieser Entwicklung aber brauche sie
 heute das Wahlrecht. »Nicht um des
 Mannes noch um irgendeines Zweckes
 willen. Auch nicht um selber glücklicher
 zu werden. Nein, um des göttlichen Be-
 fehles willen, der in allem Lebendigen
 waltet: sich zu vervollkommen, zu
 immer höheren Daseinsformen vorzu-
 schreiten.« Über die Wirkungen, die das
 Frauenwahlrecht haben werde, stellt Ga-
 briele Reuter keine Thesen auf. Es kann
 sein, daß es die Menschheit fördert und
 veredelt; es kann sehr wohl auch sein,
 daß es die Hoffnungen der Frauen selbst
 enttäuscht. Die Frauen müssen es for-
 dern, weil es ihnen jetzt zu ihrer vol-
 len Menschwerdung notwendig ist. Mag
 es berechtigt und natürlich sein, daß im
 Lärm des Tages mit härteren Waffen ge-
 kämpft wird, so wird man doch mit
 Freude in Gabriele Reuters Worten die
 großen allgemeinen Ideen der Stimm-
 rechtsbewegung anklingen hören.

WISSENSCHAFT

Rechtswissenschaft / Leo Kullmann

Kaiserhoch Das Sitzenbleiben der so-
 zialdemokratischen Reichs-
 tagsfraktion beim Kaiser-
 hoch hat die Meinung entstehen las-
 sen, der Staatsanwalt könne und solle
 die Mitglieder der Fraktion wegen Ma-
 jestätsbeleidigung verfolgen. Jede Be-
 leidigung setzt aber begrifflich den Aus-
 druck persönlicher Mißachtung voraus.
 Von dem Vorliegen dieses Begriffsmerk-
 mals ist keine Rede. Die Demonstration,
 wenn man schon von einer solchen reden
 will, richtete sich, wie ihre Wortführer
 selbst erklärt haben, nicht gegen die Per-
 son des Kaisers. Durch die Strafgesetz-
 novelle vom 17. Februar 1908 sind für
 die Majestätsbeleidigung besonders enge
 Voraussetzungen aufgestellt. Sie erfor-
 dert namentlich im Gegensatz zur ge-
 wöhnlichen Beleidigung die Absicht
 der Ehrverletzung. Die Diskus-
 sion zeitigte noch weitere interessante

Rechtsfragen. Die in Ausübung des Be-
 rufs geschehenen »Äußerungen« von
 Reichstagsabgeordneten sind bekanntlich
 strafrechtlicher Verfolgung entzogen.
 Nun wird zwar der gewöhnliche Sprach-
 gebrauch in einem schweigenden Sitzen-
 bleiben keine Äußerung erblicken; den-
 noch wird der Artikel 30 der Reichs-
 verfassung allgemein in diesem ausdeh-
 nenden Sinn ausgelegt. Und mit Recht.
 Denn wenn schon eine aktive wörtliche
 Kundgebung schwer beschimpfender Na-
 tur eines Abgeordneten straflos bleibt,
 um wieviel mehr muß das von einem
 rein passiven Verhalten gelten. Endlich
 stritt man auch darüber, ob nicht die
 Immunität unserer Genossen im Augen-
 blick der Kundgebung infolge der be-
 endeten Verlesung der Schließungsorder
 aufgehört hatte. Man wird auch diese
 Frage verneinen müssen. Die Reichstags-
 mitglieder sind so lange in Ausübung
 ihres Berufs begriffen, als sie auf Grund
 ihrer Abgeordneteneigenschaft sich am
 Ort der gemeinsamen Tagung aufhalten.
 Auf Grund eingehender Erörterung aller
 dieser Streitfragen glaubt der Wirkliche
 Geheimrat Dr. Lucas (Wernigerode) in
 seinem Artikel Majestätsbeleidigung im
 Reichstag, in der Deutschen Juristen-
 zeitung, 1914, pag. 850, der Staatsanwalt-
 schaft eine Anklage nicht empfehlen zu
 sollen.

Spionage- gesetz

Das Reichsgesetz gegen den
 Verrat militärischer Ge-
 heimnisse vom 3. Juni 1914

ist in Kraft getreten. Es bedeutet in
 seinen drakonischen Bestimmungen einen
 Triumph der Abschreckungstheorie und
 gründet sich auf den (von einem dem
 Richterstand angehörigen Mitglied der
 Reichstagskommission als solchen be-
 zeichneten) Aberglauben an die general-
 prävenierende Kraft solcher Strafan-
 drohungen. Daß allerdings in den letzten
 Jahren die Fälle insbesondere der Spio-
 nage sich auffällig gehäuft haben, läßt
 sich angesichts der von der Regierung
 vorgelegten Statistik nicht bestreiten.
 Daß aber diese Steigerung etwa darauf
 zurückzuführen sei, daß die doch reich-
 lich strengen vom Reichsgericht ausge-
 sprochenen Strafen nicht hart genug
 gewesen seien, wird sich kaum annehmen
 lassen. Die schwerste Strafan drohung
 enthält der § 1, der gegenüber der Re-
 gierungsvorlage insofern gemildert ist,
 als Objekt des militärischen Verrats im
 allgemeinen nur geheimzuhaltende Gegen-
 stände sind, einfache Nachrichten aber

nur dann, wenn sie einer ausländischen Regierung zugänglich gemacht werden. Auf Verrat mit schwerem Schadenserfolg steht lebenslängliches Zuchthaus. Kann man hier die Strenge begreifen, so wird man wohl allgemein weniger Verständnis dafür haben, daß sogar demjenigen, der sich den Besitz von geheimen Gegenständen verschafft, ohne die Absicht sie zu einer die Sicherheit des Reichs gefährdenden Mitteilung zu machen, der also vielleicht aus wissenschaftlichem Interesse, schlimmstenfalls aus harmloser Neugier, gehandelt hat, Gefängnis bis zu 3 Jahren droht.

Abgesehen von den Strafverschärfungen bestehen die wichtigsten Neuerungen gegenüber dem bisherigen gleich betitelten Gesetz vom 7. Juli 1893 in folgendem: Weil nach der reichsgerichtlichen Rechtsprechung geheime Nachrichten nicht unter den Begriff der Gegenstände subsumiert werden dürfen, bedroht das neue Gesetz auch denjenigen mit schweren Strafen, der vorsätzlich Nachrichten, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung erforderlich ist, an eine ausländische Regierung oder deren Mittelsperson gelangen läßt. Erfreulich ist dabei nur, daß durch das tatkräftige Eingreifen unserer Fraktion insbesondere die Presse vor der Gefahr bewahrt wurde, die der Regierungsentwurf dadurch über sie heraufbeschwor, daß er mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu 3 Jahren denjenigen bedrohte, der solche ihm kraft Berufs zugängliche Nachrichten an die Öffentlichkeit gelangen läßt. Bedauerlich ist, daß nur der Geistliche von der Verpflichtung entbunden ist Anzeige zu machen, wenn er bei der Ausübung seines Amtes von einem verräterischen Vorhaben erfährt. Die Rechtsprechung wird vermutlich aus dieser Ausnahme den Schluß ziehen, daß Anwälte und Ärzte ungeachtet ihrer allgemeinen Verschwiegenheitspflicht sich strafbar machen, wenn sie ein ihnen beruflich anvertrautes verräterisches Vorhaben nicht zur Anzeige bringen. Nach dem neuen Gesetz ist schon das Anknüpfen von Beziehungen zu einer ausländischen Regierung, die Mitteilungen verbotener Art zum Gegenstand haben, strafbar. Man will damit die häufig gebrauchte Ausrede im Vorbereitungsstadium ertappter Personen abschneiden, sie hätten es nur auf materielle Vorteile abgesehen, die in Aussicht gestellten Mitteilungen aber in Wirklichkeit nie gemacht. Sehr gefährlich wird es in Zu-

kunft sein falsche Personalien im Gebiet militärischer Anlagen anzugeben, mag es auch aus harmlosen oder solchen Motiven geschehen, die mit Spionage usw. nichts zu tun haben. Denn wenn nur den Umständen nach anzunehmen ist, daß die falsche Angabe mit solchen Zwecken zusammenhängt, erfolgt schwere Strafe.

× **Konkurrenz-** Das Wettbewerbsverbot
klausel pflegt man kurz das Reichs-
gesetz vom 10. Juni 1914
über die Abänderung der Bestimmungen
des Handelsgesetzbuchs in §§ 74, 75 und
76 Absatz 1 zu bezeichnen, das, behaftet
mit allen Eigenschaften eines parlamen-
tarischen Kompromisses, am 1. Januar
1915 in Kraft treten wird. Es muß zu-
gegeben werden, daß für die Handlungs-
gehilfen manches erreicht ist, und daß
ihre Lage gegenüber dem bisherigen
Recht wesentlich verbessert erscheint,
wenn auch das absolute Konkurrenzver-
bot noch nicht erreicht ist. Immerhin
kann in Zukunft ein Handlungsgehilfe,
der jährlich nicht mehr als 1500 Mark
bekommt, nicht mehr mit einem Wett-
bewerbsverbot belastet werden, und da-
durch, daß der Prinzipal genötigt ist den
durch ein Wettbewerbsverbot behinderten
Gehilfen, sofern er weniger als 8000
Mark jährlich bezog, mit der Hälfte
der empfangenen Vergütung zu entschä-
digen, ist den frivolen Konkurrenzklau-
seln ein Riegel vorgeschoben, die, man
mag sagen, was man will, die überwie-
gende Mehrzahl solcher Vereinbarungen
bildeten. In einer Beziehung (und hier
tritt der Kompromißcharakter der No-
velle am bedauerlichsten in die Erschei-
nung) enthält der neue Rechtszustand
eine Verschlimmerung der Lage der
Handlungsgehilfen. Während bisher bei
Vereinbarung einer Konventionalstrafe
für den Fall der Verbotsverletzung der
Prinzipal nur die Vertragsstrafe verlan-
gen durfte, ein Anspruch, der bei der
regelmäßigen Zahlungsunfähigkeit des
Gehilfen illusorisch zu sein pflegte, kann
nach der Novelle der Prinzipal die Er-
füllung des Versprechens und ein Urteil
verlangen, wodurch dem Gehilfen die
Fortsetzung der verbotenen Tätigkeit
untersagt wird, und er kann dieses Ur-
teil sogar durch Haftstrafen vollstrecken
lassen, ein Rechtszustand, der sich mit
den Anschauungen moderner Sozialpoli-
tik nicht mehr verträgt.

Wer sich aus bester wissenschaftlicher
Quelle über die Tragweite der neuen
Bestimmungen unterrichten will, der

lese die gründliche Abhandlung des berühmten Handelsgesetzbuchkommentators Rechtsanwalt Dr. Max Hachenburg in Mannheim in der Sammlung Deutsche Gesetze /Mannheim, Bensheimer/: Handelsgesetzbuch, Einleitung, pag. 42 ff.

× **Theatergesetz** Der vielbesprochene Schöffenrichtersprozeß, der die Pascha- und Haremwirtschaft am Münchener Volkstheater aufdeckte, lehrt, wie nötig es ist, daß sich die Gesetzgebung mit der zivilrechtlichen Regelung der Verhältnisse der Bühnengestellten befaßt. Eine wertvolle Vorarbeit hierzu bringt das Gutachten des Professors Otto Opet in Kiel über die Frage »Empfehlen sich privatrechtliche Sondervorschriften für den Anstellungsvertrag der Bühnengestellten?«, das dem diesjährigen Deutschen Juristentag vorgelegt wird. Das 66 Seiten umfassende Gutachten (in den Verhandlungen des 32. Deutschen Juristentags /Berlin, Guttag/) gelangt zu einer gründlich motivierten Bejahung der gestellten Frage. Eine Aufzählung der einzelnen Fragen zeigt deutlich, daß auf diesem Gebiet eine individuelle rechtliche Behandlung am Platz ist. Dienstleistungsverhinderung, Ordnungsstrafen, Zwangsurlaub, Vorproben, Kostümbeschaffung (!), Reisekosten, Vorteilsvorstellung (sogenannte Benefize), feste Zahlungstermine, Gefährdung bei der Dienstleistung, Gastspielurlaub, Konkurrenzverbot, Beschäftigungsrecht, Kündigungsfristen, Kündigungsgründe, Eheschließung der Bühnenkünstlerinnen, Probemonat, Vertragsverlängerung, Gastspiel mit unterlegtem Engagement: diese Punkte aufzählen heißt schon die Notwendigkeit ihrer gesetzlichen Regelung zur Hintanhaltung ausbeuterischer Willkür der Bühnenunternehmer beweisen.

× **Kurze Chronik** In der Zeit vom 10. bis zum 12. September findet in Düsseldorf der 32. Deutsche Juristentag statt. × Auf dem preußischen Richtertag in Bielefeld am 1. Juni referierte der Landgerichtsdirektor Freytag (Torgau) über die Vereinfachung des Geschäftsgangs bei den Justizbehörden nach innen und außen; der Amtsgerichtsrat a. D. Professor Bornhak (Berlin) empfahl die Betätigung des Richters im öffentlichen und wirtschaftlichen Leben. × Vom 2. bis zum 4. Juni fand in Kassel ein Militärjuristentag statt. Ein Referat des Rechtsanwalts Rommel (Kassel) stellte

die Behandlung des Verteidigers vor den Militärgerichten in vorbildlichen Gegensatz zu der vor den Zivilgerichten.

Die Besoldungsvorlage im Reichstag zeitigte die verfassungsrechtliche Streitfrage, ob man nicht ein Stück dieser Vorlage in Form einer Gehaltszulage für die Landbriefträger in den Etat aufnehmen solle und könne. Die Mehrheit entschied sich dagegen. Die Staatsanwaltschaft Bayreuth erhob gegen den politischen Redakteur der Frankischen Volkstribüne, Genossen Puchta, Anklage wegen eines auf Zabern sich beziehenden Artikels aus einer vom Genossen Hacke verantwortlich gezeichneten Rubrik. Gegen dieses originelle mit § 7 Absatz 2 des Preßgesetzes in Widerspruch stehende Verfahren legte der Landesverband der bayrischen Presse beim Justizministerium Protest ein. In Frankreich wurden in der Zeit von 1906 bis 1911 von 196 zum Tode Verurteilten 32 hingerichtet. Während des gleichen Zeitraums wurden in Preußen von 215 Todesurteilen 98 vollstreckt.

× Der Verein deutscher Strafanstaltsbeamten hielt vom 26. bis zum 28. Mai seine 17. Versammlung in Hamburg ab. Den einzigen Beratungsgegenstand bildeten die Vorschläge zu einem Reichsgesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafen und sichernde Maßnahmen, die von einer Kommission ausgearbeitet worden waren. × Der Deutsche Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums, der vom 24. bis zum 29. Mai in Augsburg tagte, lehnte die Einführung eines Erfinderrechts (Angestelltenenerfindung) ab, trat folgerichtig für Anerkennung des Erfinderrechts der Betriebsinhaber an den Betriebsfindungen ein, konzidierte dem dienstlichen Einzelerfinder ein Recht auf Nennung seines Namens, lehnte aber die Frage der Vergütung als nicht in das Patentgesetz gehörig ab. × Die Vereinigung der Anwaltskammervorstände tagte am 21. Juni in Frankfurt am Main und beschloß unter anderem: Den Bestrebungen der Anwaltsgehilfenverbände nach gesetzlicher Regelung der Beziehungen der Angestellten zu den Rechtsanwälten ist nicht entgegenzutreten; die reichsgerichtliche Aufstellung eines Gehaltstarifs ist jedoch abzulehnen.

× **Literatur** In der Reihe der bei Teubner in Leipzig erscheinenden Vorträge der Geheinstiftung zu Dresden erschien als 2. Heft

des 6. Bandes die Arbeit Die Gewohnheitsverbrecher im künftigen Strafrecht von Professor Dr. Allfeld (Erlangen). Der bedeutende Kriminalist, in weitesten Kreisen als Mitverfasser des Meyer-Allfeldschen Strafrechtslehrbuchs bekannt, verlangt hier zwecks wirksamerer Bekämpfung des Verbrechertums besondere Maßregeln gegen »alle diejenigen, welche durch die begangene strafbare Handlung in Verbindung mit ihrem Vorleben oder durch die Häufung einer größeren Anzahl strafbarer Handlungen auch ohne Rücksicht auf ihr Vorleben bekundet haben, daß ihr strafbares Verhalten aus einer zur Begehung von Verbrechen neigenden Gesinnung hervorgegangen ist, und daß sie für die Sicherheit der Gesellschaft gefährlich sind, insbesondere diejenigen Personen, die bei Begehung ihrer Tat gewerbsmäßig gehandelt haben«. Man beachte, daß auf die Tatsache des Rückfalls kein entscheidendes Gewicht gelegt wird. Der Rückfall braucht nicht auf verbrecherischer Gesinnung zu beruhen, wiederholt auftretende starke Motive (chronische Not) erklären ihn vielfach. Dies Kriterium versagt aber auch insbesondere bei denjenigen, die beispielsweise bei ihrem 5. Verbrechen das erstmal erlappt werden. Auch die Gewohnheitsmäßigkeit erweist sich bei näherer Prüfung als unbrauchbares Unterscheidungsmerkmal. Dem so gewordenen Verbrecher gegenüber schreckt Allfeld nun nicht vor den allerempfindlichsten Sicherheitsmaßregeln zurück, wenn nötig auch nicht vor lebenslänglicher Freiheitsentziehung. Zum Schluß streift er die Frage, wie der Staat es verhindern soll, daß seine Untertanen zu Verbrechern werden. »Jugendfürsorge in ihren verschiedensten Formen, Kampf gegen den Alkohol, Armenpflege, Hilfe gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit, Sorge für Bildung und sittliche Hebung des Volkes: diese und andere Gebiete treten uns vor Augen, wenn wir an die Unterdrückung der Keime des Verbrechens denken.« Man wird dem durchaus beistimmen, wenn es auch auf die Fragen der Kriminalpolitik noch nicht die Antwort gibt, die aus dem Sozialismus folgt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Österreicher Viele unserer jungen Schriftsteller verfallen einer häßlichen Mode. Weil es um sie zittert von der Erkenntnis,

daß es im modernen Romanetriebe sehr hausbacken zugeht, daß die Erfindung des unterhaltenden Erzählers lahm und dürftig ist, wollen sie die alten Wege verlassen. Sie wollen aber nur, und sie denken sich die Menschen aus, denen alles gotteserbärmliche Gespensterhafte passiert. Das wäre kein Laster, und auch wäre nicht zu tadeln, daß die Kraft des Gespenstischen in der Romanperson nicht äußerlich verwüstend wirkt, daß alles Geistererlebnis im Gemüt des Menschen selber angesiedelt wird. So sind also die Gespenster nur Visionen, Einbildungen eines übernatürlichen Gehirns. Paul Leppin, der nach solchen geklärten, von gutem Geschmack eingegebenen Grundsätzen einen Prager Gespensterroman schrieb und ihn Severins Gang in die Finsternis nannte /München, Delphinverlag/, hat indessen doch nicht das eigentliche Talent zu solcher Art Schriftstellerei. Er ist, wie er das schon früher gezeigt hat, ein Aufbaucher. Als er das Büchlein von der Dirne schrieb, die trotz des Schachers mit ihrem Leib so etwas wie eine Erlöserin bleiben durfte, da war nicht die philanthropische Idee in seiner Geschichte lobenswert, da war nur die Schilderung von allerhand Kleinkram des banalen Lebens talentvoll. Dies einzige und doch nicht zu verachtende Talent hat Leppin zu einem schrulligen Symbolismus gebraucht, welche Sünde er auch jetzt beging. Sein Severin, der ein moralisierender Lüstling, ein unsittlicher Moralist, ein gewissenhafter Verführer und doch ein unter seinem Gewissen eben arg leidender Lump ist, wäre interessant, sogar menschlich bedeutend, wenn Leppin ihn nicht in eine entsetzliche Höhe der Ästhetik hinaufheben wollte. Da wird er rhapsodisch besungen, anstatt sachlich und bedächtig analysiert zu werden. Ein verstiegener Stil. Und das ist schade, weil Leppin für seltene Menschen doch ein scharfes Auge besitzt. Nicht die Welt, die Leppin schreibt, ist schrecklich, die Art, in der er davon schreibt, ist es, diese Art dort ein Geheimnis zu suchen, wo nur die dürftigste Realistik gerechtfertigt wäre.

Ein Anfänger, gar nicht einmal ein ungeschickter, Egon Erwin Kisch, wählt die gleiche Prager Welt wie Leppin. Der Mädchenhirt heißt sein Roman /Berlin, Reiß/. Nur ist Kisch kein Mystiker sondern ein Soziologe, einer, der Statistiken über Prostitution gelesen, der gehört, vielleicht auch beobachtet hat, daß Zuhälter gewöhnlich sehr sen-

timentale Menschen sind mit einer verborgenen Träumerei. Wohl, sie zeigen sich meistens brutal, sogar bereit mit dem Messer zuzustoßen, einem Feind oder der Geliebten die Gurgel abzudrücken. Aber sie tun dies alles, wenn sie es nicht aus angeborener Entartung tun, weil sie einen kindischen Hang zur Nichtstuererei, zur süßen Grübelei, zur schläfrigen Lyrik im Leben besitzen, weil sie weibisch sind, trotz ihrer scheinbaren Wildheit, weil sie faule, träumende Hunde, luxusliebende Lüstlinge sind. Jeder von ihnen scheint so eine romantische Lebensgeschichte zu haben, die ihn zu seinem ekelhaften Beruf formte. Kisch' Mädchenhirt wurde zum Beispiel von einem Millionär und einer dirnenhaften Schiffersfrau gezeugt. Dieser aus Proletarier- und Aristokratenblut gemischte Junge zieht nun die Mädchen heftig an. Er ist zu üppig, als daß er was Ordentliches lernt, sich arbeitsmutig in das Leben hineinstellt. Ihm fallen auch die Mädchen zu. Er liefert sie in ein Rendezvoushaus. Er ist der Zuhälter von Temperament, durch Schicksalsbestimmung und Neigung. Doch es bleibt in ihm der Herrenhang, der verkrachte Grandseigneur, der verluderte Moralist. Er treibt das alles nur, weil er sich einbildet so auf die Höhe der schönen Menschlichkeit zu kommen. Und als ihm ein Licht aufgeht über seine Verworfenheit, Nutzlosigkeit und Schuld, schwört er Rache. An seinem Vater will er Mord begehen, an diesem Mann, der sich eine Frau von seinem Blut und nicht eine Proletarierin hätte für seine Lust wählen sollen. Der Zuhälter wird von der Wut des Mischlings auf die Rassenreinen gepackt. Es ist auch ein Stück von seinem Schicksal, daß er nicht den Gehäßten morden darf, daß er sich selber aufknüpft.

Ein vorzüglicher Plauderer, ein geschulter Ironiker für seitwärts liegende Sächelchen der Gesellschaft kann vollkommen ratlos sein, wenn er des breiten seine Erfahrungen darbieten soll. Das zeigt uns wieder der Roman des Wieners Richard A. Bermann *Das Seil* /Berlin, S. Fischer/. Diese Ehegeschichte zwischen einem christlichen Romanisten und einer jüdischen Kollegin, die in einem Universitätsseminar beginnt, die in die Berge hineinwandert und mit Treuspruch und herrlichem Geständnis im italischtiroloischen Schloßgarten endet, hat sehr lebenswürdige Feuilletonpartien. Daß ein Seil der Bergsteiger, das Mann und Frau ver-

knüpft, die Gedanken einkreisen kann, ist auch ein artiges Symbol. Doch ist das Buch ein Willensakt, kein Herzensakt, ein geistreiches, ein fast immer geschmackvolles Buch, nicht gerade ein Roman.

Bermanns Landsmännin L. Andro ist so organisiert, daß ihre ironischen Gedanken auch vor der sorgfältigen Prüfung standhalten. Auch sie will, wie das so viele Wiener wollen, vom Leben nicht die ganze Wahrheit sondern nur eine witzige Zuspitzung. Sie ist geschickt im Erzählen einer Schnurre oder einer Anekdote. Schon Grillparzer und Halm sind solche Novellentenerzähler, solche Nachahmer der kurzen, auf eine Pointe angesammelten Skizze. Und hundert Österreicher haben das nachgeahmt. Sie, Altenberg oder Auernheimer oder Bahr oder Salten, Saar, selbst Rilke, sie, die so verschieden sind, sie sind doch keine eigentlichen Epiker, sondern nur Anekdotenerzähler. L. Andro gehört zu ihnen. Ihre Novelle *Die Liebenden* Berlin, S. Fischer/, die für das ganze Buch den Titel gibt, zerlegt sich so in zahlreiche Bildlein. Nach einer Grundidee. Der egoistische, der die Liebe eigensinnig, fast verächtlich und hochmütig hinnehmende Mann ist das Schicksal der Frau. Mag die Frau auch leiden, sich entsetzlich quälen und bis zum Tod den Eigensinn des Mannes empfinden, sie unterwirft sich doch all dieser Untreue, dieser unbesorgten Grausamkeit und diesem nicht zu zähmenden Hochmut des Mannes, den sie liebt. Diese mit hübschen Glossen, gescheuter Beredsamkeit und dialektischer Konversation ausgestattete Novelle ist viel stärker als die anderen füllenden Stücke. Ein Vitriolattentat und Selbstmord eines Jünglings um eine alternde Primadonna, das sind aber nur *vermischte* Zeitungsnotizen, die ein Feuilletonist ein wenig, wenn auch mit Anmut, ausgesponnen hat.

× Neuauflagen Die Literaturhistoriker unserer Tage, die sich nicht in enge Studierstuben einschließen, haben von den modernen Dichtern und guten Stilisten gelernt. Sie schreiben nicht die plastische, in allen Fibern der Seele nachzitternde Sprache. Sie bemühen sich aber wenigstens die Wahrheit nicht zu vergessen, daß Dichtungen die Werke eines Menschen sind. Die Biographie und die Erklärung vom Werk eines solchen Menschen, das darf also nicht die Chronik von versteinerten Fossilien oder ähnliche

Geologie sein. Um Justinus Kern er den Deutschen wieder ins Gedächtnis zu rufen, mußte sogar ein sehr unterrichteter Literaturpsycholog wirken. Raimund Pissin besitzt diese Eigenschaften und dazu keinen zu abgebrauchten Stil; er besitzt außerdem Gelehrsamkeit in den okkulten Dingen, die ja ein beträchtliches Teil der Kernerschen Schriftstellerei ausmachen. Die 6bändige Kernerausgabe der unermüdlich fortschreitenden vorzüglichen Goldenen Klassikerbibliothek /Berlin, Bong/ enthält die Gedichte des schwäbischen Romantikers, der nicht seine Freunde Lenau und Uhland erreichte, der sich lyrisch meist etwas unbeholfen ausdrückte, der jedoch vor ihnen allen einen Vorzug hatte: eine ungeheure Kenntnis des Menschen, der Natur und sogar der Übernatur. Dieser Pfleger und Arzt einer einfältigen Visionärin ist dabei ein merkwürdig gesunder Mann gewesen, einer, der mit äußerster Sachkenntnis von der Diätetik des Magens gehandelt hat. Und es ist beinahe eine tröstende Erkenntnis, zu der auch Pissins Analysen verhelfen, daß Kerner fleißig die Gebiete des Irdischen vom Überirdischen trennte. Er war im Grunde kein gläubiger Mystiker wie etwa Brentano. Er war der Mediziner auch vor den Wundern der Frederike Haase, der Seherin von Prevorst. Er steht jenen Betrachtern aus der modernen Schule des Franzosen Binet-Sanglé sehr nahe, die im Leben des Herrn und Heiland Jesu Christi eine großartige Geisteskrankheit und im Schaffen der heiligen Theresia von Jesu eine wunderbare Hysterie sehen.

Stephan Hock, ein Wiener Gelehrter, besorgte der gleichen Bibliothek eine 16bändige Grillparzer Ausgabe. Wirklich, so viel Emsigkeit ist selten von einer gutgeleiteten Firma entfaltet worden, damit die besten Bücher deutscher Vergangenheit ins deutsche Volk gelangen. Auch Hock kann nicht mehr verschweigen, daß im Leben Grillparzers die seelischen Verwirrungen höchst bedeutungsvoll sind. Er redet den Psychiatern sogar das Wort von der sexuellen Neurasthenie nach. Früher wurde auch Grillparzer zu einem blöden Helden der verlogenen Dichterbiographien mißbraucht. Der popularisierende Schriftsteller wagt also eine derartige Verdrehung nicht mehr. Die Sorgfalt in allem Textlichen, die beinahe zu freigebige Veröffentlichung aller Fragmente, Notizen und Jugendstücke, das ist ja

selbstverständlich bei diesen Bong'schen Ausgaben. Aber auch die Briefe fehlen nicht, die wichtigen Dokumente zur Beamten-geschichte Grillparzers, und endlich jene Episteln, mit denen der Dichter meist seine Liebe zur Kathi Fröhlich zu verstecken suchte.

Der Jüdische Verlag in Berlin gab in deutscher Sprache ein Buch heraus, das die Osterlegenden und -geschichten der Juden vereinigt. Dieses Peßachbuch trägt (nach einem, jedem altjüdisch Erzogenen vertrauten parabolischen Gedicht der Haggadah) den Titel Chad Gadja. Alte hebräische Titelblätter und Textillustrationen altdeutschjüdischer Künstler wurden von Hugo Herrmann in diese Sammlung mitaufgenommen. Dann folgt eine Reihe ethnographischer und poetischer Betrachtungen über das jüdische Osterfest. Es ist ein vortreffliches Buch, wengleich die literarischen Beiträge von sehr ungleichem Wert sind. Zu tadeln ist die Wiedergabe der in den Erzählungen vorkommenden hebräischen Worte in sephardischer Aussprache; das ist in diesem Fall ganz unangebracht: denn die Menschen, von denen hier erzählt wird, sprachen aschkenasisch, die fremde Aussprache wirkt also nur als unkünstlerische Ziererei. Bei einer Neuauflage kann dieser Schönheitsfehler wohl leicht beseitigt werden.

×

KurzeChronik Der Raimundpreis für österreichische Dramatiker ist an Arthur Schnitzler und Rudolf Holzer verteilt worden.

×

Das Interesse für die jüdische moderne Dichtung, für die Welt des Ghetto und die Unzerstörbarkeit der Juden in Europa und den neuen Erdteilen ist im Wachsen. Der vielseitige Verlag Georg Müller in München gibt ein neues Sammelwerk von Novellen und Skizzen aus dieser Welt heraus. Es wurden hochdeutsch schreibende Dichter berücksichtigt, wie Hermann Blumenthal und Poritzky. Zangwill, der Engländer, wurde nicht vergessen. Vor allem aber wurden die zahlreichen jiddischen Schriftsteller in die Sammlung aufgenommen, für die Artur Landsberger verantwortlich zeichnet. Das Ghetto-buch ist so eine sehr charakteristische Arbeit geworden. Die Literaturforschung hat sich dieser jiddischen Schriftsteller ja schon angenommen, und seitdem Pines die Geschichte dieser Poetengesellschaft verfaßt hat, fehlen die biographischen und bibliographischen Daten nicht mehr. Landsberger bringt das Belehrendste zum

Verständnis des Buchs. × Schalom Asch gehört zu den Ghetto-dichtern, und sein in Westeuropa gesicherter Name war wohl der Anlaß, daß seine Kleinen Geschichten aus der Bibel, eine Nacherzählung biblischer Geschichten für Kinder, sehr sauber gedruckt vom Jüdischen Verlag in Berlin herausgegeben wurden. × 100 Gedichte Karl Henckells wurden gesammelt und von dem Leipziger Verlag Hesse & Becker auf den Markt gebracht. Die Sammlung wird hoffentlich dazu beitragen dem jetzt 50jährigen Dichter die Popularität zu geben, die er wahrlich verdient. × Gleichem Zweck soll eine Anthologie für Max Dauthendey dienen: Ausgewählte Lieder aus 7 Büchern /München, Langen/.

×
Literatur Ein dichtender Gelehrter und ein sehr belesener Historiker stehen im Kampf,

um den Deutschen zu sagen, welcher Poet am ehesten alles Dasein der heutigen Zeitseele ausdrückt. Aber beide nehmen die Streiterstellung ein, heben ihren Herold mächtig in die Höhe, schicken ihren Heiland gegen alle übrigen aus. Sie schwören auf verschiedene Namen, sie geben jedoch ihren Helden die gleichen Titel. Friedrich Gundolf handelt von Stefan George in unserer Zeit /Heidelberg, Weiß/, die Dichtung Richard Dehmels als Ausdruck der Zeitseele durchforscht Kurt Kunze /Leipzig, Voigtländer/. Die Schüler Karl Lamprechts, die zur Umschreibung geistiger Dinge zuweilen einen Ausdruck der Mathematik entleihen, bezeichnen einen hervorragenden, vorwärtsdrängenden Intellekt gern als einen Exponenten seiner Zeit. Sie wollen mit dieser, nicht gerade schönen Metapher die Quelle und Leuchtkraft, die vieles zusammenfassende und wieder zurückstrahlende Gehirnenergie des Menschen symbolisieren. Und ihre Methode diese Kräfte im geistigen Menschen aufzusuchen ist ja auch eine Nachahmung der Arbeit des Statistikers oder des Experimentators am Mikroskop. Nun muß ihnen zugegeben werden, daß sie mit dieser Methode manchmal sehr Aufklärendes erreichen. Wenn Kunze den Wortschatz Richard Dehmels zählt, ihn an dem anderer Dichter mißt, wenn er die Worte für akustische Dinge und ebenso die für optische sorgfältig berechnet, so lohnt sich die trockene Emsigkeit wohl. Führt sie doch die Unbewußtheit des Dichters in das klärende Bewußtsein des

Forschers hinein, sagt sie ihm doch von der Geistesstruktur des Dichters manches Verborgene. Nur ist die Frage peinlich, aber notwendig, ob über die schwersten Probleme, über das eigentliche Schöpfungsmysterium auf solchem Weg eine Einsicht zu gewinnen ist. Und bei dieser, ein Prinzip der literaturwissenschaftlichen Forschung angehenden Frage ist nur die allergrößte Zurückhaltung gerechtfertigt. Denn der Untersuchende, der sich so gewissenhaft, so genau, so bewehrt gegen alle Irrtümer vorkommt, weil er auf ein sehr schwebendes Geistesgebiet, auf eine sehr lockere, aus greifbaren und ätherischen Elementen vermengte Arbeit die Methode der Naturwissenschaften anwendet, irrt sich ganz gründlich. Wenn er zum Beispiel in Dehmel das Typische der sogenannten Reizsamkeit, der von Lamprecht erfundenen, aber mit einem scheußlichen Wort getauften modernen Sinnenrichtung feststellt, dann verliert er sich nur in allerhand gewaltsame Ausdeutungen. Er redet da von »umkippenden Tönen« oder von »erlösten Rhythmen«, und er meint damit formale Entgleisungen, vor der Ästhetik nicht zu rechtfertigende Ungeschicklichkeiten oder Nachlässigkeiten des Stils, nicht nötige Untermischung getragener Poesie mit einem burschikosen Zwischenruf oder einem der Gassenhauerei verwandten Reim. Man weiß ja, daß Dehmel so etwas ab und zu sündigt. Da aber eine auch nur oberflächliche Erinnerung zeigt, daß schon die Romantiker, daß ebenso die Jungdeutschen, daß auch die Stürmer und Dränger, daß sogar Jean Paul, und weiß der Teufel wer noch, solche nicht sehr kostbare Spielerei manchmal beliebten, so zeigt sich aus dieser oberflächlichen Erinnerung schon das künstlich Übertriebene solcher Charakteristik, die gefährliche Hast unsichere Analogieen aufzustellen. Vielleicht unterscheidet sich der trockene Kunstbetrachter gerade darin vom lebendigen und frischen, daß der trockene immer nur das Verwelkte der Menschheit, den abgezogenen Saft, das Abstrakte, das Ideal im Dichter wittert, während der vom Kunstwerk unmittelbar genährte Betrachter gar nicht nach so allgemeinen Sachen und Sätzen fragt, während er sich von dem unmittelbar Persönlichen, von dem unmittelbar abgelesenen Puls des Dichters bannen läßt. Der aufs Abstrakte gerichtete Kurt Kunze meint also den

Dichter als Freund und Sammler der Zeit. × Gundolf meint seinen Dichter als Gegner der Zeit. Und wenn er dann eine Psychologie Stefan Georges schreibt, um für ihn zu werben, dann zeichnet er vor allem das ganz Subjektive, die Augen des Dichters, die absichtlich von der Welt fortblicken. Von dem Allgemeinen, das Gundolf sagt, sind die Bemerkungen über das Wort und seine schöpferische Kraft gut und besonders richtig. Wie überhaupt das Positive der Schrift. Überflüssig ist die negative Kritik, die nur Verständnislosigkeit gegenüber andersartiger Größe zeigt. Kunze freut sich über den von der Welt belehrten Dichter, Gundolf rühmt den nicht zu belehrenden, den von der Welt abgekehrten Dichter. Gundolf kann sich diese ganze Auseinandersetzung mit den modernen Gedanken und Gefühlen ersparen. Streiten mit ihm, ob er nun alle Gaben Georges richtig abwägt, ist gar nicht notwendig. Nur sein geistiges Verhalten vor dem Phänomen des Dichters sollte charakterisiert werden, dieses Verhalten, das bestimmt zur Dichterseele schneller hinführt als die Umwege des klugen, aber zu zaghaften, durch die Gelehrsamkeit zu arg gefesselten Forschers. × Heinrich Maria Schaub hat bei J. & W. Boisserée in Köln eine Feste auf Gerhart Hauptmann sehr hübsch drucken und binden lassen. Wir haben jetzt mancherorts die törichte Mode den größten lebenden Dichter deutscher Zunge herunterzureißen oder mit unziemlichen Redensarten zu bewerfen. Daher sei dieser Vortrag wegen seiner Gesinnung gelobt, wengleich er weit entfernt ist das ganze Wesen Hauptmanns zu umfassen. × Erich Petzet bemüht sich in einem Buch über Paul Heyse /Leipzig, Hesse & Becker/ alles Gute seiner Lyrik zu entdecken. × Die deutschen Bühnenschriftsteller bringen ein Jahrbuch Die Rampe /Berlin, Baum/. × Der Verlag Fleischel gibt eine neue Zeitschrift heraus, betitelt Der Buchführer. In zwanglos erscheinenden Heften sollen die Leser durch die Masse der Bücher zum Guten geführt werden.

KULTUR

Kunstgewerbe / Paul Westheim

Buchgewerbe-Es ist unmöglich im Rahmen dieser Rundschau einem Riesenunternehmen wie der Leipziger Buchgewerbeausstellung

lung vollauf gerecht zu werden. Sie bietet unendlich viel, unendlich viel auch des Guten und Interessanten, das nur aufzuzählen schon über den Raum hinausginge, der hier zur Verfügung steht. Es sollen daher nur ein paar prinzipielle Anmerkungen gemacht werden, die sich beim Pilgern durch diese endlosen Hallen ergeben.

Der Ehrgeiz der Leipziger war von ihrem Buchgewerbe aus eine große, eine beispiellos große Spezialausstellung zu machen. Das Streben nach Größe ist gewiß ein Moment, das Sympathien erweckt, wenn es sich um die Größe der Anschaulichkeit, um die Größe der Bildungs- und Belehrungsmöglichkeiten handelt. Anders aber, wenn diese Größe sich in erster Linie auf die Zahl der gegen Standgeld vermieteten Quadratmeter erstreckt. Das aber ist einer der entscheidenden Eindrücke in den Hallen der Leipziger Ausstellung. Es ist klar, daß eine derartige Veranstaltung, wie die Verhältnisse heute liegen, ein großkapitalistisches Unternehmen ist, das mit Millionen Umsätzen zu rechnen hat, und das diese Millionen auf jede Weise hereinzubringen versuchen muß. Das darf uns aber nicht hindern in einer Ausstellung etwas mehr zu suchen als ein lukratives Geschäftsunternehmen, das für die betreffende Stadt die erstrebte Nebenwirkung hat eine große Fremdenverkehrsattraktion zu sein. Ich bin der Meinung, daß vor allem Ausstellungen von dieser Größe, die von öffentlichen Körperschaften so unterstützt werden, einer Idee zu dienen haben. Sie sollen Mittel der Volksbildung und Volksaufklärung sein, sollen Probleme stellen und neue Fragenreihen anschneiden. Die Hygieneausstellung in Dresden war ein Unternehmen dieser Art. Von ihr sind weit über den Sommer hinaus, in dem sie zu besichtigen war, mächtige Impulse ausgegangen, und daß sie bei alledem auch materiell glänzend abgeschnitten hat, weiß man aus dem großen Überschuß, durch den in Dresden jetzt der Bau eines Hygienemuseums möglich geworden ist. Die vorjährige Leipziger Baufachausstellung, die dagegen, wie jetzt bekannt wird, mit einem Defizit von einer halben Million abgeschlossen hat, wie auch die diesjährige Buchgewerbeausstellung können den Vergleich mit jener Veranstaltung nicht aushalten. In Leipzig hat man nichts getan, um von den Ausstellungen aus große, treibende Ideen in die Volksmassen zu tragen.

Man hat bald mit mehr bald mit weniger Geschick es verstanden Hallen mit Industriegütern zu füllen, die genommen wurden, so gut oder so schlecht sie kamen.

Für die Millionen von Nichtfachleuten, die diesen Sommer durch das Leipziger Ausstellungsgelände wandern, wäre es höchst lehrreich und gewinnbringend gewesen, wenn man ihnen in einer populären Abteilung einen anschaulichen Einblick in die elementaren buchgewerblichen Produktionsvorgänge gegeben hätte. Statt diese Massen an Hunderten von Ausstellerständen, die irgendwelche, nur den Fachmann interessierende Spezialitäten bieten, vorbeizuschleifen, hätte man im Mittelpunkt der Ausstellung (die Haupthalle wäre dazu nicht zu kostbar gewesen) eine Schau machen müssen, in der von der Herstellung des Papiers, vom Guß der Typen an bis zur fertig gedruckten Zeitung und zum fertig gebundenen Buch alle charakteristischen Arbeitsvorgänge des Buchgewerbes dem nichtfachmännischen Publikum nicht nur gezeigt sondern auch klar gemacht worden wären. Als Anhängsel an diese oder jene Industrieausstellergruppe ist das ja des öftern geschehen. Aber diese sogenannten belehrenden Abteilungen machen zu sehr den Eindruck des Zufälligen, werden zu sehr von den Industrieausstellungen in die Ecken gedrückt und geben ein zusammenhängendes Bild der Buchherstellung höchstens demjenigen, der aufs genaueste mit der Geographie dieser Riesenausstellung Bescheid weiß. Zudem sind sie im allgemeinen für die Masse nicht anschaulich genug. Es genügt nicht ein paar Zustandsdrucke aufzuhängen, ein paar Apparate nebeneinanderzulegen und ein paar Maschinen laufen zu lassen. Gewiß ist es ein anziehendes Schauspiel vor der 96seitigen Rotationspresse zu stehen und gewissermaßen mit zu erleben, wie aus dem weißen Papier ein bedrucktes Zeitungsblatt wird. Was sagt aber solche Presse jemandem, der von der Zeitungsdruckerei nur vom Hörensagen etwas weiß, und der gerade in eine solche Ausstellung geht, um so etwas einmal nahegebracht zu bekommen? Was er sieht, ist eine riesengroße Maschine mit einer Menge Räder und Walzen, mit einer Anzahl Papierrollen, die rotieren, von denen ein Band in die Maschine hineinläuft, sich über mancherlei Walzen hinwegwindet und an einer Stelle dann wie bei einer Zauber-

vorstellung als bedruckte, gefaltete und zusammengelegte Zeitung herausgespiert wird. Was weiß man von dem neuen Rotationstiefdruck, wenn man aus solcher Presse bedruckte Bilderbogen hat herausfallen sehen? Wenn man mir einwendet, daß so etwas wirklich demonstrativ in der Ausstellung nicht hätte gemacht werden können, so verweise ich nur auf die Kollektivausstellung des Verbands deutscher Buchbindereibesitzer, die vorbildlich ist. Da ist ein großer übersichtlicher Arbeitsraum hergerichtet, in dem man jede Phase der Großbuchbinderei vor sich hat. An den Wänden gibt es Kojen, in denen die Materialien und die Werkzeuge des Buchbinders zur genauen Betrachtung ausgelegt sind, und in denen an einzelnen Stücken die Resultate jedes Arbeitsvorgangs noch einmal gezeigt werden. Genau so hatte vor Jahren einmal in einer Schuh- und Lederausstellung eine amerikanische Firma die maschinelle Herstellung von Stiefeln demonstriert. Da sah man ein Stück Leder von Hand zu Hand, von Maschine zu Maschine wandern, bis endlich der fertige Schuh vor einem stand. Und in genauen Beschreibungen wurde einem noch mitgeteilt, worin das Wesen des jeweiligen Arbeitsvorgangs beruhe. Warum, so ist die Frage, erlebt man das in Leipzig nur einmal ausnahmsweise, warum das nur von einer privaten Ausstellergruppe? Warum nicht neben einander die heutige und die primitivere Herstellung früherer Zeiten? Einiges der Art gibt es ja in der sogenannten alten Papiermühle. Da dreht sich sehr romantisch ein altes Mühlenrad. Da klopfen ein paar Hämmer in die Bottiche, und an einer Ecke stehen zwei Leute, die Papier schöpfen. Das ungefähr ist das, was der Laie sieht. Nebenan gibt es einen alten Schriftgießer, der wirklich gut zeigt, wie in früherer Zeit die Typen gegossen wurden. Warum aber diese Demonstration einen Kilometer entfernt von den Bauten, wo man die heutige Typenherstellung, die Produktion der Schriftgießereien zu sehen Gelegenheit hat, und warum wieder in einer andern Halle das Spektakel der Setzmaschinen, die den Drucker wieder zu seinem eigenen Typengießer machen? Warum werden derlei Perspektiven nicht auch gezeigt? Wäre es nicht ungeheuer lehrreich gewesen, wenn man neben einander diese verschiedenen Arten der Drucktypenherstellung gezeigt, wenn

man den Leuten den Sinn dieser Entwicklung klargemacht, wenn man ihnen eine Ahnung von so wesentlichen Fortschritten, wie es zum Beispiel die Normalhöhe des Typenkegels ist, gegeben hätte? Noch Dutzende solcher Beispiele ließen sich aufstellen, noch Hunderte solcher Anregungen geben; alle laufen hinaus auf die Forderung nach einer volkstümlich belehrenden Abteilung, die die schwarze Kunst und alle ihre zahllosen Nebengebiete zu einem verständlichen Etwas gemacht hätte.

Meiner Meinung nach wäre das sogar wichtiger und unerläßlicher gewesen als die gewiß wertvolle Demonstration der Schriftentwicklung in den Urzeiten und bei den primitiven Völkerschaften, wie sie in der Halle der Kultur gezeigt worden ist. Um so mehr, als diese kulturhistorische Abteilung trotz ihrer sehr überlegten Aufmachung für den normalen Ausstellungsbesucher ein Buch mit sieben Siegeln bleiben muß. Was da gezeigt worden ist, kann nämlich durch das Ansehen allein noch lange nicht verständlich werden. Die Zaubertrommel der Lappen, die Büffelhaut der Dakota, eine Buschmannzeichnung oder dergleichen sind für den Ausstellungsbesucher zunächst nichts als ein interessantes Ornament. Sind diese Dinge auch durch wirklich instruktive Plakate weitgehend erläutert, so wird man doch nicht bestreiten können, daß die entscheidenden Zusammenhänge zwischen diesen vielartigen Gebilden erst dem aufgehen, der an der Hand einer eingehenden fachmännischen Schilderung sie aufgezeigt bekommen hat. Das läßt aber beinahe die These aussprechen, daß ein zusammenfassendes Buch, in dem alle diese Dinge abgebildet wären, wie es Lamprecht wohl schreiben könnte, mehr böte. Schon die vom Deutschen Buchgewerbeverein herausgegebenen Bändchen von Stübe zur Entwicklungsgeschichte der Schrift, die man sich zu Haus vom Regal herunterholt, beweisen das.

Es war eine glückliche Idee ein Sonderhaus des Kaufmanns zu arrangieren. Der Kaufmann hat ja mancherlei Beziehungen zum Buchgewerbe. Das Hauptbuch zum Beispiel ist ein mit dem Kaufmann unlöslich verknüpfter Begriff. Es gibt da Formulare; das aktuelle Problem des kaufmännischen Unterrichts wesens bietet eine Menge Perspektiven. Die belehrende Abteilung, die in dem Mittelpunkt dieser Halle angelegt

worden ist, ist höchst reichhaltig. Mit ihren Architekturvorbildern, mit guten und schlechten Schaufensterdekorationen, geschmackvollen und geschmacklosen Zugabeartikeln überschreitet sie allerdings den hier natürlich gegebenen Rahmen. Das würde aber niemanden stören, wenn die Fabrikanten von Schreibmaschinen, von Siegellack, von Radiergummi usw. dieser wirklich interessanten Schau nicht allen Platz weggenommen hätten. Sie ist in ein paar verwinkelte, überdies durch Stoffbespannung usw. noch verdunkelte Kojen so zusammengepreßt, daß man von den einzelnen Objekten, zum Beispiel entzückenden alten Erfurter Samenschränken, alten Maßen, Gewichten usw., so gut wie nichts sieht. Aus dem Grund gibt es wohl auch in der Halle des Kaufmanns nicht die Plakate, die doch für den modernen Geschäftsbetrieb ein sehr gewichtiges buchgewerbliches Hilfsmittel sind. Eine große Sonderausstellung der Plakate ist in einer ganz andern Halle zu suchen, wo sie (man kann das nicht ohne Ironie hinschreiben) die Gruppe Sammelwesen eröffnen und mit Briefmarken zusammen als Folio für Fabrikanten von Klebefalzen, Pinzetten usw. zu dienen haben. Daß man die technisch sehr interessanten Maschinen für die Liniaturen der Geschäftsbücher wieder in einer andern Halle zu sehen bekommt, braucht nicht weiter gesagt zu werden. Und warum nur eine Halle des Kaufmanns? Warum nicht auch Buchgewerbe und Landwirtschaft? Wieviel bedrucktes Papier dringt heute schon in die Dörfer und Gutshöfe, ist für den Bauer notwendig geworden wie der Dampfpflug und die Dampfdreschmaschine! Welch überraschende Feststellungen wären da zu machen gewesen! Oder man denke an eine Halle Buchgewerbe und Schifffahrt.

An der einen Ecke dieser kaufmännischen Halle steht die Überschrift Schreibwesen. Man erwartet hier einen Überblick über unser modernes Schriftwesen, das sich bekanntlich sehen lassen kann, über Probleme, wie sie Larisch angeschnitten, wie sie auf der vorjährigen Dresdener Schriftausstellung gezeigt worden sind. An einer Wand gibt es hier als private Veranstaltung einer einseitig marschierenden Federfirma ein paar Proben von alter Schrift und verunglückter moderner Versuche, mit denen allem Anschein nach der Rundschrift zuliebe vor weiteren Ver-

suchen graulich gemacht werden soll. Außerdem natürlich noch Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Siegellack usw. Das Schreibwesen wird selbstverständlich in der Buchgewerbeausstellung auch gezeigt, aber nicht in der Halle für Schreibwesen, nicht da, wo man es sucht, und wo man statt solcher idealer Fragestellung die Industrie sich breitmachen lieB.

Diese Beobachtungen aus einer einzigen Halle sollen beweisen, wie sehr es bei dieser Veranstaltung an Systematik gefehlt hat. Durch diesen Mangel an Systematik hat die Ausstellung auch nicht von sich aus allgemein wichtige Probleme aufrollen können. Sie hätte uns gedient, wenn sie einzelne Fragen, an die die Industrie nur zufällig herangeht, zur Diskussion gebracht hätte. Ein Beispiel: Wir alle haben darunter zu leiden, daß das Gewicht des Buches angeblich unter eine gewisse Grenze nicht verringert werden kann. Welche Möglichkeiten bestehen Bücher von dem und dem Umfang so und so leicht herauszubringen? Die Oxford University Preß zeigt eine Anzahl ihrer Papiere, von denen 1000 Bogen nicht mehr als 18 Gramm wiegen. Der Inselverlag hat vor Jahren mit derartigen Büchern seine Wilhelm Ernst-Klassiker herausgebracht. Warum ist eine derartige Fragestellung von der Ausstellungsleitung nicht systematisch durchgearbeitet worden, warum werden einem in der Weltausstellung für Buchgewerbe und Graphik nicht die Vorzüge und Mängel solcher Druckpapiere demonstriert? Die Ausstellung hätte einen besondern Grund dazu gehabt, wenn sie sich ihren Hauptkatalog angesehen hätte. Der hat das geradezu unmögliche Gewicht eines gehörigen Backsteins, und einen Backstein durch das Gelände zu schleppen ist im Vergleich dazu wahrscheinlich ein Vergnügen. Probleme wie diese Verringerung des Papiergewichts gibt es naturgemäß eine ganze Menge in unserm Buchgewerbe; daß die Leipziger Ausstellung für sie nichts getan hat, bleibt bedauerlich.

×
Stadtbau-
meister

Der Senat der Stadt Lübeck hat vor einiger Zeit eine Entscheidung getroffen, die Veranlassung gibt über die Institution der Stadtbaumeister einmal nachzudenken. In Lübeck ist man nämlich zu der Erkenntnis gelangt, die in Fachkreisen sich schon längst durchgesetzt

hatte, und die ich bereits im Jahr 1911 im Baumeister vertrat: daß die Errichtung aller städtischen Hochbauten durch einen angestellten Baubeamten doch nicht das richtige Verfahren sei, um jeweils die denkbar beste, künstlerisch vollkommenste Lösung zu erhalten. Der Stadtbaumeister soll zugleich Verwaltungsbeamter und Baukünstler sein. Seine Verwaltungsaufgaben sind, selbst in den kleineren Kommunen, ins Ungemessene gewachsen, er hat sich mit Kommissionen, mit Magistrats- und Stadtverordnetenkollegien herumzuschlagen und soll zugleich in seinem Amtsbereich der Mann der großzügigen, weit-schauenden Initiative sein. Es werden von ihm fast unerfüllbare Amtspflichten und nicht weniger künstlerische Großtaten verlangt, ist doch ein heutiger Stadtbaumeister der Mann, dem die größten und modernsten Architekturaufgaben gestellt werden. Trotz dieser verlockenden Möglichkeit würde sich bei einer genauern Untersuchung erweisen, daß die gewichtigsten unserer Architektenpersönlichkeiten es durchweg vermieden haben sich um derartige Posten zu bewerben. Die Belastung mit außerkünstlerischen Angelegenheiten ist viel zu groß, und, wo immer man nachzuprüfen beginnt, zeigt sich, daß der Baukünstler vom Baubeamten erdrückt zu werden pflegt. Das könnte als Personal- und Organisationsfrage aufgefaßt werden; aber für die Städte, für die Allgemeinheit ergibt sich der Mißstand, daß riesige öffentliche Bauten aus solch mangelhafter Organisation heraus nicht die Großzügigkeit erhalten, die sie haben könnten, haben müßten. In besonderen und besonders schwierigen Fällen, etwa bei der Anlage eines neuen Rathauses, einer Stadthalle usw., ist man denn auch dazu übergegangen durch einen Wettbewerb unter den nicht beamteten Architekten die beste Baulösung und den geeignetsten Baukünstler ausfindig zu machen. Wenn auch unser ganzes Wettbewerbswesen sehr reformbedürftig ist, so sind doch im ganzen die Erfahrungen, die damit gemacht worden sind, recht befriedigend. Man hat in manchen Fällen besser gebaut, als wenn die Pläne vom Stadtbauamt geliefert worden wären, und hat so Architekten, die sich innerhalb der Konkurrenz als talentiert erwiesen haben, große Wirkungsmöglichkeiten geboten. Daran hat aber schließlich eine Stadt, die auf eine gute architektonische Anlage Wert legt, auch ein nicht geringes Interesse. Denn mit der

Hebung der heimischen Architekten-schaft muß sich auch das Gesamtniveau der von ihr erstellten privaten Bauten heben.

Was so vereinzelt und gelegentlich geschehen ist, ist in Lübeck jetzt zum Prinzip geworden. Man hat ein Statut erlassen, nach dem von jetzt an die künstlerische Gestaltung öffentlicher Bauwerke nicht mehr ein Privileg des Stadtbauamts sein soll. Vielmehr soll jedesmal unter den Privatarchitekten ein Wettbewerb ausgeschrieben und der Verfasser der besten Lösung mit der Bauausführung beauftragt werden. Das Honorar berechnet sich nach der von der Architekten-schaft angenommenen Gebührenordnung. Die Vergabung der Arbeiten und Lieferungen, an denen der Architekt sich nicht beteiligen darf, erfolgt von der Verwaltung aus. Er ist gegenüber der Stadt genau so der sachverständige Bauanwalt wie es der anständige Architekt gegenüber dem privaten Auftraggeber ist.

Mit diesem Statut hat Lübeck einen wichtigen Schritt in der Frage der kommunalen Baupolitik getan. Es ist anzunehmen, daß dieser Weg sich als künstlerisch vorteilhaft erweisen wird. Jedenfalls wird man an den Lübecker Resultaten ersehen, ob dieses Verfahren für die anderen Stadtverwaltungen ebenfalls zu erstreben ist. Vielleicht wird man den Stadtbaumeister, den man schließlich ja auch nicht zu einer subalternen Hilfskraft herabsinken lassen darf, unter den gleichen Voraussetzungen wie seine nicht beamteten Kollegen zu den einzelnen Wettbewerben zulassen können. Andererseits aber wäre es endlich an der Zeit ihm maßgebenden Einfluß auf ein Gebiet zu sichern, das man eigentlich in seinen Händen glaubt: den Bebauungsplan, die Stadtanlage. Es klingt fast grotesk: In fast allen unseren Städten hat der Stadtbaumeister bei der eigentlichen Stadtanlage nichts zu sagen. Der Bebauungsplan gehört noch immer in das Ressort der Tiefbauer, deren Amt es ist Straßen anzulegen, Straßen zu pflastern, Kanalisationsröhren zu verlegen usw. Solange man unter Städtebau nichts anderes als Straßenherstellung verstand, war diese Zuweisung an die Tiefbauingenieure begreiflich. Heute aber, wo man beim Städtebau so leidenschaftlich von einem räumlichen Bilden spricht, geht es doch wohl nicht mehr an den in der Stadtverwaltung sitzenden Raumkünstler auszuschließen.

Kurze Chronik Der Direktor der Dresdener Kunstgewerbeschule, der Mitinhaber der durch den Bau des Leipziger Hauptbahnhofes rühmlichst bekannten Architektenfirma Lossow & Kühne, William Lossow, ist gestorben. Lossow war innerhalb der Dresdener Künstlerschaft ein unermüdlicher Förderer aller modernen Kunstbestrebungen. Viele Jahre war er Vorsitzender der sächsischen Landesstelle für Kunstgewerbe und des Dresdener Kunstgewerbevereins. In dieser Eigenschaft sollte er auch der Vorsitzende der großen, unvergesslichen Kunstgewerbeausstellung Dresden 1906 werden. × In einer engeren Konkurrenz um ein in Berlin zu errichtendes Kolonialkriegerdenkmal hat ein massiger Elefant von Fritz Behn den 1. Preis davongetragen. Diese Elefantenidee hat in allen beteiligten Instanzen verdienten Beifall gefunden. Da man aber für das Denkmal noch einen bessern Platz und wohl auch noch einen bessern Elephanten haben möchte, wird es voraussichtlich noch zu einer Konkurrenz zwischen Behn und Gaul kommen.

× **Literatur** Eine groß angelegte Geschichte der Gartenkunst mit über 600 Tafeln und Illustrationen ist bei Diederichs in Jena erschienen. Marie Louise Gothein ist die Verfasserin dieses in der gesamten Gartenliteratur einzigartigen Werkes. Mit einem Bienenfleiß ist aus den fernsten Zeiten und den entlegensten Quellen alles von und über die Gartenkunst zusammengetragen worden. Das Material selbst, die Gärten der alten Zeit, besaß ja nicht die Widerstandsfähigkeit, die andere Dokumente der Kunstgestaltung bis zur Gegenwart erhalten hat. Um so mehr Anerkennung beansprucht dieser Fleiß und diese organisatorische Umsicht, die es der Frau Gothein ermöglicht haben von den Gärten der Ägypter bis etwa zu den Stadtparks des Hamburger Migge die Gartenkulturen aller historischen Epochen zu rekonstruieren. Entlegene literarische Quellen, alte Stiche usw. sind im weitesten Maß herangezogen worden, um die verschiedenen Richtungen, die Wechselbeziehungen, die historischen Beeinflussungen innerhalb der Gartenkunde klarzulegen. Es wird wohl auch kaum eine größere Gartengestaltung geben, die in diesen 2 Bänden nicht eingehend beschrieben wäre.